

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

# INFORMATION REPORT



**Die erste Waldarbeitererschule** Sachsens ist Wernsdorf im Kreise Oschatz eröffnet worden.

**Einen Postsprechtag** hat das Postamt in Wurzen eingeführt. An einem Tag im Monat ist der Wurzen Bevölkerung Gelegenheit gegeben, Kritik an der Arbeit der Post zu üben und Wünsche vorzutragen.

**Die Elsterlärche** im Vogland, über die die Hauptseebahnhöfen Leipzig—Hol und Dresden Chemnitz—Pilsen führen, wurde nach demaligen Bauzeit wieder dem Verkehr übergeben.













Berliner Ausgabe

Seite 2: Das Plenum der DWK tagte

# DEUTSCHLAND

## ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

4. Jahrgang / Nr. 27

Berlin, Mittwoch, 2. Februar 1949

Einzelpreis 15 Pf.

### Das Düsseldorf Schandurteil

Düsseldorf, 1. Febr. (ADN). Der erste Vorsitzende der KPD, Max Reimann, wurde vom britischen Militärgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Im Anschluß an die Urteilsverkündung, die am Reimann im Gerichtssaal sofort verhaftet. Verteidigung hat Berufung angekündigt.

Erklärung bekannt: „Das Urteil gegen Max Reimann richtet sich gegen alle aufrechten Deutschen, die nicht nur in Worten, sondern auch in Taten für ein einheitliches demokratisches und unabhängiges Deutschland eintreten. Das Urteil wird seine Wirkung entfalten und ins Gegenteil umschlagen. Es wird

### Der Deutsche Volksrat fordert Selbsthilfe gegen nationalen Notstand

Berlin, 1. Febr. (ND). Das Präsidium des Deutschen Volksrats trat in Berlin zu einer Sitzung zusammen und nahm zu der gegenwärtigen Lage in nachstehendem Aufsatze Stellung:

Die deutsche Volk sieht sich vor schicksalhafte Entscheidungen gestellt. Die westlichen Besatzungsmächte unter Führung der amerikanischen Militärregierung sind im Begriff, Deutschland zu zerschneiden. Nicht genug mit der Einführung der Separatwährung, nicht genug mit der Vorbereitung einer separaten Westregierung, — die Westmächte haben nun auch noch das wirtschaftliche Herz Deutschlands, das Ruhrgebiet, für unabsehbare Zeit aus dem deutschen Wirtschaftskörper herausgeschnitten. Die „Zuhörbarkeit“, die nur ein Instrument ausländischer Imperialisten ist, will über 90 Prozent der deutschen Kohlenförderung und über 85 Prozent der deutschen Eisen- und Stahlzeugung sogar nach Abschluß eines Friedensvertrages verfügen und damit ganz Deutschland und die westeuropäischen Staaten in wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit halten.

Nach dem Willen der anglo-amerikanischen Imperialisten und ihres französischen Anhangs soll es kein einheitliches souveränes Deutschland geben. Das deutsche Volk soll gehindert werden, seine Wirtschaft und seine nationale Existenz in eigener Verantwortung, nach eigenen demokratischen Grundgesetzen aufzubauen.

Über den Ruhrstahl hinaus ist die ganze Wirtschaft Westdeutschlands, Nord- und Süddeutschlands unter die eisernen Faust des internationalen Trustkapitals geraten. Durch die Erhaltung der militärischen Sicherheitsbehörde wird jeder Betrieb, jedes technische Büro, jedes Forschungslaboratorium der Kontrolle ausländischer Konsumenten ausgeliefert. Für Deutschland soll zum Aufmarschgebiet und Waffenarsenal für den neuen Krieg gemacht und sogar gezwungen werden, dem Kriebskrieg der „Westunion“ und des Nordatlantikkrieges anzugehören. Während diese „Westunion“ Wirtschaft und staatliche Selbstständigkeit tödliche Schläge geführt werden setzen die westlichen Imperialisten in London mit dem Besatzungsstaat den Schlüssel unter die koloniale Verklammerung Westdeutschlands.

Wir klagen die Regierungen von Amerika, England und Frankreich des Bruchs des Potsdamer Abkommens an, das für ein einheitliches und unabhängiges Deutschland, eine einheitliche Friedenswirtschaft und den Abschluß des Friedensvertrages vorsieht.

Wir klagen die Spaltung Westdeutschlands an, des Versuchs, Westdeutschland in eine anglo-amerikanische Kolonie zu verwandeln. Wir klagen sie der zügellosen, antidemokratischen und antiobersteigenden Hetze an und der Aufrechterhaltung des von ihnen selbst hervorgerufenen Berliner Konfliktes.

Abermals hat die Sowjetunion durch die Erklärung des Generalissimus Stalin das Tor zu Verhandlungen für Deutschlands Einheit weit geöffnet. Stellen die Westmächte, dem Vorschlage Stalins folgend, ihre Medaillonen zur Herstellung eines westdeutschen Staates ein, durch die Deutschland und der Frieden bedroht werden, kehren sie zu den in Jalta und Potsdam mit der Sowjetunion vereinbarten gemeinsamen Beratungen über das Schicksal Deutschlands zurück, dann wird es keine Berliner Frage mehr geben, dann wird die Spannung zwischen

den Mächten beträchtlich gemildert, dann wird dem Weltfrieden gedient sein.

Das Präsidium des Deutschen Volksrates begrüßt deshalb mit größter Genugung die klaren, präzisen Antworten, die Generalissimus Stalin auf diese für Deutschland so lebenswichtigen Fragen gegeben hat. Die offene Bereitschaft zu einer gemeinsamen Friedenserklärung, zur Festlegung der allmählichen Abrüstung, zur Verhinderung eines neuen Krieges und zur Schaffung der Einheit Deutschlands lassen die ganze Welt aufatmen. Vom Verhalten der Westmächte hängt es jetzt ab, ob die Völker endlich auf einen dauerhaften Frieden hoffen dürfen.

#### Deutsches Volk!

Die Stunde ist gekommen, in der Deutschlands Männer und Frauen und seine Jugend selber auf den Plan treten müssen. An Euch liegt es, jenen deutschen Politikern Einhalt zu gebieten, die von neuem das Gift der imperialistischen antisowjetischen Hetze in die Wunden unseres Volkes rühren. An Euch liegt es, Verrätern an der nationalen Sache des deutschen Volkes in Bonn und Frankfurt (Main) die Gefolgschaft zu versagen, weil sie statt des Brotes dem Volke harte Steine reichen, weil sie den Westmächten gestatten, den unheilvollen Kräften der Vergangenheit die ganze Macht in Westdeutschland wieder auszuliefern.

#### Gegen den nationalen Notstand,

in den Deutschland mit seiner Hauptstadt Berlin durch die Diktate der Westmächte und durch die Feigheit deutscher Politiker geraten ist, gibt es nur ein Mittel:

#### die nationale Selbsthilfe!

Wir müssen heraus aus der nationalen Katastrophe, aber wir werden nur überwinden, wenn wir unser Schicksal in eigenen Händen nehmen. Nur so wird das deutsche Volk zu einer demokratischen, unabhängigen und freien Nation.

Protestiert in Stadt und Dorf, in Betrieben, Gruben und Verwaltungen gegen die Zerschneidung Deutschlands. Demonstriert für die demokratische Einheit.

Erklärt Euch gegen den Raub des Ruhrgebietes! Erklärt Euch gegen die Abspaltung Westdeutschlands! Erklärt Euch gegen ein Besatzungsstatut, das den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abschluß des Besatzungsvertrages verhindert.

Das deutsche Volk kann niemals das Ruhrgebiet oder ein Besatzungsstatut als rechtmäßig anerkennen.

Wir stehen in unserem Kampf nicht allein! Die mächtige Sowjetunion, die Völker Ost- und Südosteuropas, die Gewerkschaften und starke Parteien in Westeuropa unterstützen unsere Forderungen in Wort und Tat.

Deutsches Volk, sammle und einlege dich unter der Fahne der deutschen Volksbewegung für demokratische Einheit und gerechten Frieden.

Männer und Frauen aller Parteien und aller Berufe, steht zusammen! Deutsche Jugend, reihe dich ein in die gemeinsame Front.

Kämpft alle für Demokratie, für Frieden, für Deutschlands Einheit und Freiheit!

### Das Präsidium des Deutschen Volksrats:

gez. Wilhelm Pieck

gez. Otto Nuschke

gez. Prof. Dr. Hermann Kastner

### „Stalin hat erneut die Tür geöffnet“

Stimmen aus aller Welt anerkennen Bereitschaft der Sowjetunion zum Friedenspakt und fordern Antwort

New York, 1. Febr. (ADN). Zum dritten Male innerhalb von zwei Jahren habe sich Stalin bereit erklärt, Besprechungen zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten zwischen der UdSSR und der Sowjetunion zu führen, erklärte Henry Wallace in einer Stellungnahme zum Stalin-Interview. Er sei ein hoffnungsvolles Zeichen, daß Stalin erneut „die Tür geöffnet“ habe. Das Gewissen der Menschheit verlange, daß diese Tür geöffnet bleibe. Mehr als je zuvor sei es jetzt an der Zeit, Friedensbesprechungen zu führen, statt militärische Bündnisse abzuschließen.

Washington, 1. Febr. (ADN). Der Botschafter Großbritanniens in den USA, Frank, hat am Montag eine Zusammenkunft mit Charles Bohlen, dem Sachverständigen des USA-Außenministeriums in Fragen der sowjetischen Politik. Er unterrichtete Bohlen von der Ansicht Außenministers Bevin über das Stalin-Interview.

Paris. Die meisten französischen Zeitungen unterstreichen die Wichtigkeit der Antworten und haben besonders die Worte Stalins betont, daß die Sowjetunion bereit ist, die nicht geregelten Probleme zu lösen. Die „Humanité“ schreibt, es sei zu hoffen, daß außerordentlichen Ernst der Lage zu kühnen, die infolge der englisch-amerikanischen Politik entstanden ist, die Lösung zu finden. Die Bilanz einer gegen die Sowjetunion gerichteten militärischen Koalition, der Abschluß des Atlantik-Pakts ein Zusammenstoß der englisch-amerikanischen Weltberührungs-„Politik“ — all dies sei nicht nur eine Außer Achtlassung der Sowjetunion, sondern für alle Länder und alle Völker.

Attlee soll Treffen Stalin-Truman vermitteln

London, 1. Febr. (ADN). Der Labour-Abgeordnete Chamberlain will Ministerpräsident Attlee am Donnerstag im britischen Außenministerium ein Zusammenkunft zwischen Stalin und Truman herbeiführen.

Das britische Außenministerium lehnte am Dienstag durch einen Sprecher jeden Kommentar zu dem Stalin-Interview ab.

„Zywie Warschau“ richtet eine erste Warnung an alle diejenigen, die glauben, den Worten Stalins eine falsche Bedeutung unterlegen zu müssen.

Sofia, 1. Febr. (ADN). Die Antworten Stalins stellen ein konkretes und praktisches Programm zur Festlegung des Friedens dar, schreibt die bulgarische Zeitung „Otschewstven Front“. Die Welt erwartet jetzt die Antwort auf dieses mit soviel Fingertätigkeit dargelegte Friedensprogramm. Die Vorschläge Stalins, meint das Blatt, sind insbesondere an die Vereinigten Staaten gerichtet, da von diesen die größte Gefahr für den Frieden droht.

Schwernin, 1. Febr. (ADN). Der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg, Wilhelm Höcker, sieht in der Stalin-Rückmeldung eine ernste Bereitschaft der Sowjetunion, an der Erhaltung und Sicherung des Friedens mitzuarbeiten.

Auch der Wunsch im Westen

Frankfurt (Main), 1. Febr. (ADN). Die in Mainz erscheinende „Allgemeine Zeitung“ stellt in ihrem Kommentar zum Stalin-Interview fest, daß es sich um die bedeutsamste Erklärung handle, die von sowjetischer Seite erfolgt ist.

Man dürfte nicht übersehen, so heißt es in dem Kommentar der Mainzer Zeitung weiter, daß ein Friedenspakt und eine Abrüstung der Wunsch aller Völker im Westen sei.

#### Beispielloses Willkürakt

Berlin (ND). Die Vollversammlung der Deutschen Wirtschaftskommission nahm einstimmig folgende Entscheidung an:

„Die Vollversammlung der Deutschen Wirtschaftskommission nimmt mit Entrüstung von der Verurteilung Max Reimanns durch ein englisches Militärgericht zu drei Monaten Gefängnis Kenntnis. Die Verurteilung Reimanns erfolgte, weil er deutsche Politiker wegen ihrer im Widerspruch zu den Potsdamer Beschlüssen stehenden Politik der Sozialistischen Deutschlands kritisierte. In diesem Urteil liegt ein beispielloses Angriff gegen die Grundbegriffe einer jeden demokratischen Freiheit. Die Vollversammlung der DWK ruft das deutsche Volk zum Protest gegen diesen Willkürakt auf.“

#### Für sofortige Freilassung!

Berlin, 1. Febr. (ND). „Wir protestieren im Namen der Metallarbeiter Berlins gegen dieses Schandurteil und fordern die sofortige Freilassung des Aufständischen und mutigen Volkshelden für Einheit und Frieden, Max Reimann“, heißt es in einer Protest- und Forderungsschreiben des Vorsitzenden der IG Metall Groß-Berlin nach Bekanntgabe des Urteils gegen ihn.

Hamburg, 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

„Der 1. Febr. (ADN). Kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Urteils des britischen Militärgerichts gegen Max Reimann gab der Landesvorstand der KPD Hamburg folgende Erklärung aus:

### 12000 t Fett aus der Sowjetunion

Außerdem 40 000 Tonnen Getreide für 1949

Berlin, 1. Febr. (SNB). Die Sowjetregierung entsprach dem Ansuchen der Deutschen Wirtschaftskommission auf Lieferung von 12000 Tonnen Speisefett (davon 7000 Tonnen Pflanzenfett und 5000 Tonnen tierischen Fett) sowie von 40 000 Tonnen Getreide für Verarbeitung zu Nahrungsmitteln an die sowjetische Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1949.

Der Transport der Fette auf dem Eisenbahnstrecken der Sowjetunion, Polens und Deutschlands wird von sowjetischen Militärrügen durchgeführt. Die Lebensmittel aus der Sowjetunion werden auf Kredit geliefert. Die Verrechnung erfolgt in den Jahren 1949 und 1950.

#### Walter Ulbricht: Weitere Verbesserungen möglich

Berlin, 1. Febr. (ADN). Zu dem neuem sowjetischen Fett- und Getreidelieferungen in die Ostzone und nach Berlin erklärte Walter Ulbricht, Mitglied des Politbüros der SED, am Dienstag einem ADN-Korrespondenten:

„Die Lieferung von 12000 t Fett und 40 000 t Getreide ist eine große Hilfe für die Versorgung der Bevölkerung. Ich habe bereits im Auftrag des Politbüros der SED auf die Parteikonferenz darauf hingewiesen, daß es durch Fettlieferungen aus der Sowjetunion im Jahre 1949 möglich sein wird, die Fettmarken regelmäßig und in voller Höhe zu beliefern.“

Von großer Bedeutung ist, daß angesichts der höheren Arbeitsleistung in den Betrieben eine zusätzliche Versorgung der Belegschaften erfolgt. Wir sprechen die Hoffnung aus, daß die Deutsche Wirtschaftskommission beschließt, die Belegschaften, die bisher ein Mittagessen auf Grund des Befehls Nr. 234 erhalten, regelmäßig eine Sonderzuweisung an Lebensmittel, d. h. an Nahrungsmittel, Brot, Zucker, Kartoffeln und Fett, zu gewähren. Diese Lebensmittel könnten durch die Konsumgüter in den Betrieben oder durch speziell beauftragte Verkaufsstellen ausgeben werden.

Außerdem ist durch diese Lieferung aus der Sowjetunion die Möglichkeit gegeben, Son-

#### Friedensdelegation nach Peiping

Nanking, 1. Febr. (ADN). Eine „Friedensdelegation des chinesischen Volkes“ ist — wie der Reuters-Korrespondent in Nanking meldet — am Dienstag auf dem Luftwege, aus Nanking kommend, in Peiping eingetroffen. Die Delegation, die sich aus bekannten Professoren der Nanking Hochschule und führenden Bürgern der Stadt zusammensetzt, will Verhandlungen mit dem Leiter der demokratischen Stadtverwaltung in Peiping, General Wei Shieh-Ying, aufnehmen.

Proklamation der KP Chinas

Berlin, 1. Febr. (ADN). Aus Anlaß der Befreiung von Peiping und Tientsin veröffentlicht die Kommunistische Partei Chinas eine Proklamation, in der die in der Sowjetunion, in der Mongolei und in anderen Weltteilen, die am raschen Wiederaufbau der befreiten Gebiete mitarbeiten, begrüßt. Die Kommunistische Partei richtet ihre Grüße auch an die Bevölkerung der noch von der Kuomintang kontrollierten Teilen des Landes.

Ein Autobus geriet auf der Fahrt von Prag nach Spindlauer im Schneesturm und stürzte in die Elbe. 22 Personen wurden verletzt.











Einzelpreis 15 Pfennig  
Verlagssort: Berlin

Erscheint wöchentlich dreimal  
Ausgabe Brandenburg

# Bauern Echo

2. Jahrgang / Nr. 11  
3. Februar 1949

Organ der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands

## Frühjahrsbestellung vor der DWK

Gegenseitige Hilfe in der Frühjahrsbestellung besser als  
Nothilfe nach der Ernte

Berlin (EB). Auf der 1. Vollversammlung der Deutschen Wirtschaftskommission stand als einziger Punkt die Frühjahrsbestellung 1949 auf der Tagesordnung. Die Länderregierungen, alle demokratischen Parteien und Organisationen hatten ihre Vertreter entsandt. Die Demokratische Bauernpartei war durch den Parteivorsitzenden Ernst Goldbaum, Rudolf Albrecht, 2. Vorsitzenden und Landesvorsitzenden von Brandenburg, und Hauptgeschäftsführer Paul Scholz vertreten. Zur Vorbereitung und Durchführung der Frühjahrsbestellung wurde von der Vollversammlung nach einem Bericht Luitpold Stediles, des 2. Vorsitzenden der DWK und nach einer eingehenden Diskussion ein Beschluss gefasst, aus dem wir nachstehend die wichtigsten Punkte für unsere Bauern auszugsweise veröffentlichen:

Die Verteilung der Kulturen und des festgesetzten Anbauplanes der Sommerkulturen auf die Kreise, Gemeinden und Wirtschaften ist bis Ende Februar 1949 nachzuprüfen und festgestellte Mängel zu beseitigen. Die vorhandenen Saatgutvorräte sind für die Frühjahrsaussaat in vollem Ausmaß einzusetzen. Hierbei ist dem Ausgleich für besondere Mangelgebiete durch gegenseitige Saatguthilfe zwischen den Kreisen, Gemeinden und Einzelwirtschaften mit Hilfe der VdgB besondere Sorgfalt zu widmen. Auch die rechtzeitige Belieferung des Erntegeldbaues wurde beraten. Eine Verwendung von Qualitätsaatgut für Konsumzwecke ist bis zum Abschluss der Bestellungsarbeiten verboten. Die VdgB ist zu veranlassen, ihren Naturalhilfsfonds einzusetzen, wenn in- und außerorts Mangelerscheinungen bei bäuerlichen Wirtschaften eine unverschiedene Notlage eingetreten ist. Der Bewirtschaftung des Grünlandes ist erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Wasserverhältnisse des Grünlandes sind durch Grabenräumung in Ordnung zu bringen. Die landwirtschaftlichen Reparaturwerkstätten sind bis zum 28. Februar 1949 auf ihre Betriebsbereitschaft zu überprüfen, und ihnen die vorrangige Instandsetzung folgender Landmaschinen zur Auflage zu machen: Ackerschlepper, Eggen, Pflüge, Wiesenzwalzen, Kultivatoren und Düngemaschinen. In Zusammenarbeit mit der VdgB, insbesondere der Verwaltung der MAS und ihrer Organe, ist der größtmögliche Einsatz aller Schlepper und Bodenbestellgeräte sicherzustellen. Hierzu gehört auch die Heranziehung der nicht voll ausgenutzten Schlepper in Privathand (notfalls nach der Anforderungsverordnung vom 21. Juli 1948). Zur Gewährleistung des vollen Einsatzes tierischer Spannkraft sind die landwirtschaftlichen Zugkräfte für die Dauer der Frühjahrsbestellung je nach Witterungslage von der Holzabfuhr bis zu sechs Wochen vollständig (auch bezüglich etwaiger Rückstände) zu befreien. Die HV Leichtindustrie hat für die Produktion von Säcken für Saatgut, Pferde- und Kuhgeschirren, Keilriemen und Kurbelwellen, für die Ackerschlepper in größtmöglichem Umfang Sorge zu tragen. Die Hauptverwaltungen Materialversorgung, Chemie, Steine, Erden, Interzonen- und Außenhandel, sowie Land- und Forstwirtschaft haben zur Sicherung der Versorgung der Landwirtschaft mit Mineraldüngern die im Rahmen der gegebenen Produktionsmöglichkeiten anfallenden Düngermengen über die genossenschaftlichen und Handelsorganisationen planmäßig der Landwirtschaft zuzuführen.

Der Vertreter unserer Partei, Hauptgeschäftsführer Paul Scholz, sprach wohl allen unseren Bauern aus dem Herzen, als er zu der Frage der Anbaupläne Stellung nahm und erklärte, daß die westliche Landwirtschaft gerade bei der Anbauplanung mehr als bisher hinzugezogen werden müßte. Ohne Zweifel mangelt es vielerorts noch an der eigenen Initiative unserer Bauern. Aber es sei auch Tatsache, daß viele Bürgermeister, Landräte und Verwaltungen hiervon nichts wissen wollen und von vornherein alle Ansätze hierzu in Keime ersticken. Je mehr aber der Bauer mithilft, um so verantwortungsbewußter wird

seine Arbeit sein, erklärte Paul Scholz. Vor allem ist es ein Gebot der Stunde, die gegenseitige Hilfe der Bauern aus einer mancherorts noch nicht voll eingelösteten Forderung zu entwickeln. Wir werden von uns aus alles dazu tun, denn wirkliche gegenseitige Hilfe jetzt, wo sie gebraucht wird, ist besser als alle spätere Hilfe nach der Ernte. Ferner muß schnellstens Zugkraft für jene Bauern gegeben werden, die noch mit ihrer Winterfurche im Rückstand sind. Dafür müssen alle vorhandenen Traktoren im Höchstmaß eingesetzt werden. Paul Scholz schloß seine Ausführungen mit den Worten:

„Es kommt jetzt darauf an, weniger zu reden und mehr zu handeln. Es ist vor allem erforderlich, daß auch der Arbeiter dem Bauern die Hand entgegenstreckt, damit in gemeinsamer Arbeit die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Durchführung der Frühjahrsbestellung und einer guten Ernte geschaffen werden. Die Demokratische Bauernpartei wird alles nur irgend Mögliche dazu tun, dem Bauern bei seiner schweren Aufgabe in den kommenden Wochen zu helfen und ihn mit allen Kräften dabei zu unterstützen.“

Edwin Hoernle, der Leiter der Hauptverwaltung Landwirtschaft und Forsten, erklärte: „Wenn wir nach der Dürre des Jahres 1946 es fertig brachten, diese Schwierigkeiten im vorigen Jahr zu überwinden, dann werden wir es in diesem Jahr erst recht fertig bringen.“

Otto Körting von der VdgB wies auch darauf hin, daß dem Aufbau der MAS nicht die erforderliche Aufmerksamkeit geschenkt wurde und daß Staat und Genossenschaften hier helfend eingreifen müssen durch erhöhte Zuteilung von Material und Ersatzteilen und vor allem durch die Bereitstellung wirklich gesulter Packkräfte. Die Maschine ist gut, aber dem Mensch, der mit ihr umzugehen versteht, gibt ihr den letzten Sinn. Eine andere Sorge unserer Bauern stand in dieser Vollversammlung zur Debatte, als auf die Preise für Saatgut und Konsumartikeln hingewiesen wurde und erklärt wurde, daß es nicht angängig sei, dem Bauern auf der einen Seite für seine Konsumartikeln 3 DM zu zahlen, während er für Saatgutartikeln 9 bis 10 DM bezahlen muß.

In der Nr. 9 des „Bauern Echo“ vom 28. Januar 1949 hat der Bauer Conrad Schlenke seine Kollegen anfragen, an der Diskussion zum Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates teilzunehmen. Ich kann die Ausführungen des Kollegen Schlenke nur voll unterstützen. Jawohl, wir brauchen eine demokratische Verfassung, durch die dem Bauern sein Recht eingeräumt wird.

Ich habe 19 1/2 Hektar und zwei Pferde. Als werktätiger Bauer bin ich daran interessiert, daß in Deutschland nicht wieder Brutnester entstehen, aus denen eines Tages gutverdienende Militaristen und Kriegsgewinnler spazieren und einen neuen Krieg anfängen. Der Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates ist wirklich eine brauchbare Grundlage für eine deutsche Verfassung, die solche Brutnester nicht entstehen läßt.

Dagegen ist der Verfassungsentwurf, den zur Zeit einige sogenannte „feine Herren“ in Bonn ausarbeiten, für das Volk ein wertloser Fetzen Papier. Denn im

## Gegen Ruhrdiktat

## nationale Selbsthilfe

Berlin (EB). Das Präsidium des Deutschen Volksrates hat einen Aufruf an das deutsche Volk erlassen, der auch die politischen Aufgaben im Rahmen der Volkskongressbewegung für unsere Bäuerinnen und Bauern klar umreißt. In dem Aufruf heißt es:

Über den Ruhrstreit hinaus ist die ganze Wirtschaft Westdeutschlands, Nord- und Süddeutschlands unter die eisernen Faust des internationalen Trustkapitals geraten. Durch die Errichtung der militärischen Sicherheitsbehörde wird jeder Betrieb, jedes technische Büro, jedes Forscherlaboratorium der Kontrolle ausländischer Konkurrenz ausgeliefert. Westdeutschland soll zum Aufmarschgebiet und Waffenarsenal für den neuen Krieg gemacht und sogar gezwungen werden, dem Kriegsspiel der „Westunion“ und des Nordatlantikkrieges anzugehören. Während diese für Deutschlands Wirtschaft und staatliche Selbständigkeit tödlichen Schläge geführt werden, setzen die westlichen Imperialisten in London mit dem Besatzungsstatut den Schlüsselstein unter die koloniale Versklavung Westdeutschlands.

Wir klagen die Regierungen von Amerika, England und Frankreich des Bruches des Potsdamer Abkommens an, das für ganz Deutschland eine einheitliche Regierung, eine einheitliche Friedenswirtschaft und den Abschluß des Friedensvertrages vorsieht.

Wir klagen sie der Spaltung Deutschlands an, des Versuchs, Westdeutschland in eine anglo-amerikanische Kolonie zu verwandeln.

Wir klagen sie der zügellosen, antidemokratischen und antisowjetischen Hetze an und der Aufrechterhaltung des von ihnen selbst hervorgerufenen Berlin-Konfliktes.

Abermals hat die Sowjetunion durch die Erklärung des Generalissimus Stalin das Tor zu Verhandlungen für Deutschlands Einheit weit geöffnet. Stellen die Westmächte, dem Vorschlag Stalins folgend, ihre Maßnahmen zur Errichtung eines westdeutschen Staates ein, durch die Deutschland und der Frieden bedroht werden, kehren sie zu den in Jalta und Potsdam mit der Sowjetunion vereinbarten gemeinsamen Beratungen über das Schicksal Deutschlands zurück, dann wird es keine Berliner Frage mehr geben, dann wird die Spannung zwischen den Mächten beträchtlich gemildert, dann wird dem Weltfrieden gedient sein.

Das Präsidium des Deutschen Volksrates begrüßt deshalb mit größter Genugtuung die klaren präzisen Antworten, die Generalissimus Stalin auf diese für Deutschland so lebenswichtigen Fragen gegeben hat. Die offene Bereitschaft zu einer gemeinsamen Friedenserklärung, zur Festlegung der allmählichen Abrüstung, zur Verhinderung eines neuen Krieges und zur Schaffung der Einheit Deutschlands lassen die ganze Welt aufatmen. Vom Verhalten der Westmächte hängt es jetzt ab, ob die Völker endlich auf einen dauerhaften Frieden hoffen dürfen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Schandurteil gegen Reimann

Protest der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien

Düsseldorf. Der Vorsitzende der KPD in den westlichen Besatzungszone, Max Reimann, wurde vom britischen Militärgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Urteil wurde damit begründet, daß Reimann den westdeutschen Politikern, die die Spaltung Deutschlands unterstützen, in einer Rede gedroht habe. Der Richter betonte mehrmals, daß die deutschen Politiker, die die Bedingungen des Ruhrstreiks aufhoben, als Personen anzusehen sind, die der Besatzungsmacht Hilfe und Beistand leisten. Sie werden damit unter die Verordnung fallen, wonach diese Hilfe oder Schutz zu gewähren sei. Reimann wurde sofort nach der Urteilsverkündung verhaftet.

Nach der Urteilsverkündung gegen Max Reimann war höchster Alarmzustand in Düsseldorf. Große Polizeiaufgebote standen in Bereitschaft. Polizeiwagen razzten durch die Straßen. Es war ihnen nicht möglich, die helle Empörung der vor dem Gerichtsgebäude versammelten Bevölkerung zu unterbinden. Ein großer Demonstrationzug trat den Marsch durch die Straßen Düsseldorfs an und protestierte gegen das Schandurteil.

Berlin (ADN). Als die Kunde von dem Urteil gegen Max Reimann nach Berlin drang, trat der gemeinsame Ausschuß der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, darunter die Vertreter der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, zu einer Sitzung zusammen und gab seinen schärfsten Protest in einer Erklärung zum Ausdruck. In der Erklärung heißt es: „Der gemeinsame Ausschuß der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien

wegen seines Kampfes für die nationalen Interessen des deutschen Volkes zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Die englische Militärregierung bringt auch mit dieser Maßnahme zum Ausdruck, daß sie das deutsche Volk bereits als Kolonialvolk betrachtet, das rechtlos jeder Willkür seiner Kolonialherren unterworfen ist. Der gemeinsame Ausschuß fordert die sofortige Freilassung Max Reimanns und ruft das gesamte deutsche Volk auf, mit unverminderter Kraft den Kampf für die Einheit Deutschlands und für einen gerechten Frieden fortzusetzen.“

## Das ist praktische Bauernhilfe

Unser Viehbestand durch Lieferungen der UdSSR geschenkt

Berlin (SNB/EB). Auf Ersuchen der Deutschen Wirtschaftskommission liefert die Sowjetunion im Jahre 1949 12 000 Tonnen Spelseiten sowie 40 000 Tonnen Getreide an die sowjetische Besatzungszone. Damit wird die Sowjetunion wesentlich unseren Bauern helfen und sie in der Versorgung für die Bevölkerung unterstützen.

Berlin (ADN). Die angekündigten Lieferungen von 12 000 Tonnen Fett und 40 000 Tonnen Getreide aus der

Sowjetunion garantieren eine Fettversorgung ohne Austauschprodukte und sichern die Versorgung mit Brot und Nahrungsmitteln, erklärte der Vorsitzende der Deutschen Wirtschaftskommission, Heinrich Rau, am Dienstag einem ADN-Korrespondenten gegenüber.

Die Lieferung von Spelseiten ermöglicht es, betonte Rau, den Viehbestand der Ostzone in diesem Jahre weiter zu ziehen und zu vergrößern. Wie im vergangenen Jahre werde man jetzt durch den Import von Spelseiten aus der Sowjetunion davon absehen können, einen großen Teil des Viehbestandes zur Fettgewinnung abzuschlachten.

### Kunstidnger auf Kredit

Budapest (ADN). Der ungarische Minister hat einen Beschluß gefaßt, demzufolge in diesem Frühjahr 2,5 Millionen Joch gepflügt werden müssen. Den Landwirten werden 7500 Waggons Kunstidnger auf Kredit zur Verfügung gestellt.

### Weizen verbrannt

Stockholm (EB). Wie die Zeitung „Ny Dag“ berichtet, werden in den Vereinigten Staaten gewaltige Mengen an Weizen verbrannt. Im Produktionsjahr 1947/48 wurden 5 Millionen Tonnen Weizen als Viehfutter verfrachtet, obgleich die Futtergetreideernte um 30 Millionen Tonnen höher war als im Jahre 1946.

## Die Stimme des Bauern

Ruhrgebiet und in ganz West- und Süddeutschland werden ja schon wieder diejenigen an die Macht gestellt, die uns Bauern in zwei Weltkriegen fest marschieren und sterben ließen. Und die Bonner Doktoren sagen dazu „Ja und amen“.

Auch mit dem Privateigentum ist es im Westen Deutschlands gar nicht so weit her, wie man denkt. Es ist doch ganz klar festzustellen, daß dort nur das Privateigentum der Reichen geschützt wird. Das Privateigentum der Kleinen ist nur dazu da, daß es von den Großen vernichtet wird. Wer das nicht glaubt, der soll nach einigen Jahren meine Zeilen wieder lesen.

Wer den Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates aufmerksam liest, der wird ganz klar erkennen, daß hier unser Privateigentum geschützt werden soll. Dagegen ist das Privateigentum der reichen Krüppel und Gutsherren aufgehoben. Diesen Unterschied, liebe Bauern, muß man auch sehen. Bauer Heinrich Schönfeld



## Bauern zur Stalin-Erklärung

Wir brauchen den Frieden

Mit seinem offenen Friedensbekenntnis hat Generalissimus Stalin allen Völkern aus dem Herzen gesprochen. Unsere Bäuerinnen und Bauern können zu diesen Antworten nur „ja“ sagen. Der Bauer braucht den Frieden wie sein tägliches Brot. Ohne den Frieden wird seine Wirtschaft ruiniert und er und seine Kinder großen Gefahren ausgesetzt. Frieden bedeutet für den Bauer Aufstieg und Wohlstand. Deshalb wird jeder ehrliche Bauer gemeinsam mit allen Friedensfreunden an der Erhaltung des Friedens mitwirken.

Bauer Albrecht,  
2. Vorsitzender der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands.

### Ein Beweis der Friedensliebe

Alle Bäuerinnen und Bauern sind an der Erhaltung eines dauerhaften Friedens interessiert und wünschen eine Verständigung zwischen den Großmächten. Die Antworten Generalissimus Stalins auf die vier Fragen des Generaldirektors der Nachrichtenagentur International News Service, Kingsbury Smith, entsprechen voll den Wünschen der Bauern, weil sie ein klarer Beweis der Friedensliebe der Sowjetunion sind. Jetzt sind die Westmächte an der Reihe zu beweisen, daß sie mit den Friedensvorstellungen Stalins einverstanden sind.

Bauer Richter,  
Landesvorsitzender  
der Demokratischen Bauernpartei  
Deutschlands, Sachsen-Anhalt.

### Neue Hoffnung für die Bauern

Die Beantwortung der vier bekannten Fragen durch Generalissimus Stalin hat auch unter der Bauernschaft neue Hoffnung auf eine endgültige Lösung der deutschen Frage geweckt. Der neuerliche Beweis des ehrlichen Friedenswillens der Sowjetunion zwingt Amerika und die Westmächte zu der klaren Stellungnahme, ob die Unsicherheit weiter bestehen soll oder ob man in Zusammenarbeit mit der Sowjetunion der Welt einen wirklichen Frieden und Deutschland die Möglichkeit ge-

ben wird, zur Bildung eines einheitlichen, demokratischen Staates.

Martin,  
Landesvorsitzender  
der Demokratischen Bauernpartei  
Deutschlands, Sachsen.

### Vor die Wahl gestellt

Es gibt keinen deutlicheren Beweis für den Friedenswillen der Sowjetunion als die Erklärung Generalissimus Stalins, daß die obersten Staatsmänner der Sowjetunion mit den Westmächten den Abschluß eines Friedenspaktes angeboten. Mit dem Friedenspakt wäre die erste Voraussetzung für die Regelung der deutschen Verhältnisse geschaffen. Jetzt wird es sich zeigen, ob die führenden Staatsmänner der USA, Englands und anderer Staaten bereit sind, für den Frieden zu arbeiten. Sie sind jetzt vor der Wahl gestellt, entweder zu Stalins Angebot ja zu sagen oder sich vor aller Welt als Feinde der Bauern und aller übrigen Werktätigen zu stempeln.

Hoffmann,  
Landesvorsitzender  
der Demokratischen Bauernpartei  
Deutschlands, Thüringen.

### Eine Bauernforderung

Es ist besser, man stellt in der Welt landwirtschaftliche Maschinen, Geräte, Industrieausrüstungen und tägliche Bedarfsgegenstände her als Kanonen und Panzer. Das ist die Forderung aller Bäuerinnen und Bauern. Generalissimus Stalin hat mit seiner Erklärung, daß die Sowjetunion bereit wäre, mit den USA einen Friedenspakt abzuschließen, der zur allgemeinen Abrüstung führt, eine wirkliche Bauernforderung ausgesprochen. Wenn die Großmächte sich einig sind, sind auch die deutschen Probleme leichter zu lösen.

Piarski,  
Landesvorsitzender  
der Demokratischen Bauernpartei  
Deutschlands, Mecklenburg.

### Verheißungsvoller Auftakt

Berlin (ADN). Die Kohlenindustrie der sowjetischen Besatzungszone hat, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, das Soll für den Monat Januar 1949 in der Beibehaltung der Produktion erreicht. Am 28. Januar erfüllt. Das bedeutet, daß die Kohlenindustrie gegenüber den Plankriterien die Leistung für den ersten Januar um vier Prozent und in der Rohkohlenförderung um drei Prozent steigern konnte.

### 249 Ortsgruppen gegründet

Weimar (EB). In Thüringen wurde durch den Landesverband der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands jetzt die 249. Ortsgruppe gegründet. Damit hat Thüringen in der Entwicklung der DBD hinter Mecklenburg und Sachsen-Anhalt den dritten Platz erreicht.

## Kongreß der Genossenschaften

Am 16. und 17. Februar in Berlin

Berlin (EB). Der endgültige Termin zur Durchführung des Kongresses der ländlichen Genossenschaften Deutschlands ist, wie das „Bauern Echo“ berichtet, auf den 16. und 17. Februar 1949 festgelegt worden. 383 stimmberechtigte Delegierte, die sich aus den fünf Hauptverbänden, nämlich dem Raiffeisenverband Mecklenburg, dem Brandenburgischen Raiffeisenverband, dem Raiffeisenverband Sachsen-Anhalts, dem Raiffeisenverband Thüringens und dem Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Sachsen zusammensetzen, werden auf dem Kongreß vertreten sein.

Die Hauptfrage, die auf dem Kongreß der ländlichen Genossenschaften behandelt wird, ist die Gründung des Zonenverbandes. Dieser unterteilt sich in die Landesverbände Kreisverbände und in die ländlichen Dorfgemeinschaften.

Auch die Tagesordnung ist schon

im großen Rahmen festgelegt worden. Das Hauptreferat hält am ersten Tage Paul Merker über das Thema „Die ländlichen Genossenschaften im Zweijahresplan“. Das zweite Referat wird Herr Bauser (DWG) halten. Anschließend sprechen Vertreter der westdeutschen Delegation sowie je ein Vertreter der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, der DWK, des FGB, der FDJ und der demokratischen Parteien sowie ein Vertreter der Konsumgenossenschaft. Der zweite Tag sieht eine Diskussion über die am Vortage gehaltenen Referate vor. Es erfolgt dann das Schlußwort, die Beratung des Statuts und die Durchführung der Wahlen.

Neben den stimmberechtigten Delegierten werden viele Gäste aus dem Ausland sowie die Aktivisten der Genossenschaftsbewegung in Berlin erwartet. Insgesamt rechnet man mit einer Teilnehmerzahl von rund 2000 Personen.

## ... vielleicht schneller füttern?

Die Aktivistenbewegung auf dem Lande vor dem agrarpolitischen Ausschuß des Deutschen Volksrates

Berlin (EB). Als man kürzlich in einer Bauernversammlung das Thema „Aktivisten auf dem Lande“ anschnitt, stand ein Bauer auf und meinte: „Was nutzt man uns Bauern eigentlich alles, daß wir hier so viel schneller melken, schneller füttern, schneller fahren?“

Wenn man auf den Dörfern herumfragt, erkennt man, daß dieser Bauer mit seiner Meinung nicht allein dasteht und daß unter der bäuerlichen Bevölkerung für ein Land, das sich aktuell dieses Thema noch weniger Verständnis vorlegt. Natürlich soll kein Bauer schneller füttern, schneller melken und schneller fahren. Das wäre das gerade Gegenteil von dem, was man bewerkstelligen möchte. Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft soll getrieben werden, worauf das ja letzten Endes hinauslaufen würde, eine wirkliche Leistungsverbesserung, die nicht nur der Arbeit, sondern auch dem Menschen zugute kommt — das ist das Ziel. Man zäumt gewöhnlich ein Pferd von vorn auf, aber viel leichter ist es in diesem Zusammenhang ganz gut, einmal, vom umgekehrten Standpunkt zu verfahren. Das Gegenüber aktiv verhalten, das heißt: unserer Not nicht herauskommen, wenn wir uns passiv verhalten, bedarf selbst dem Dickköpfigsten gegenüber keiner Begründung. Also müssen wir aktiv werden. Menschen, die sich aktiv verhalten, die sich nicht aufgeschlossenen Kopf darangeben, vor Schwierigkeiten nicht zu kapitulieren, sondern diese im Gegenteil zu überwinden und ihre Leistung durch Anwendung arbeits- und zeitsparender Methoden zu steigern, nennt man Aktivisten. Und damit sind wir mitten

im Thema. Mit der Aktivistenbewegung auf dem Lande beschäftigen sich ausführliche Darlegungen anlässlich der 5. Sitzung des agrarpolitischen Ausschusses des Deutschen Volksrates. Hier wurde ganz klar ausgedrückt, wie man sich eine solche Bewegung auf dem Dorfe vorstellt. Der Referent, Herr Wolf, vom Zentralverband der Genossenschaften, ging davon aus, daß bei der Aktivistenbewegung auf dem Lande nicht die Steigerung der Arbeitsleistung, sondern die Steigerung der Arbeitsergebnisse durch Verbesserung und Einführung neuer Methoden ausschlaggebend sei. Ein wichtiges Mittel zur Steigerung der Arbeitsleistung wären die MMS. Hier müsse gekämpft werden um die höchste Flächenleistung der Traktoren und Pflugarbeit, der Drillmaschinen, Grasmäher und Binder und um den geringsten Ausfall der Dreschkisten durch Reparaturen.

In der sehr lebhaften Diskussion erging sich der Generalsekretär der Vögb, Kurt Vieweg, das Wort und führte aus, daß es vor allem gelte, produktionshemmende staatliche Maßnahmen durch produktive zu ersetzen. „Wer unter uns „Fasche“ altet“, führte er aus, daß wir die Fiktivveranlagung beseitigen, wurde die Skepsis unter unseren Bauern überwunden, und die Schweinebestände sind jetzt so stark vermehrt, daß ihre Zahl sogar über der von den Fächeln im erreichten Höchststand liegt. Es gibt in jedem Kreis, jedem Ort, jeder Bauernwirtschaft Produktionsreserven, die nur der Bauer kennt. Wir müssen im Rahmen der Aktivistenbewegung zu einer Mobilisierung dieser Leistungsreserven kommen.

## Weitere Erklärungen Arps

SPD gegen Bauernforderungen

Kiel (ADN). Der ehemalige schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister und Abgeordnete des Landtages von Schleswig-Holstein, Erich Arp, bestreitet in der Presse, daß er Vertreter, daß er wegen seiner Differenzen mit der sozialdemokratischen Parteiführung in der Frage der Bodenreform, die Arp als die entscheidende Frage für das Land Schleswig-Holstein bezeichnete, aus der SPD ausgetreten ist.

Aus den Ausführungen Arps ging überzeugend hervor, daß er sich konsequent für eine wirkliche demokratische Bodenreform einsetzt und daß die SPD, die in Schleswig-Holstein als die Regierungspartei ist und über die Mehrheit im Landesparlament verfügt, ihrem eigenen Landwirtschaftsminister in dieser Frage die Unterstützung verweigert. In seiner Kritik der Haltung der sozialdemokratischen Landesregierung wandte sich Arp insbesondere gegen die von der SPD geforderte „Landreform“. Er erklärte, daß die SPD, die in Schleswig-Holstein als die Regierungspartei ist und über die Mehrheit im Landesparlament verfügt, ihrem eigenen Landwirtschaftsminister in dieser Frage die Unterstützung verweigert. In seiner Kritik der Haltung der sozialdemokratischen Landesregierung wandte sich Arp insbesondere gegen die von der SPD geforderte „Landreform“. Er erklärte, daß die SPD, die in Schleswig-Holstein als die Regierungspartei ist und über die Mehrheit im Landesparlament verfügt, ihrem eigenen Landwirtschaftsminister in dieser Frage die Unterstützung verweigert.

## Schutzwaldzonen in Rumänien

Experimentelle Arbeiten zur Anpflanzung von Schutzforsten

Bukarest (SNB). In einer Sitzung der Akademie der Wissenschaften der Rumänischen Volksrepublik über den Stalinschen Plan zur Umgestaltung der Natur in den Steppen- und Waldsteppengebieten des europäischen Teils der UdSSR befassten mehrere Redner das große Interesse, das in Rumänien dieser Maßnahme entgegengebracht wird.

Rumänien besitzt ausgedehnte Steppengebiete im Süden und Osten von Moldawia sowie in Siebenbürgen und im Banatgebiet. Zur Durchführung analoger Arbeiten in Rumänien wurden in der Sitzung genaues Studium der Praxis und der Methoden gefordert, die in der Sowjetunion angewandt werden. Die Akademie der Rumänischen Volksrepublik hat in

ihrem Tätigkeitsprogramm das Studium des Problems aufgenommen. Schutzforstzonen in den waldlosen Gebieten anzulegen. Die Akademie stellt sich die Aufgabe, experimentelle Arbeiten zur Anpflanzung von Schutzforsten vorzubereiten und durchzuführen, um in der Republik einen Plan zum Schutze der Felder gegen die verheerenden Folgen der Dürre zu verwirklichen.

### Viehzucht wird intensiviert

Warschau (SNB). In diesem Jahr wird die polnische Landwirtschaft über 6,9 Millionen Stück Rindvieh, 8,8 Millionen Schweine, 1,2 Millionen Schafe und 6,3 Millionen Stück Geflügel verfügen.

## Gegen Ruhrdiktat - -

(Fortsetzung von Seite 1)

### Deutsches Volk!

Die Stunde ist gekommen, in der Deutschlands Männer und Frauen und seine Jugend selber auf den Plan treten müssen. An euch liegt es, jenen deutschen Politikern Einhalt zu gebieten, die von neuem das Gift der imperialistischen antivolksintendierten Hetze in die Wunden unseres Volkes träufeln. An euch liegt es, Vertretern an der nationalen Sache des deutschen Volkes in Bonn und Frankfurt (Main) die Gefolgschaft zu versagen, weil sie statt des Brotes dem Volke harte Steine reichen, weil sie den Westmächten gestatten, den unheilvollen Kräften der Vergangenheit die ganze Macht in Westdeutschland wieder auszuüben. Gegen den nationalen Notstand in den Deutschland mit seiner Hauptstadt Berlin durch die Diktate der Westmächte und durch die Feigheit deutscher Politiker geraten ist, gibt es nur ein Mittel:

### die nationale Selbsthilfe!

Wir müssen heraus aus der nationalen Katastrophe; aber wir werden sie nur überwinden, wenn wir unser Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Nur so wird das deutsche Volk

zu einer demokratischen, unabhängigen und freien Nation. Protestiert in Stadt und Dorf, in Betrieben, Gruben und Verwaltungen gegen die Zerschlagung Deutschlands. Demonstriert für die demokratische Einheit.

Erklärt euch gegen den Raub des Ruhrgebietes! Erklärt euch gegen die Abspaltung Westdeutschlands! Erklärt euch gegen ein Besatzungsstatut, das den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen verhindert.

Das deutsche Volk kann niemals das Ruhrstatut oder ein Besatzungsstatut als rechtmäßig anerkennen. Wir stehen in unserem Kampf nicht allein! Die mächtige Sowjetunion, die Völker Ost- und Südosteuropas, die Gewerkschaften und starke Parteien in Westeuropa unterstützen unsere Forderungen in Wort und Tat.

Deutsches Volk, sammle und einigt dich unter der Fahne der deutschen Volkskongressbewegung für demokratische Einheit und gerechten Frieden.

Männer und Frauen aller Parteien und aller Berufe, steht zusammen! Deutsche Jugend, reihe dich ein in die gemeinsame Front. Kämpft alle für Demokratie, für Frieden, für Deutschlands Einheit und Freiheit!

Tausende griechischer Bauern wurden mit ihren Familien von den Monarchofaschisten aus ihren Dörfern vertrieben. Ein Teil von ihnen wurde in sogenannte Sammellager in Larissa, Kozani und Janina abgeschoben.

Mehr als 400 000 Menschen, d. h. etwa 6 Prozent der gesamten griechischen Bevölkerung, sind von ihren Heimatstätten vertrieben worden. Diejenigen Bauern, die nicht zum langsameen Hungerstode in den Sammellagern verurteilt wurden, irren in der Umgebung größerer Städte arbeitslos umher und gehen gleichfalls vor Hunger, Kälte und Elend zugrunde. Unter der durch den Krieg bereits acht Jahre dauernden Kriegswille erschöpften Bevölkerung grassieren besonders Tuberkulose und Malaria.

Griechenland ist seiner Bodenstruktur nach nicht ausschließlich Agrarland. Von seiner rund 132 000 Quadratkilometer umfassenden Gesamtfläche entfallen nur 19 Prozent auf die landwirtschaftlich nutzbare Anbaufläche. Die griechischen Bauern sind daher, wie überall in den Ländern mit einer geringen Nutzländfläche, gezwungen, hochwertige Kulturen anzupflanzen. Das ist in Griechenland in erster Linie der Tabak.

Welche übertragene Rolle der Tabakanbau im Wirtschaftsleben Griechenlands spielt, geht aus einer für 1947 veröffentlichten Statistik der Bank von Griechenland hervor. Hiernach erreichte der Gesamtanbaufläche Griechenlands einen Wert von 66 1/2 Millionen Dollar. Mit über 30 Millionen Dollar nimmt der Tabak nicht nur die erste Stelle im

Export ein, sondern stellt wertmäßig fast die Hälfte der Ausfuhr Griechenlands dar. In der Außenhandelsstatistik für 1947 sind noch folgende beachtenswerte Posten enthalten: Rosinen 10,8 Mill. Dollar, Weine und Spirituosen 8,8 Mill. Dollar, Weintrauben 3,1 Mill. Dollar, Oliven 1,5 Mill. Dollar, Oliven- und Kernöl 2,1 Mill. Dollar.

Diese Übersicht zeigt, welche Bedeutung auch der Weinbau für die griechische Wirtschaft besitzt. Die Olive, die wertvollste Fettquelle für den griechischen Bauern, hat in erster Linie für den Eigenbedarf Bedeutung, der vor 1940 je nach dem Ausfall der Ernte bis 60 000 t pro Jahr erreichte. Der Anbau der Baumwolle hat in Griechenland in den letzten 25 Jahren erheblich zugenommen, da sein Reinertrag sehr hoch ist. In günstigen Jahren betrug die Ernte bis zu 120 000 t und es ist nach Ansicht von Fachleuten eine weitere Steigerung der Baumwollanbaufähigkeit möglich, deren Erträge den Eigenbedarf Griechenlands befriedigen könnten. In der Wirtschaft kommt nur der Schaf- und Ziegenzucht in Griechenland größere Bedeutung zu, die allerdings durch die ungenügende Weidfläche — 9 Prozent der Gesamtbodenfläche — behindert wird.

Durch den Krieg wurde die Landwirtschaft Griechenlands stark verarmt. Der Verlust an Pferden, Mauleseln und Rindern betrug etwa 60 Prozent, an Schweinen 80 Prozent und an Ziegen, Schafen und Eskin etwa die Hälfte des Vorkriegsbestandes. Über zwei Drittel der landwirtschaftlichen Maschinen wurden zerstört oder unbrauchbar gemacht, zahllose Oliven- und Obstbaumplan-

tagen sowie Weinberge wurden vernichtet.

Welche gewaltigen Schäden außerdem der Bürgerkrieg in Griechenland angerichtet hat, zeigt ein Bericht des Athener Korrespondenten der „Zeitung „Observer“:

„Bei meinem Aufenthalt in Cavalla stellte ich fest, daß alle großen Tabaklagerhäuser der Stadt mit Tabakballen bis zum Dachsparren angefüllt waren. In den kleinen Städten von Mazedonien und Thrazien, die vom Tabakanbau leben, wimmelte es von arbeitslosen Tabakarbeitern. Im Herbst 1948 gab es in Griechenland 80 000 Arbeitslose, mehr als 700 000 Flüchtlinge, die von den Behörden auf Hungerkationen gesetzt wurden. Mehr als 100 000 ha nutzbarer Boden liegt verlassen infolge der Kriegshandlungen, mehr als anderthalb Millionen Ziegen und Schafe sind durch den Bürgerkrieg vernichtet worden. Das sind offizielle Zahlen, die aber kein getreues Bild meiner von mir gemachten Beobachtungen geben.“

Die USA haben im Rahmen des Marshallplan-„Hilfs“programms riesige Summen in den griechischen Bürgerkrieg hineingesteckt. Diese amerikanischen „Hilfs“ hat dem griechischen Volk eine Schuldenlast von mehr als einer Viertelmilliarde Dollar aufgebürdet und die Wirtschaft an den Rand des Abgrundes gebracht. Der heldenmütige Kampf des griechischen Volkes und seiner demokratischen Volkarmee hat die Hochachtung der fortschrittlichen Kräfte auf der ganzen Welt gewonnen. An diesem Kampf sind auch die Bauern Griechenlands beteiligt.

Max Wege

b) ehemalige Flugplätze, Truppenübungsplätze und Schießstände, die nach dem Umbruch von Bodenflächen in landwirtschaftliche Nutzung genommen wurden, während des ersten Jahres der Nutzungsnahme.

20. Heilanstalten, öffentliche Schulen, Versuchswirtschaften von wissenschaftlichen Forschungsinstituten und von Hochschulen, landwirtschaftliche Schulen, Kinder-, Invaliden-, Alters- und Odr-Heime, die landwirtschaftliche Nutzflächen über 0,5 ha haben, sind verpflichtet, nur die Überschüsse von Fleisch, Milch und Eiern abzulefern.

Der Umfang der Überschüsse wird auf Grund einer besonderen Berechnung, die von den Leitern dieser Anstalten durchzuführen und von der Landesregierung – Ministerium Handel und Versorgung – zu bestätigen ist, festgesetzt. Hierbei dürfen Fonds für die Verbesserung der Ernährung der Insassen dieser Anstalten in Höhe von 50 Prozent der betreffenden Lebensmittelkartenpreisen vorgesehen werden.

21. Volkseigene Güter, Hilfswirtschaften von volkseigenen Betrieben, Organisationen und Verwaltungen und Spezialbetriebe haben Fleisch, Milch und Eier nach einem besonderen Plan abzulefern, der auf Vorschlag der Landesregierung von der Deutschen Wirtschaftskommission festgesetzt wird.

22. Gewerbliche Vieh- und Geflügelwirtschaften, Abmelkwirtschaften und Dekastationen der VdGB haben ohne Berücksichtigung der von ihnen bewirtschafteten landwirtschaftlichen Nutzflächen 80 Prozent des Lebendgewichts des während des Jahres geschlachteten oder zur Schlachtung lebend verkauften Viehes und Geflügels sowie 1200 kg Milch mit einem Fettgehalt von 3,5 Prozent je Kuh und 800 kg je Henne abzulefern.

Listen vorgenannter Wirtschaften sind der Hauptverwaltung Handel und Versorgung zur Bestätigung vorzulegen. Die Heranziehung zur Pflichtablieferung von Geflügelzuchtbetrieben wird von der Deutschen Wirtschaftskommission besonders geregelt.

23. Folgende äußerste Fristen für die Pflichtablieferung sind festgesetzt (in Prozent vom Jahresoll gemäß Ablieferungsbescheid):

	I.	II.	III.	IV.
Quart.	Quart.	Quart.	Quart.	Quart.
Rinder, Schafe	25	20	15	30
Schweine	25	20	15	30
Milch	25	20	15	30
Eier	15	10	5	15

24. Den Bürgermeistern, Landräten, Landesregierungen und anderen Organisationen und Behörden ist es verboten, den Ablieferungs-pflichtigen über die durch diese Anordnung festgesetzten und errechneten Ablieferungsmengen hinaus zusätzliche Ablieferungsverpflichtungen für Fleisch, Milch und Eier aufzuerlegen.

25. Sämtliche Überschüsse von Fleisch, Milch und Eiern nach Erfüllung der Pflichtablieferung verbleiben zur vollen Verfügung der Besitzer und können von ihnen gemäß den geltenden Beschlüssen der Deutschen Wirtschaftskommission an zugelassene Aufkaufstellen frei verkauft werden.

Für den Verkauf der Überschüsse von Fleisch, Milch und Eiern und zur Vornahme von Hauschlachtungen an Rindern, Schweinen, Schafen und Ziegen muß jeder Ablieferungs-pflichtige eine Bescheinigung seines Bürgermeisters besitzen, daß er die Pflichtablieferung von Fleisch und Eiern für die gesamte abgelaufene Zeit und für das laufende Quartal sowie von Milch für die abgelaufene Zeit und für den laufenden Monat erfüllt hat.

26. Auf die Erfüllung der Pflichtablieferung von Fleisch, Milch, Schweinen, Schafen, Ziegen, Geflügel und Kaninchen nach den Anrechnungssätzen gemäß Anlage anzurechnen.

Die Ablieferungs-pflichtigen sind berechtigt, Schweine im vollen Maß der Fleischpflichtablieferungsmenge unter Berücksichtigung der in der Anlage (s. unten) festgesetzten Anrechnungssätze abzulefern.

27. Die Ablieferungs-pflichtigen sind berechtigt, in Anrechnung auf die Pflichtablieferung von Fleisch (mit Ausnahme von Schweinefleisch), Milch, Eiern und Olsäen sowie in Anrechnung auf die Pflichtablieferung von Milch: Fleisch, Eier und

Olsäen und in Anrechnung auf die Pflichtablieferung von Eiern: Fleisch, Milch und Olsäen nach Austauschschätzungen gemäß Anlage (s. unten) abzulefern.

28. Für das Jahr 1949 sind die im Jahre 1948 geltenden festen Erfassungssätze für Fleisch, Milch und Eier beizubehalten.

Die Erfassungsbetriebe haben die Geldablieferungen mit den Ablieferungen für die von ihnen angenommenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse bis spätestens 10 Tage nach der Annahme des Fleisches und der Eier, bei Milch innerhalb eines Monats vorzunehmen.

29. Die milchverarbeitenden Betriebe haben den Milchlieferanten auf Wunsch bis zu 45 Prozent Magermilch für die Pflichtablieferung an die Molkereien tatsächlich abgelieferten Milch zurückzuliefern.

30. Die milchverarbeitenden Betriebe haben:

- im Rahmen der Pflichtablieferung von Milch von den Viehhältern Ziegenmilch im Verhältnis 1 kg Kälbermilch zu 1 kg Ziegenmilch auf der Fettbasis von 3,5 Prozent entgegenzunehmen;
- von den Viehhältern, die ihre Pflichtablieferung von Milch für die gesamte abgelaufene Zeit und für den laufenden Monat erfüllt haben, die Überschüsse sowohl von Kuhmilch als auch von Ziegenmilch zur Verarbeitung zu Produkten für den eigenen Verbrauch der Milchablieferung entgegenzunehmen. Für die Verarbeitung dieser Milch zu Butter, Sahne, Kuh- oder Ziegenkäse ist eine Naturalbezahlung in Milch von 15 Prozent der zur Verarbeitung abgelieferten Milchmenge von den Ablieferern einzuzahlen. Die

gesamte Milch, die als Naturalbezahlung gemäß dieser Ziffer angenommen wurde und die aus dieser Milch erzeugten Produkte sind ausschließlich im Rahmen des Versorgungsplanes zu verwenden.

31. Die Landesregierungen haben:

- spätestens bis zum 20. April 1949 die Errechnung der Höhe der Pflichtablieferung von Fleisch, Milch und Eiern und die Ausbändigung der Pflichtablieferungsbescheide an sämtliche Ablieferungs-pflichtigen zu gewährleisten,
- über die Hauptverwaltung Handel und Versorgung bis zum 5. Mai 1949 dem Sekretariat der DWK einen Sonderbericht über die ausgehändigten Ablieferungsbescheide von Fleisch, Milch und Eiern im Jahre 1949 vorzulegen.

32. Die Bürgermeister und Erfassungskontrollen der Kreise tragen die persönliche Verantwortung für die richtige Aufstellung der Listen der Ablieferungs-pflichtigen, für die rechtzeitige Ausbändigung der Ablieferungsbescheide an die Ablieferungs-pflichtigen sowie für die rechtzeitige und volle Erfüllung der Pflichtablieferung durch jeden Veranlagten.

33. Durchführungsbestimmungen werden von den Hauptverwaltungen Land- und Forstwirtschaft und Handel und Versorgung erlassen.

34. Verstöße gegen diese Bestimmungen sind auf Grund der Wirtschaftsstrafverordnung der DWK vom 23. September 1948 zu bestrafen.

Der Vorsitzende  
Rau  
Der stellvertretende Vorsitzende  
Steidle

#### Anlage 1:

##### Plan für den An- und Verkauf von Vieh in den Ländern der SBZ

Land	Rinder	
	Insges.	Davon vertragl.
a	1	2
1. Brandenburg . . . . .	20,0	15,0
2. Mecklenburg . . . . .	24,0	18,0
3. Sachsen-Anhalt . . . . .	23,0	17,0
4. Sachsen . . . . .	24,0	17,0
5. Thüringen . . . . .	19,0	13,0
6. Insgesamt . . . . .	106,0	79,0

##### Darunter für den Verkauf an die Länder:

	Brandenburg					
	Rinder		Schafe		Fohlen	
	Insges.	Davon vertr.	Insges.	Davon vertr.	Insges.	Davon vertr.
	7	8	9	10	11	12
1.	20,0	15,0	7,0	5,0	1,5	1,5
2.	—	—	—	—	—	—
3.	10,0	10,0	15,0	15,0	1,0	1,0
4.	7,5	7,5	2,5	2,5	—	—
5.	—	—	—	—	—	—
6.	37,5	32,5	24,5	22,5	2,5	2,5

#### Anlage 2:

##### Plan über den vertraglichen Ankauf von weiblichen Kälbern, Jungschafen und Ziegen im Jahre 1949

Land	weibliche Jungschafe			Fohlen		
	Insges.	Davon vertragl.	Insges.	Davon vertragl.	Insges.	Davon vertragl.
a	1	2	3	4	5	6
1. Brandenburg	15,0	10,0	5,0	1,5	1,5	1,5
2. Mecklenburg	10,0	7,5	3,0	2,0	0,5	0,5
3. Sachsen-Anhalt	23,0	17,0	12,0	8,0	2,5	2,5
4. Sachsen	24,0	17,0	20,0	14,0	5,0	5,0
5. Thüringen	19,0	13,0	14,0	10,0	3,0	3,0
6. Insgesamt	80,0	59,5	50,0	30,0	10,0	10,0

#### Anlage 3:

##### Anrechnungssätze

Zur Anrechnung auf die Erfüllung der Pflichtablieferung von Fleisch sind für 1 kg des im Bescheid angegebenen Lebendgewichts abzulefern in Gramm des Lebendgewichts:

- Zur Erfüllung der Pflichtablieferung von Schweinen bei Abgabe von:
  - Speckschweinen, guter Mast, mit einem Lebendgewicht über 150 kg . . . . . 650
  - Vollfleischschweinen, gemästet, mit einem Lebendgewicht von 120 bis 150 kg . . . . . 750
  - Vollfleischschweinen, gemästet, mit einem Lebendgewicht von 100 bis 120 kg . . . . . 900
  - Vollfleischschweinen, mit einem Lebendgewicht von 80 bis 100 kg . . . . . 1000
  - Fleischschweinen mit einem Lebendgewicht von 50 bis 80 kg . . . . . 1100

##### Zur Erfüllung der Pflichtablieferung von Rindern, Schafen und Ziegen bei Abgabe von:

- Speckschweinen, guter Mast, mit einem Lebendgewicht über 150 kg . . . . . 500
- Vollfleischschweinen, gemästet, mit einem Lebendgewicht von 120 bis 150 kg . . . . . 550
- Vollfleischschweinen, gemästet, mit einem Lebendgewicht von 100 bis 120 kg . . . . . 650
- Vollfleischschweinen mit einem Lebendgewicht von 80 bis 100 kg . . . . . 750
- Fleischschweinen mit einem Lebendgewicht von 50 bis 80 kg . . . . . 800
- Rindern, fett, gemästet . . . . . 900
- Rindern über mittlerer Mast . . . . . 950
- Rindern unter mittlerer Mast . . . . . 1000
- Schafen fett und über mittlerer Mast . . . . . 950
- Schafen fett und unter mittlerer Mast . . . . . 1000
- Ziegen fett und über mittlerer Mast . . . . . 900
- Ziegen fett und unter mittlerer Mast . . . . . 950
- gemästeten Gänsen, Enten, Hühnern, Puten . . . . . 900
- gemästeten Kaninchen . . . . . 700

#### Bemerkungen:

1. Die Ablieferung von Rindvieh und Geflügel in Anrechnung auf die Pflichtablieferung von Schweinen ist nur in Ausnahmefällen und ausschließlich mit Genehmigung der Hauptverwaltung Handel und Versorgung zulässig.

2. In Anrechnung auf die Pflichtablieferung von Fleisch ist die Annahme von abgezehrt und kranken Vieh, Geflügel und von Jungtieren von Rindvieh, Schafen und Ziegen unter mittlerer Mast sowie mit einem Lebendgewicht bei Rindvieh unter 125 kg, bei Kälbern unter 50 kg, bei Schafen und Ziegen unter 16 kg, bei Gänsen unter 4 kg, bei Enten und Hühnern unter 1,5 kg und bei Kaninchen unter 2 kg verboten.

#### Anlage 4:

##### Anrechnungssätze für tierische Erzeugnisse

Ausstauschsätze für förische Erzeugnisse		Ausstauscherzeugnisse				
Auszuentscheidende Erzeugnisse	Fleisch in Lebendgewicht kg	Käse u. Ziegenkäse, all- gemein Fettgehalt v. 32 % kg	Eier Stück	Ölarten (Reins. (Lein-, Rüböl, Oliven, Sonnenblumenöl) kg		
				Ölarten (Reins. (Lein-, Rüböl, Oliven, Sonnenblumenöl) kg	Ölarten (Reins. (Lein-, Rüböl, Oliven, Sonnenblumenöl) kg	Ölarten (Reins. (Lein-, Rüböl, Oliven, Sonnenblumenöl) kg
Fleisch in Lebendgewicht (mit Ausnahme von Schweine- fleisch) — 100 kg Fleisch mit Fettgehalt von 24 % — 100 kg Eier — 100 Stück	100 20 10	500 60 60	1000 200 100	70 15 7	100 20 10	100 15 7

Bemerkung: Für landwirtschaftliche Spezialbetriebe, die auf Antrag der Landesregierungen durch die Hauptverwaltung Handel und Versorgung eine abweichende Regelung getroffen werden.

## Die Sozialbeiträge der Bauern

Wie werden sie zur Zeit errechnet?

Nachstehend geben wir einen Bericht über die derzeitige gesetzliche Regelung der Beiträge der Bauern für die Sozialversicherungskasse.

Wir sind mit dieser Regelung nicht einverstanden, weil erstens dabei Maßstäbe der Industrie angewandt worden sind und zweitens unseres Erachtens eine Differenzierung nach der Größe des Betriebes erfolgen muß. Wir verfolgen aufmerksam die Arbeit der Kommission der VdGB, die auf dem Wege der Verhandlungen zu einem für die Bauern annehmbaren Ergebnis kommen will. Wir wollen, daß für unsere Bauern eine Regelung gefunden wird, die ihren finanziellen Möglichkeiten und den Bedürfnissen der Landwirtschaft weitgehend gerecht wird. Nach den ersten Resultaten der Beratungen der VdGB werden wir unsere Stellungnahme, die von den Interessen der Bauern ausgeht, wird, bekanntgeben.

Nach der Verordnung über die neue einheitliche Sozialversicherung in der Ostzone werden die Beiträge zur der Versicherung nach dem Arbeitsentgelt der Versicherten berechnet. Anders ist die Rechtslage jedoch bei den versicherten Bauern und sonstigen Unternehmern der Land- und Forstwirtschaft. Hier dient als Beitragsschlüssel der Gesamtwert der Wirtschaft der Versicherten. Nach diesem Gesamtwert richtet sich der sogenannte Grundbetrag. Dieser Grundbetrag wiederum dient als Schlüssel für die baren Leistungen der Versicherung und für die Höhe der Beiträge. Als Gesamtwert der Wirtschaft, der der Feststellung des Grundbetrages dient, kommt der Einheitswert des bäuerlichen Anwesens in Betracht.

Die fünf in der Ostzone bestehenden Sozialversicherungsanstalten mit den ihnen unterstellten Sozialversicherungskassen haben übereinstimmend für die Eingruppierung der Bauern folgende Tabelle aufgestellt:

Wirtschaftswert	Grundbetrag pro Tag
bis zu 5000 DM	1 DM
mehr als 5000 DM bis zu 10000 DM	2 DM
mehr als 10000 DM bis zu 20000 DM	3 DM
mehr als 20000 DM bis zu 30000 DM	4 DM
mehr als 30000 DM bis zu 40000 DM	5 DM
mehr als 40000 DM bis zu 50000 DM	6 DM
mehr als 50000 DM bis zu 75000 DM	7 DM
mehr als 75000 DM bis zu 100000 DM	8 DM

Ein Bauer, dessen Anwesen einen Wirtschaftswert (Einheitswert) von 50000 DM hat, fällt nach dieser Tabelle in die Stufe mit dem täglichen Grundbetrag von 6 DM. Der Beitrag für die der Versicherungspflicht unterliegenden Bauern und Landwirte ist auf 14 Prozent des Grundbetrages festgesetzt. In der Grundloshufe von 6 DM beträgt demnach der tägliche Beitrag 0,84 DM (14 Prozent von 6 DM).

Der Monatsbeitrag von 25,20 DM, also Mindestbeitrag sind 8 DM im Monat festgesetzt. Mit dieser Beitragszahlung sind die Beiträge für alle Versicherungs- und Arbeitslosenversicherung) abgegolten. Die als Arbeitnehmer beschäftigten Versicherten zahlen als Beitrag 20 Prozent des Grundbetrages, also

## Was macht man mit Land der Bodenklasse 7 bis 11

Unser Ackerland umfaßt auch arme und ärmste Sand- und Kiesböden, die im Anbau- und Ablieferungsplan liegen. Sie bringen jedoch oft kaum die Aussaat unserer gewohnten Pflanzen und stellen eine Last dar, für deren Ablieferung der Bauer einsteht. Manchorts ist die Beseitigung dieses Zustandes zur Existenzfrage geworden. Als Borenermland fällt solcher Boden daher zunehmend in der Bodenfos zurück, wo er keine Abnehmer mehr findet, als Altbistz – meist von Klein- und Mittelbauern – aber wird er verzweifelt zur Anschonung beantragt.

Die weitere Belastung dieses Landes mit der sehr hohen Anbau- und Ablieferungs-pflicht ist – ausgenommen Klasse 7, die zumal für Kartoffeln ausreicht – sozial höchst ungerecht und der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft für die Volksernährung geradezu schädlich. Keine Senkung der Ablieferung durch Differenzierung nützt hier etwas. Auch der Ausweg „ein Jahr Gründüngung, ein Jahr Roggen“ führt zu ganz unzuverlässiger Ablieferung und schneidet auch im Feiertag der Saat. Andererseits können wir nicht soviel Land einfach aus dem Anbauplan streichen. Für den größten Teil jener Böden müssen wir vielmehr ganz neue Pflanzens-kulturen suchen.

Hierfür bietet sich zuerst die Topinambur (Erbsenhecke). Diese bis 2 m hohe Sonnenblumen-art gedeiht mit wenig Stalldung auf armen und trockenen Böden, liefert in großer Menge ein stark eiweißhaltiges milch- und fettgebendes Grün- und Silofutter und in ihren im Februar-März zu erntenden, bis 30 Grad Kälte und auch längere Überfütterungsvertragen) Knollen einen hochwertigen Futtermittelersatz, ein vorzügliches Volksnahrungsmittel („stille Kartoffel“ und Salat) und bestes Material zur Trauben-zuckergewinnung. Bei mitt-

lerem Gedeihen bringt sie von 10 bis 20 Zentner pro Hektar. Im Morgen, deren Verkaufspreis recht hoch ist. Gestockt wird sie wie die Kartoffel (Abstand 80 x 40 cm), doch möglichst früh, im März. Ein- bis zweimaliges Hacken genügt, dann wuchert sie und hält 15 Jahre lang, oftmals ohne Nachstecker, auf demselben Acker aus. Auch sie dankt natürlich für bessere Böden und Düngung. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß sie zur vollen Höhe auch auf fruchtbar, reinem Sand-Waldboden erwächst. Zu stark Grünstickt schädigt die Knollen. Am besten schneidet man wohl einmal im Sommer den dicken Stamm bis auf 6 Augen hinunter, die dann neue Äste treiben, und einmal im Herbst.

Daneben sind zu beachten: Kolbenhirse (Aussaat Anfang Juli), Königskerze (Offfrucht und zugleich die Wurzel als hochbezahlter Salat), Oretiche (anspruchsvoll, Färbeginster, vor allem aber selbst auf den ärmsten Sand- und Kiesböden Heil- und Gewürzpflanzen, wie Thymian, echte Kamille, Baldrian, Ysop, Wermut, Beifuß, Diptam, deren Kultur jedoch hinsichtlich des Pflückens und Trocknens einiger Anleitung bedarf. Starker Kalkuntergrund läßt auch an Weinbau denken (speziell auch rumänische und bessarabische Reben).

So gibt es für die Böden der Klassen 8 bis 11 mannigfaltige Aussichten. Diese steigen mit zunehmendem Kunstdünger und dem Fortschreiten schon begonnener Neuzüchtungen.

## Verbrauch von Kraftstrom

Nach dem Zentralverordnungsblatt Nr. 56 ist nach Anordnung der DWK zur Einführung der Sommerzeit 1949 der Kraftstromverbrauch in der Zeit von 6.00 bis 9.00 Uhr und von 17.00 bis 22.00 Uhr in der Landwirtschaft nicht gestattet.

Beschluss S 17/49 der DWK über:

# Steigerung der Viehzucht und Hektarveranlagung für tierische Produkte durch Befehl Nr. 9 der SMA bestätigt

In Nummer 7 brachten wir die Mitteilung, daß das Sekretariat der tierischen Produkte beschlossen hat, die Hektarveranlagung für die DWK ist eine wichtige Forderung unserer Partei in Erfüllung gegangen. Dieser Beschluss ist nunmehr durch Befehl Nr. 9 des Obersten Chefs der SMA vom 31. Januar 1949 bestätigt worden und lautet wie folgt:

Zweckschleunigster Wiederherstellung und Entwicklung der Viehhaltung und Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und Groß-Berlins mit Fleisch und Fett hat das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission in seiner Sitzung vom 19. Januar 1949 folgende Anordnung beschlossen:

1. Die Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft und die Landesregierungen haben die Viehvermehrung auf Grund eines vom Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission erstellten Planes für das Jahr 1949 durchzuführen.

2. Die Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft und die Landesregierungen haben übereinstimmend mit den Landesregierungen Bestimmungen für den An- und Verkauf von Vieh gemäß Anlage auszuarbeiten und dem Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission bis zum 15. Februar 1949 zur Bestätigung vorzulegen.

3. kaufte Ferkel dem Sauerhalter 10 kg auf das Schweineablieferungsoll anzurechnen. Gleichzeitig erhöht sich beim Kauf des Ferkels das Ablieferungsoll für Schweine um 10 kg.

4. Zur Förderung der Viehvermehrung der Wirtschaften, die den Viehvermehrungsplan und das Ablieferungsoll in Fleisch und Milch erfüllen haben, werden für jedes Stück Vieh, das über den Viehvermehrungsplan hinaus aufgezogen ist, folgende landwirtschaftliche Erzeugnisse auf das Ablieferungsoll angerechnet:

Tiergattung	Haar	Kartoffeln	Heu	Stroh
	in kg	je Stück		
Kühe, Färse und zuchtfähige Bullen	150	—	600	500
Sonstige Rinder	50	—	300	200
Muttersauen über 1 Jahr	1000	—	—	—
Sonstige Schafe über 2 Monate	20	—	300	100
Schafe über 1 Jahr	20	—	300	100

Die Erfüllung des Viehvermehrungsplanes ist auf Grund der Viehzählungsergebnisse per 3. Dezember festzustellen.

Bei der Festsetzung der vorstehenden Vergünstigungen ist der in der eigenen Wirtschaft aufgezogene Viehbestand einschließlich des zur Zucht oder Nutzung verkauften Viehs zu berücksichtigen. Das durch Kauf erworbene Vieh findet hierbei keine Berücksichtigung. Die Anrechnung der in diesem Punkt genannten Vergünstigungen ist auf die Pflichtablieferung des nächsten Jahres vorzunehmen.

5. Die Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft und die Landesregierungen haben:

a) Bei der örtlichen Ausschüssen der Vödg im Laufe des Jahres 1949 im Jahre 1950 2500 Deckstatten zu schaffen.

b) Den Viehbesitzern die Schlachtung von Nutztvieh, Kälbern, Ferkeln, Lämmern und Fohlen aller Altersstufen, gekörnten Vatiertieren und Muttertieren aller Arten mit Ausnahme der zuchtuntauglichen Tiere zu verbieten.

c) Für eigenmächtige Schlachtung und Kauf der bezeichneten Tiere zum Zwecke der Schlachtung sind die Schuldigen zur strengen Verantwortung zu ziehen.

Die Genehmigung für die Schlachtung der obengenannten Tiere kann vom Bürgermeister der Wirtschaft gemäß Ziffer 25 dieser Anordnung nur beim Vorhandensein eines tierärztlichen Attestes erteilt werden, in dem die Zucht- oder Nutztauglichkeit des Tieres bestätigt wird. Für die Anfertigung falscher Atteste sind die schuldigen Tierärzte zur strengen Verantwortung zu ziehen.

d) Den Erfassungsstellen und Schlachthöfen die Schlachtung von im Herdbuch eingetragenen Vatiertieren, Kühen und Färse, Mutterschweinen und weiblichen Lämmern, Mutterschafen und weiblichen Lämmern, die zur Zucht geeignet sind, sowie von trächtigen Kühen, trächtigen Sauen und trächtigen Schafen in der zweiten Hälfte der Trächtigkeit zu verbieten.

Die Klassifizierungskommissionen sind verpflichtet, die noch zuchtfähigen Tiere kenntlich zu machen und zu registrieren. Die Erfassungsstellen und Schlachthöfe haben diesen bezeichneten Vieh innerhalb von zehn Tagen durch die Kreisgenossenschaften umzutauschen, wobei in erster Linie Neu- und Kleinbauern zu berücksichtigen sind.

Der Tausch von zuchtfähigem Vieh und von Jungvieh, trächtigen Kühen, Sauen und trächtigen Schafen gegen zuchtuntaugliches Vieh ist unter Berücksichtigung des Mastgrades nach den in

der Anlage zu dieser Anordnung aufgeführten Anordnungen vorzunehmen. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß das zur Schlachtung umgetauschte Vieh anrechnungsmäßig nicht hinter dem Gewicht des zu übergabenden Viehes bleibt.

d) Den Bauern den freien Verkauf von Zucht- und Nutzvieh zu Zucht- und Vermehrungszwecken zu gestatten. Hierzu ist eine Bescheinigung des Bürgermeisters erforderlich, daß der Besitzer des zu verkaufenden Tieres seine Ablieferungsollpflicht an Fleisch und Milch — entsprechend den in dieser Anordnung festgesetzten Terminen — erfüllt hat. Der Viehverkauf ist gemäß der vom Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission bestätigten Anweisung über die landwirtschaftlichen Genossenschaften oder unmittelbar von Bauer zu Bauer zu Preisen vorzunehmen, die laut Vereinbarung festgelegt werden.

7. Die Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft und die Landesregierungen haben zwecks Vermehrung der Futtererzeugung folgende Maßnahmen durchzuführen:

a) Im Plan für 1949 und 1950 ist die Verbesserung der natürlichen Futterflächen durch Meliorationen, Bewässerung, Düngung sowie ihre Erweiterung durch Rodung und neue Aussaat mit Wiesen- und Weidegräsern vorzusehen. Die Fläche von bewässerten Wiesen mit mehrfacher Schnitt ist

## Die Berechnung der Pflichtablieferung von Fleisch, Milch und Eiern erfolgt ab 1. Januar 1949 je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche

c) Die Landräte zur Durchführung einer Differenzierung der Normen für die einzelnen Wirtschaften innerhalb der Gemeinde zu verpflichten. Hierbei ist der Umfang der Wirtschaft und die Bodenqualität zu berücksichtigen. Abweichungen von den Durchschnittsnormen sind bis zu 25 Prozent nach oben oder unten zu lassen, jedoch mit der Maßgabe, daß die Normen für die Gesamtheit der Wirtschaften in der Gemeinde insgesamt genau den Normen entsprechen, die für die betreffende Gemeinde festgesetzt wurden.

Die Differenzierung der Normen innerhalb der Gemeinde darf zu Gunsten von kleinen wenigleistungsfähigen Wirtschaften erfolgen.

Die Differenzierung innerhalb der Gemeinde ist vom Bürgermeister unter Beteiligung einer Kommission, bestehend aus

einem Vertreter der Vödg, einem Vertreter des FDGB und einem Vertreter der Erfassungsdienststelle, auszuarbeiten und dem Landrat zur Bestätigung vorzulegen.

Die nach Ziffer 11 festgelegte Pflichtablieferung von Fleisch, Milch und Eiern für Bauernwirtschaften, die nach der Bodenreform erstmalig Land erhielten, ermäßigt sich im Landesdurchschnitt für das Jahr 1949 im Vergleich zu den für diese Wirtschaften auf Grund der Differenzierung festgesetzten Mengen wie folgt:

	Fleisch und Eier	Milch
Mecklenburg, Brandenburg und Sachsen-Anhalt	25 %	30 %
Sachsen und Thüringen	20 %	25 %

Die Landesregierungen sind berechtigt, in Einzelfällen das Ausmaß der Erleichterungen für die Kreise und Gemeinden zu differenzieren.

Es ist den Landräten gestattet, unter Hinzuziehung einer Kreis-kommission die Pflichtablieferung für Neubauernwirtschaften herabzusetzen, und zwar im Rahmen von 15 bis 40 Prozent des ursprünglich festgesetzten Umfanges der Pflichtablieferung. Hierbei darf das Durchschnittsniveau der Erleichterungen für Neubauernwirtschaften im Lande insgesamt das in dieser Ziffer vorgesehene Ausmaß nicht übersteigen. Die Kreiskommission hat aus

einem Vertreter der Vödg, einem Vertreter des FDGB und einem Vertreter der Erfassungsdienststelle zu bestehen.

Die Landräte haben das Recht, unter Beteiligung der vorstehend genannten Kreiskommission auf Grund von Vorschlägen der Bürgermeister und der Gemeindefunktionäre gemäß Ziffer 12 dieser Anordnung für das Jahr 1949 ausnahmsweise auch einzelnen Altbauernwirtschaften, die zur Zeit über ungenügende Mengen von Vieh verfügen, die Pflichtablieferungsmengen für Fleisch, Milch und Eier herabzusetzen. Diese Erleichterung für die betreffenden Wirtschaften darf jedoch 35 Prozent des ursprünglich festgesetzten Ausmaßes nicht übersteigen. Die in dieser Anordnung festgelegten Erleichterungen dürfen im Lande, im Kreis und in der Gemeinde den Unterschiedsbetrag nicht überschreiten, der sich aus der auf Grund der Durchschnittsnorm errechneten Menge und der Ablieferung in natura für das Jahr 1949 ergibt.

Die Landräte dürfen im Jahre 1949 ausnahmsweise den alten und neuen Wirtschaften, die keine Kühe haben, eine Herabsetzung des für die festgesetzten Milchmengen bis zu 70 Prozent gewähren. Die restlichen Prozente sind durch andere Erzeugnisse zu ersetzen oder durch Milchablieferung im zweiten Halbjahr 1949 zu erfüllen.

Die Hauptverwaltung Handel und Versorgung, die Landesregierungen, Landräte und Bürgermeister haben unter Berücksichtigung der durch diese Anordnung gewährten Erleichterungen die Erfassung im Jahre 1949 von Fleisch, Milch und Eiern in natura und in den von der Deutschen Wirtschaftskommission festgesetzten Gesamtsummen unbedingt zu sichern.

Die von der Deutschen Wirtschaftskommission besonders festgesetzten Erfassungsmengen sind den Kreisen und Gemeinden vor der Durchführung der Differenzierung der Normen mitzuteilen und von den Kommissionen bei der Differenzierung unbedingt zu berücksichtigen.

Von der Pflichtablieferung von Fleisch, Milch und Eiern sind im Jahre 1949 befreit:

a) Wirtschaften, die kein Land oder in eigener Nutzung nicht über 0,5 ha Land haben, einschließlich Pachtland.

b) Wirtschaften betagter Männer, die am 1. Januar 1949 60 Jahre alt geworden sind, und betagter Frauen, die zum gleichen Zeitpunkt 55 Jahre alt geworden sind, wenn die Boden-nutzung dieser Wirtschaften einschließlich des von ihnen gepachteten Landes 1 ha nicht übersteigt und wenn die betreffenden Wirtschaften keine Lohnarbeitskräfte beschäftigen.

Arbeiter und Angestellte beim Bestehen eines versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses, Heim-arbeiter und Handwerker, die keine Lohnarbeitskräfte beschäftigen, sowie Ärzte, Tierärzte und freischaffende Wissenschaftler und Künstler sind, sofern sie Landgrundstücke einschließlich des gepachteten Landes von 0,5 bis 1 ha in eigener Nutzung und Nutztvieh haben, zur Pflichtablieferung von Fleisch, beim Vorhandensein mindestens einer Kuh von Milch, ferner von Eiern mit 50 Prozent der für die Wirtschaften der betreffenden Gemeinde festgesetzten Normen heranzuziehen. Personen dieser Berufsgruppen mit mehr als 1 ha Land sind nach den allgemeinen Bestimmungen zu behandeln.

Von der Pflichtablieferung von Fleisch, Milch und Eiern sind befreit:

a) für die landwirtschaftliche Nutzung in den Jahren 1947, 1948 und 1949 übernommene Ländereien nach Tross der Gemeinden, die im Rahmen der Rodung von Wald und Gebüsch der ersten drei Jahre nach der In-nutzunahme;

3. Zwecks Förderung des Verkaufs wird den Wirtschaften, die an die landwirtschaftlichen Genossenschaften auf Grund von Lieferverträgen weibliche Kühe, Jungschafe und Fohlen verkaufen, eine Anrechnung auf das Ablieferungsoll landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach folgenden Sätzen (in kg) gewährt:

	Fleisch	Milch	Ferkel	Heu	Stroh
Für jede Färse über 3 Monate	25	200	100	200	100
Für jedes weibliche Jungschaf über 1 Monate	10	—	20	30	40
Für jedes Kälbf-fohlen bis 3 Monate	—	—	300	300	200
u. Warmblutfohlen über 5 Monate	—	—	300	300	200

Sofern eine Wirtschaft ihr Ablieferungsoll an landwirtschaftlichen Erzeugnissen für das laufende Jahr erfüllt hat, werden die unter diesem Punkt genannten Erzeugnisse auf das Ablieferungsoll des kommenden Jahres angerechnet.

4. Zur Förderung des Ferkelverkaufs zwecks weiterer Aufzucht und Mast sind für jedes an eine fleischablieferungsplichtige Wirtschaft ver-



# Bäuerinnen auf der Schulbank

Der Stundenplan der Landesschule der VdgB Reinsdorf und die Wünsche der DBD

## Die Jugend hat unsere Unterstützung

Die Demokratische Bauernpartei für eine einheitliche Jugendbewegung

Aus der Mark Brandenburg kommen in diesen Tagen die Bäuerinnen zu den 14-tägigen Lehrgängen der Landesschule der VdgB nach Reinsdorf. Die hier an den Ufern der Dahme im Februar abgehaltenen Schulungskurse haben besonders regen Zuspruch. Es ist der Monat, in dem sich die Bäuerinnen einmal erlauben kann, vom Hause abwesend zu sein. Trotzdem haben sich bisher nur aus wenigen Dörfern Frauen zur Teilnahme gemeldet. Viele Bäuerinnen wissen noch nicht von der Existenz der Schule, andere haben noch immer ein Vorurteil gegen theoretischen Unterricht. Sie sind der Ansicht, Landwirtschaft und ländliche Hausarbeiten lassen sich nur in der Praxis erlernen. Indem sie dieser Überlieferung, überlegen, übersehen sie, daß die Übernahme praktischer Erfahrung nur die einseitige Arbeitsweise fördert. Wer ohne rechts oder links zu sehen lediglich im Hause arbeitet, weiß nicht, wie es der Nachbar macht, es sei denn, er spricht sich mit ihm aus. Genau so ist es in der Wissenschaft. Der die Theorie Kennende wägt die einzelnen Erfahrungen und prüft die Vorteile einer neuen Methode genau, bevor er sie in der Anwendung weiterträgt. So ist es in der Medizin, in der Erziehung, in den Forschungsanstalten für landwirtschaftliche Produkte, und so kann es ohne weiteres auch in der ländlichen Hausarbeit sein. Der Fortschritt braucht Erfahrungen und Erkenntnisse.

Um heute richtig zu handeln, braucht man die Schulung, die Ansicht und Überblick vermittelt. Aus diesem Grunde wurde von der VdgB der Reinsdorfer Unterricht ins Leben gerufen.

Die zehntägigen Kurse nehmen in den praktischen Fächern sich besonders der Viehzucht an. Schweine-, Rinder- und Geflügelhaltung werden ausführlich behandelt. Auch Seidenraupen-, Bienen- und Kaninchenzucht kommen nicht zu kurz. An den Vorträgen über die neuzeitliche Hauswirtschaft der Neubäuerinnen und über den Gartenplan 1949 dürfte jede Bäuerin das gleiche Interesse haben wie an der Abhandlung über die Sozialversicherung.

Auch die weltanschauliche und wirtschaftliche Schulung der Bäuerinnen kommt unter Berücksichtigung der Gleichberechtigung der Frau zu ihrem Recht. Der Entwicklung der Frauenbewegung in den einzelnen Ländern, der DFD und der IDFF sind mehrere Vorträge gewidmet.

Da die Frau heute oft genug allein ihren Mann stehen muß, ist es notwendig, daß sie genau wie der Bauer über Differenzierung, Anbauplan und Abblättersoll Bescheid weiß, sich im ländlichen Genossenschaftswesen auskennt und die Aufgaben der VdgB und die Notwendigkeit ihrer Arbeit im Zusammenhang mit dem Jahresplan richtig einschätzt, um



sich überall, wo es erforderlich ist, mit einzusetzen zu können. Mehrere Vorträge befassen sich mit diesen

Themen, während andere politische Kenntnisse vermitteln und damit besonders den Frauen helfen wollen, die als bäuerliche Funktionärinnen das Allgemeinverständnis für die neue demokratische Lehre fördern. Referate über „Bauerngeschichte und Bodenreform“ und „Sozialismus und Kapitalismus“ geben in kurzen Zügen einen lebendigen Abriss über die Entwicklungsgeschichte der Völker und Staaten.

Daß nicht alle Gebiete in den zehn Tagen behandelt werden können, ist selbstverständlich. Aber vielleicht läßt sich mit der Zeit hier und da noch eine Ausweitung treffen. Denn manche Frau würde gern etwas über Kindererziehung, Kinderkrippen und -gärten auf dem Dorfe, über die Grundlagen für ein dörfliches Gemeinschaftsleben, den Aufbau eines Wirtschaftshauses usw. hören. Da viele Anwerbende der

Seit 1946 besteht in der sowjetischen Besatzungszone eine freie demokratische Jugendbewegung, die es bereits allen Jungen und Mädchen im Osten Deutschlands ermöglichte, wesentliche Verbesserungen ihrer Lebenslage zu erreichen und die „Vier Grundrechte der jungen Generation“ zu verwirklichen. Ein neues Gemeinschaftsleben wurde entwickelt, Erholungsstätten für hunderttausende junger Menschen geschaffen und gemeinsam mit dem FDGB eine freie sportliche Entfaltung ermöglicht. Im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit für die Zukunft unseres Volkes will diese Jugend auch ihre ganze Kraft für die vorfristige Erfüllung des Zweijahresplanes einsetzen; sie weiß, daß dieses Ziel um so leichter erreichen kann, wenn sich in der FDJ die breitesten Schichten der gesamten Jugend zusammenschließen. Mit allen fortschrittlichen Kräften unseres Volkes weiß sich die Freie Deutsche Jugend eins in ihrem Kampf für ein ungeteiltes Vaterland und einen gerechten Frieden, sie verteidigt daher auch auf das schärfste die kürzlich bekanntgegebene Versklavung des Ruhrgebietes durch das ausländische Monopolkapital. Angesichts dieser Arbeitserfolge und Zielsetzungen wird niemand der FDJ das Recht absprechen, im Namen aller jungen Menschen unserer Zone zu sprechen und zu handeln.

Wenn nun verschiedene Kreise meinen, die Jugend zu spät und zu entzweit, so verdienen diese seltensamen Bemühungen die Aufmerksamkeit der gesamten Öffentlichkeit. Die FDJ des Landes Brandenburg nahm hierzu kürzlich in einer Vorstandssitzung ihres Landesvorsitzes Stellung. Besonders weist sie auf die zahlreichen Beispiele hin, wo von kirchlicher Seite Jugendgruppen gebildet werden. Auch Verleumdungen der FDJ durch berufene Kirchenvertreter verraten die Tendenz, unsere Jugend zu spalten. In diesem Zusammenhang verdient auch die Bildung von Schülerräten an den Ober- und Berufsschulen genannt zu werden, die inzwischen durch den Erlaß des Volksbildungsministeriums aufgelöst wurden. Auch gibt es bereits Beweise, daß in den Reihen der Parteien, Gewerkschaften und anderen Organisationen versucht wird, eigene Jugendgruppen und -bünde ins Leben zu rufen.

Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands lehnt all diese Versuche auf das entschiedenste ab. Aus ihrer Verantwortung für das Wohl unserer Heimat und unsere gesamte Jugend hat sie bereits durch Taten bewiesen, allen Hilfestellung zu geben und nicht durch Fälschung des Aufbaus der Jugend zu stören. Auf ihre Initiative hin nahm im vergangenen Monat der Brandenburgische Landtag einen Antrag der Demokratischen Bauernpartei an, die Einrichtung von Volks- und Jugend-

büchereien in den Dörfern zuzustimmen. Das ist praktische Unterstützung, die allen Jungen und Mädchen zugute kommen wird. Darüber hinaus hat sie direkt Fühlung aufgenommen mit dem Landesvorstand der FDJ Brandenburg, durch den ein Plan ausgearbeitet wurde, um das Landjugendprogramm der FDJ auf eine breitere Grundlage zu stellen. Beide Organisationen wollen sich und andere gemeinsam für den Aufbau des ländlichen Berufsschulwesens, die Durchführung des Neubauernbauprogramms und das Studium junger Landarbeiter und Bauern einsetzen. Auch die Schaffung menschenswürdiger Wohnverhältnisse auf dem Lande gehört hierzu wie die Einrichtung von Jugendheimen.

So hat die junge Demokratische Bauernpartei der Jugend die Hand gereicht, weil ihr das Wohl der gesamten Jugend am Herzen liegt. Sie wird auch in Zukunft die Einheit der jungen Generation durch tatsächliche Hilfe zu festigen wissen.

## Der Naturschutzpark in Astrachan

Moskau (ADN). Der im Jahre 1919 auf Weisung Lenins gegründete Astrachaner Naturschutzpark hat sich im Laufe der Jahre zu einer der bedeutendsten wissenschaftlichen Forschungsstätten der Sowjetunion entwickelt. In dem Wolgadelta gelegen und mit Eschen, Zedernbäumen, Ahornbäumen und Pappeln umstanden, ist der Park mit außerordentlich seltenen Vögeln, Tieren und Fischen bevölkert. Braune und rosa Pelikane, gelbe und weiße Reiher stolzieren dort umher. Besonders zahlreich sind die Enten und Gänse verschiedenster Art. Auch Wildkatzen, Eber, Biber und Ottern sind dort zu finden. Der Naturschutzpark ist gewissermaßen die Straße, auf der Fischzüge aus dem Kaspischen Meer in die Wolga und aus der Wolga in das Kaspische Meer wandern. Hier bleiben sie zum Laichen und Überwintern. Wissenschaftler aller Gebiete haben hier reichlich Gelegenheit, Tiere und Pflanzen zu erforschen. Im Sommer finden sich zahlreiche Besucher ein. Studenten der Uraler, der Kasaner, der Charkower und Saratower Universitäten machen hier ihr Praktikum durch. Dem Naturschutzpark sind ein Museum mit außerordentlich wertvollen Sammlungen und eine Vetterwarte angeschlossen. Dieser Tage nahmen wissenschaftliche Mitarbeiter des Naturschutzparks auf einem Gelände von 23 Hektar eine Zählung der Vögel vor. Sie zählten rund 213.000 Vögel. Im Laufe der letzten Jahre hat sich die Zahl der Vögel des Naturschutzparks um Zehntausende erhöht.

## Stanislawschij auf dem Dorfe

Neue Wege im Laienspiel

Der in Ihrer Zeitung veröffentlichte Aufsatz „Der Deutschen Volksbühne Schwerin, Vom Laienspiel zur Volkskunst“ war uns ein Beweis, daß wir diese Aufgabe nicht allein angehen haben. Wir waren, nachdem unsere zwei Schullehrer die Anregung dazu gegeben und uns aus einer Zeitungsnotiz vorgelesen hatten, daß es in der Ostzone bereits 2490 Laienspielgruppen und rund 8000 Volkstheatergruppen mit etwa 240.000 Mitgliedern gäbe, zusammengekommen, um genau wie die anderen zu unserer Unterhaltung und Abwechslung Theater zu spielen, Bedingung war aber, daß Kitsch und Talentlosigkeit verboten würden. An Mitspielern war kein Mangel. Besonders die jungen Mädchen begeisterten sich für die Idee. Die meisten von ihnen stimmten für ein bekanntes Theaterstück. Von Hauptmanns Weber bis zu Don Carlos spannten sich die Vorschläge, und es war für uns, die wir die Verantwortung trugen, sehr schwer, der zum Mitspielen gekommenen klarzumachen, daß wir uns erst einmal mit Stegreifspielen begnügen wollten. Bevor wir uns an ein abgeschlossenes Thema wagten, galt es für jeden, zu Beginn die Grundbegriffe des Ensemblespiels zu erlernen. Wir haben es so gemacht, daß wir eine Kulisse, nur mit Stahl und Tisch oder einem Brett eine Szene improvisierten. Der Lehrer — der Stanislawschij Gruppenleiter für die beste Lehrmethode hält — gab die Situation an, und der jeweilige Darsteller machte aus ihr eine Handlung. Je nach Temperament wechselten wir vom Komischen zum Tragischen über.

auf diese Weise haben wir uns nach und nach freigespielt, kennen heute schon die einzelnen Begabungen und wollen uns neben ständigen Bewegungs- und Sprechübungen kleine zeitgenössische Bauernstücke oder Glossen auswählen, um so gute Aufführungen — erst einmal im kleinsten Rahmen — zustande zu bringen. Wir hoffen alle, daß wir in dem Dorfkrug bald ein wirklich gutes Ensemble haben werden. Die Kosten und Hilfsmittel auf der früher nie gebrauchten Bühne bieten können.

Beate Klotz, Sp., Sachsen.

## Wir wollen ein Kind

Erfüllte Hoffnungen durch das neue Adoptionsrecht

Zwischen den vielen tausend Kriegswaisen und elternlosen Flüchtlingskindern und dem Wunsch so mancher Familien, ein Kind an Vater Statt anzunehmen und es als eigen aufzuziehen, stand bislang sehr oft das Adoptionsgesetz mit der unheilvollen Klausel, daß die Antragsteller das 50. Lebensjahr überschritten haben müssen. Nur wenn der ärztliche Nachweis erbracht werden konnte, daß die Ehe kinderlos bleiben würde, gab es vom Fall zu Fall eine Ausnahmeregelung.

Nach dem Krieg hat es sich nun aber gezeigt, daß auch in mehrköpfigen Familien ein kleiner Dauerast freudige Aufnahme findet und daß ihm durch die anderen Kinder das Einleben in diese neue Umgebung leichter wird, als wenn er sich allein zurechtfinden muß. Berücksichtigt man zusätzlich noch, daß ein Kind bei jüngeren Eltern meist mehr Verständnis findet als bei älteren, so wird jeder die Vorteile der Adoptionsrechts in der Ostzone begrüßen.

Die Juristische Kommission des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands setzt sich für die auch von der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands geforderte Abänderung

ein. Die Adoptionsgrenze soll auf 30 Jahre für beide Elternteile herabgesetzt werden, die Adoption soll auch dann möglich sein, wenn schon Kinder aus der Ehe hervorgegangen sind. Selbstverständlich muß ein Altersunterschied von mindestens 18 Jahren zwischen Adoptiveltern und Kindern gewahrt bleiben. Diese Regelung, die in naher Zukunft für die ganze Ostzone Gültigkeit haben wird, ist in Brandenburg bereits mit Erfolg eingetragenen.

Bäuerinnen, die gern noch ein Kind haben wollen und ohne große Schwierigkeiten die Voraussetzungen dafür zu schaffen vermögen, können jetzt den Wunsch, in die Tat umzusetzen, auch wenn sie noch nicht 50 Jahre alt sind. Die einschränkenden Paragraphen sind gefallen. Der sechsährige Bernd kann also den so ersetzten älteren Bruder oder die kleine Schwester bald bekommen, und es wird dann neues Leben im Hause sein. All die Freude und Liebe, die das so lange heimatlose Kind den Menschen zuwendet, die sich um ihn sorgen, die versuchen, ihn zu verstehen und ihn zu Familie gebührend zählen, bringt den Wahlleuten so viel Glück, daß die zusätzliche Hausarbeit kaum ins Gewicht fällt.

An den langen Winterabenden kann sich der Landbewohner mehr Mühe gönnen als im Sommer, kann eher einmal zu unterhaltendem oder weiterbildendem Lesestoff greifen. Wieviel junge Menschen haben sich neben der anstrengenden Landarbeit einen gesunden Hunger nach geistiger Kost bewahrt! Und wieviel Ältere, die durch Krieg und Evakuierung aufs Land kamen, verlangen nach dem Buch, das ihnen früher regelmäßige und liebe Gewohnheit war! Der Ruf nach der Dorfbücherei aber kommt am lauteften von den Menschen, die jede Arbeit mit den „Augen des Geistes“ zu betrachten gewohnt sind: die Menschen, die voll Aufgeschlossenheit ihrer Arbeit nachgehen und den Forderungen des Tages gerecht werden.

So brauchen wir die Dorfbücherei aus mehreren Gründen: Zur Unterhaltung, zur weltanschaulichen Bildung, zur Umschulung auf andere Berufe und zur landwirtschaftlichen Fachausbildung. Die Beschickung mit fachlichem Schrifttum steht erst in den Anfängen. Die Dorfbüchereien, die im Krieges eben gelitten haben wie die der Städte, die selten eine liebevoll-planmäßige Pflege kennen, sind allzuoft nur Stückerwerb, Torso, ein Schatten dessen, was sie sein könnten und sein müßten. Deshalb sind denn die verantwortlichen Männer in der Deutschen Verwaltung für Volksbildung seit Jahren bemüht, neue Wege zu finden, um die Dorfbücherei auf die Kulturaufgaben des Zweijahresplanes abzustimmen.

Der belebende Mittelpunkt bleibt für die Dorfliteratur nach wie vor die zentrale Bücherei der Kreistadt.

So berichtete die Kreisbibliothekarin des Landes Zwickau, daß in den angeschlossenen Dorfbüchereien nur sehr wenige neu erschienene Werke festgestellt wurden und daß man daher vom Kreise aus jede einzelne Dorfbücherei systematisch zu aufbauen und beschicken mußte. In Zwickau selbst die Bücher zu einem Haufen Bücher, die in einem Winkel des Gemeindeamtes schlummerten ... Durch die Bodenreform beschlagnahmte Bestände teilte man sinngemäß auf und unter den Einwohnern wurden erfolgreich Bücher „gesammelt“, so daß schon verschiedentlich neue Dorfbüchereien eröffnet werden konnten.

Ein dörflicher Büchereileiter berichtete, daß sich unter den 300 Bänden und Zeitschriften der Dorfbücherei bereits zahlreiche Anleitungsbücher zur ländlichen Wirtschaftsführung befanden. Der Leiter der Dorfbücherei bringt abends selbst die Bücher zu den weitverstreut wohnenden Bauern, Landfrauen und Arbeitern. Er konnte so das Interesse seiner Dorflese auf Titel und Verfasser lenken, von denen sie zuvor etwas gehört hatten. In kurzer Zeit vermehrte sich die Zahl seiner Leser von 36 auf 90 Benutzer.

In Thüringen entfielen von den 168.000 Lesern der Volksbüchereien 118.000 Leser auf die ländlichen Bezirke und hiervon wieder 84.000 Leser auf die Dorfbüchereien. Trotzdem seit 1945 zähe Aufbauarbeit geleistet wird, betrug die Zahl der verfügbaren Bücher erst ein Viertel bis ein Drittel der notwendigen Bestände. So werden die Bücher oft so häufig getauscht, daß ihre Lebensdauer

durch übermäßige Benutzung gefährdet ist. Wie groß der Anteil der Dorfbüchereien am gesamten Bibliothekswesen eines Landes ist, belegt eine charakteristische Statistik aus Sachsen-Anhalt, die bereits im Jahre 1947 folgende Zahlen aus den Dorfgemeinden nannte: 879 Büchereien, 124.000 Bände und 49.000 Leser! Aus Mecklenburg wurden in zwei Monaten in einem Falle 37, in einem anderen Falle 30 neue Büchereien in Betrieb genommen. Unter den Buchbeständen der mecklenburgischen Büchereien war zur Hälfte unterhaltendes und künstlerisches Schrifttum vertreten. Mehr als ein Viertel aller Bände hatte wissenschaftlichen Charakter. Die Zahl der Jugendschriften war in dieser Statistik wie in allen anderen uns bekannten Beispielen (mit etwa 6 Prozent der Gesamtzahl) viel zu gering gehalten. Für die „fliegenden Büchereien“, die aus den Städten hinaus auf die Dörfer fahren, stehen heute vielfach schon die notwendigen Hilfsmittel — Wagen und Brennstoff — zur Verfügung. Aus dem Dorf Wollshagen, Westpommern, wird uns die Einrichtung einer „fliegenden Bücherei“, „Kistenbibliothek“ berichtet. In zahlreichen Gemeinden sollen „Kulturabende“ (mit Dichtervorlesungen, Volksschulreferaten, Musikbeiträgen) den Bauern und Landarbeitern Einblick in die Literatur geben.

So sind Lesestunden (vor allem für Jugendliche) und Auswahlkisten mit Büchern aus der Kreisbücherei heute die beiden wichtigsten Mittel, um trotz knapper Bestände dem Buch auf dem Lande eine breitere und tiefere Wirkung zu sichern. Dr. H.G.



**Praktische Fragen der Bauern wurden besprochen**

\_\_\_\_\_

4. Jahrgang  
6. Februar 1949  
Nummer 6

Ausgabe Brandenburg B

Einzelpreis  
25 Pfennig

Verlagsort: Berlin

# Der Freie Bauer

Organ der Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe und Publikationsblatt der Deutschen Wirtschaftsmission, Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft

ILLUSTRIERTE WOCHENZEITUNG



Nachdem der Arbeitsplan für die Frühjahrsbestellung in allen Einzelheiten durchgearbeitet wurde, beschäftigt sich jetzt jeder Ortsausschuß mit der Vorbereitung unserer Organisationswahlen. Die Generalversammlungen, die die Neuwahl der Ortsausschüsse vornehmen, finden in der Zeit vom 25. Februar bis 25. März statt. Ihre Einberufung muß nach den Statuten mindestens acht Tage vor dem Tagungstermin unter Angabe der Tagesordnung öffentlich bekanntgegeben werden. Der wichtigste Tagesordnungspunkt ist der Rechenschaftsbericht des Ortsausschusses durch den Vorsitzenden. Unser Bild zeigt, wie ein Ortsausschuß seinen Rechenschaftsbericht sorgfältig vorbereitet. Foto: Resch

## Die Organisationswahlen der VdGb

Die Pressestelle der ZVdGb teilt folgende Verlautbarung des Vorstandes der ZVdGb mit:

Der Vorstand der Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe hat beschlossen, die statutenmäßig fälligen Neuwahlen wie folgt durchzuführen:

a) In der Zeit vom 25. Februar bis 25. März 1949 Neuwahl der Ortsausschüsse, der Ortsrevisionskommissionen und Wahl der Delegierten zu den Kreisdelegiertenkonferenzen.

b) In der Zeit vom 25. März bis 10. April 1949 Durchführung der Kreisdelegiertenkonferenzen, Neuwahl der Kreisausschüsse, der Kreisrevisionskommissionen und Wahl der Delegierten zu den Landesbauerntagen.

c) In der Zeit vom 10. bis 25. April 1949 Durchführung der Landesbauerntage, Neuwahl der Landesausschüsse, der Landesrevisionskommissionen und Wahl der Delegierten zum Deutschen Bauerntag.

d) Der Termin sowie der Tagungsort für den Deutschen Bauerntag werden noch festgesetzt.

Neuwahlen sind zweifellos das wichtigste Ereignis im inneren Leben einer Organisation. An der Sorgfalt, mit der die Neuwahlen vorbereitet werden, an der Beteiligung der Mitgliedschaft, an dem Niveau ihrer Beratungen und dem Inhalt ihrer Beschlüsse erkennt man die Stärke der Organisation. In den Tagen der Neuwahlen sollen sich unsere Mitglieder klar werden über die Schwächen und Mängel, über alle Errungenschaften und Erfolge, und sollen sowohl die vergangene als auch die künftige Arbeit unserer Organisation zur kritischen und vor allem selbstkritischen Diskussion stellen.

Neuwahlen, mit Gewissenhaftigkeit und dem erforderlichen Verständnis vorbereitet, werden zu einer Aufschwung unserer gesamten Arbeit und zu einer Stärkung unserer Organisation führen müssen.

Unsere Neuwahlen müssen dazu beitragen, die Voraussetzung zu schaffen, die unserer Organisation obliegenden Aufgaben in vollem Umfange zu erfüllen. Das Schwergewicht unserer Arbeit liegt in folgenden Aufgaben:

**Kampf um die demokratische Einheit Deutschlands, für die Erlangung eines gerechten Friedensvertrages als Grundlage für einen schnelleren Wiederaufbau Deutschlands.**

**Mitarbeit und Entwicklung stärkerer Aktivitäten bei der Erfüllung des Zweijahresplanes und in Verbindung damit**

größtmögliche Steigerung der Hektarerträge.

Ausbau der MAS zur Entfaltung größter Leistungsfähigkeit.

Zugrundelegung der bäuerlichen Wunschbaupläne.

Erzielung einer gerechten Differenzierung, Aufbau eines Netzes guter Dekstationen nach einheitlichen Richtlinien und Aufbau unserer Viehbestände.

Verbesserung der Arbeit unserer Wirtschaftsberater, besonders bei der Betreuung unserer Neubauernhöfe, Einrichtung von Betriebsflächen und -wirtschaften.

Aufbau und Ausbau der Saatbau- und Versuchsringe.

Verbesserung der Ausbildung unserer bäuerlichen Jugend.

verstärkte Arbeit in den ländlichen Genossenschaften.

Sicherung des Selbstbestimmungsrechts der Bauern in den Genossenschaften und Beseitigung der hohen Zwischenhandels-spannen des Großhandels.

Förderung des Kulturbetriebs auf dem Dorf.

**Entlastung unserer klein- und mittelbäuerlichen Betriebe durch**

Senkung der Sozialbeiträge und Steuern.

Senkung und Staffelfreiheit der Gebühren der MAS, der Dekstationen und der Düngemittelpreise.

Herabsetzung der Zins- und Tilgungslasten für Bau- und Betriebskredite.

Unsere Wahlen sind demokratische Wahlen. Die Bodenreform hat die Struktur unserer Landwirtschaft grundlegend verändert. Die weit überwiegende Mehrheit unserer Bauernwirtschaften sind heute die Klein- und Mittelbetriebe. Es entspricht den Prinzipien der Demokratie, wenn diese Bauern die Leitungen unserer Organisation, die Orts-, Kreis- und Landesausschüsse übernehmen, denn die Ausschüsse der VdGb haben bei einer großen Anzahl wirtschaftlicher Fragen die Mitverantwortung oder die Entscheidung zu tragen. So bei

## Frühjahrsbestellung 1949

### Sache des ganzen Volkes

Der einzige Tagesordnungspunkt der ersten Sitzung der erweiterten Deutschen Wirtschaftsmission am 1. Februar war die Frühjahrsbestellung 1949. Bekanntlich wurde die Zusammensetzung der Deutschen Wirtschaftsmission durch einen Befehl des Obersten Chefs der SMA, Marschall Sokolowski, von 36 auf 101 Mitglieder erweitert. Die meisten Mitglieder der DWK sind jetzt gewählte Vertreter der Bevölkerung der Länder sowie Vertreter demokratischer Parteien und anderer Organisationen der sowjetischen Besatzungszone. Die ZVdGb ist durch den ersten Vorsitzenden, Otto Körting, und durch den Generalsekretär Kurt Wiegand vertreten. Außerdem gehört der DWK das Vorstandsmitglied der ZVdGb, Fritz Brauer, an, der vom brandenburgischen Landtag delegiert wurde. Das Organisationsbüro der ländlichen Genossenschaften ist durch Ernst Busse vertreten, während von der Demokratischen Bauernpartei Ernst Goldenbaum, Rudolf Albrecht und Paul Scholz Mitglied der DWK sind.

Nach der Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden Heinrich Rau, nahm der stellvertretende Vorsitzende Luipold Steidle zur Frühjahrsbestellung 1949 das Wort. In einem umfangreichen und in jeder Hinsicht ausgezeichneten Referat beleuchtete Luipold Steidle die Probleme der diesjährigen Frühjahrsbestellung und zeigte die Aufgaben auf, die den Verwaltungen der ZVdGb, dem FDGB, den ländlichen Genossenschaften und allen demokratischen Parteien gestellt sind. Wir werden auf die Ausführungen Luipold Steidles in unserer nächsten Ausgabe noch näher eingehen. In der darauffolgenden Diskussion sprach als erster Otto Körting für die ZVdGb, ferner Dr. Hamann von der LDP, Ministerpräsident Höcker, Schwerin; Fritz Brauer für die CDU; Landwirtschaftsminister Ernst Brandt, Halle; Paul Scholz von der DBD und Edwin Hoernle. Der vom Sekretariat vorgelegte Bescheid über die Vorbereitung und Durchführung der Frühjahrsbestellung 1949 wurde einstimmig angenommen. Die für unsere Bauern wichtigsten Punkte dieses Beschlusses sind u. a. folgende:

Forstwirtschaft für die Durchführung folgender Maßnahmen zu sorgen:

#### Anbauplan und Wirtschaftsberatung

Die Verteilung der Kulturen und des festgesetzten Anbauplanes der Sommerkulturen auf die Kreise, Gemeinden und Wirtschaften ist bis Ende Februar 1949 nachzuprüfen. Festgestellte Mängel sind zu beseitigen. Fülle einer rein mechanischen Aufteilung des Anbauplanes in den Kreisen, Gemeinden und Wirtschaften sind unter Berücksichtigung der jeweils gegebenen besonderen Verhältnisse zu berichtigen. Die bäuerliche Wirtschaftsberatung der VdGb ist bis in die letzte Gemeinde unter Hinzuziehung bewährter ehrenamtlicher bäuerlicher und sonstiger Fachkräfte zu organisieren, damit der Anbauplan nicht nur formell, sondern mit größtmöglichem Erfolg in jeder einzelnen Wirtschaft durchgeführt wird.

In möglichst vielen Gemeinden und auf volkseigenen Gütern sind nach einheitlichem Plan der VdGb Beispielflächen anzulegen. Die Organe des Pflanzenschutzes, der DSG und der DLG, sind hierbei beratend hinzuzuziehen.

#### Saatgutversorgung

Die vorhandenen Saatgutvorräte sind für die Frühjahrsausaat in vollem Ausmaß einzusetzen. Hierbei ist dem Ausgleich für besondere Mangelgebiete durch gegenseitige Saatguthilfe zwischen den Kreisen, Gemeinden und Wirtschaften mit Hilfe der VdGb besondere Sorgfalt zu widmen.

Zur Versorgung der Bauern mit Saatgut bester Qualität ist der gemeinschaftliche Umtausch von Konsumware der einzelnen Fruchtarten gegen anerkanntes Hochzucht- und zugelassenes Handelssaatgut aus dem Umtauschfonds der DSG zu fördern. Dabei ist eine möglichst einfache Regelung der erforderlichen Umtauschformalitäten anzustreben. Eine Verwendung von Qualitätssaatgut für Konsumzwecke ist bis zum Abschluß der Bestellungsarbeiten verboten.

#### Bewirtschaftung des Grünlandes

Der Bewirtschaftung des Grünlandes ist erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Insbesondere ist folgendes zu veranlassen:

a) Die Wasserverhältnisse des Grünlandes sind durch Grabenräumung in Ordnung zu bringen. Vorhandene Wasser- und Bodenverbände und andere im Interesse der Grünlandwirtschaft tätige Vereinigungen tragen in erster Linie die Verantwortung für die Frühjahrsräumung der Gräben.

b) Das Grünland ist nach Räumung der Gräben zu walzen und durch Abschleppen einzuebnen. Hierfür ist erforderlichenfalls die gemeinschaftliche Nutzung der notwendigen Geräte und Maschinen sicherzustellen.

#### Sorgfältiger und planmäßiger Einsatz aller technischen Hilfsmittel

Dies erfordert vor allem:

a) Die landwirtschaftlichen Reparaturwerkstätten sind bis zum 25. Februar 1949 auf ihre Betriebsbereitschaft zu überprüfen und ihnen die vorantigende Instandsetzung folgender Landmaschinen zur Auflage zu machen: Ackerschlepper, Eggen, Pflüge, Wiesenwalzen, Kultivatoren und Drillmaschinen.

b) Zur laufenden Überprüfung aller Ackerschlepper auf ihre Betriebsbereitschaft sind besondere Bevollmächtigte einzusetzen. Bis zum 1. März 1949 ist die höchstmögliche Einsatzquote zu erreichen.

c) In Zusammenarbeit mit der VdGb, insbesondere der Verwaltung der MAS und ihrer Organe, ist der größtmögliche Einsatz aller Schlepper und Bodenbearbeitungsgeräte zu erzielen. Hierzu gehört auch die Heranziehung der nicht voll ausgenutzten Schlepper in Privatbesitz (insgesamt nach der Änderungsverordnung vom 21. Juli 1948).

d) Die Ausgabe der Betriebsstoffe und -öle ist gemäß der gegebenen Richtlinien durchzuführen, wobei der Brennstoffverbrauch auf Hand der Schlepperbetreiber besonders zu kontrollieren ist.

e) Die Erlösung des anfallenden Alltags ist sicherzustellen und dafür Sorge zu tragen, daß die gesamten, aus der Landwirtschaft zur Regenerierung gelangenden Ömengen unter Anrechnung auf das Koalitionsverhältnis wieder dem landwirtschaftlichen Fonds zugeführt werden.

#### Einsatz tierischer Spannkraft

Zur Gewährung des vollen Einsatzes tierischer Spannkraft sind die landwirtschaftlichen Zugkräfte für die Dauer der Frühjahrsbestellung je nach Witterungslage von der Holzaufuhr bis zu sechs Wochen vollständig (auch bezüglich etwaiger Rückstände) zu betrieuen. Die Landesregierungen können diese Befugnis den Kreisen übertragen. Die Befreiung von der Holzaufuhr ist im Einvernehmen mit den Holzfuhrkontoren je nach örtlicher Lage und den betriebswirtschaftlichen Verhältnissen festzulegen. Das Abschleppen ist trotz der zeitweiligen Freistellung zu erfüllen. Während der Zeit der Befreiung von der Holzaufuhr sind die nichtlandwirtschaftlichen Zugkräfte des Landes und der Städte (ATG) verstärkt als Ersatz heranzuziehen.

Fragen von solch ausschlaggebender Bedeutung für jede einzelne Bauernwirtschaft, wie die gerechte Differenzierung der tierischen und pflanzlichen Veranlagung, die richtige Ausarbeitung und Berücksichtigung der Wunsch- und Bedürfnispläne, der gerechte Einsatz der Maschinen der MAS, die richtige Verteilung der über die Genossenschaften zu beziehenden Waren, die gerechte Klassifizierung des abzuliefernden Viehs u. a. m.

Unsere Organisation hat sich im Zweijahresplan die Aufgabe gestellt, zum Träger der Durchführung des Landwirtschaftsplanes im Dorf zu werden. Darum wird es notwendig sein, nur solche Kräfte in die Leitungen unserer Organisation zu wählen, die die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bauern vertreten wollen und zu vertreten in der Lage sind. Nur dann ist die Gewähr für die Erfüllung des Landwirtschaftsplanes gegeben.

#### Was soll man wählen?

Nur der, der kompromisslos für die Einheit Deutschlands eintritt, den Zweijahresplan bejaht und aktiv zu seiner Erfüllung beiträgt. Nur der, der an der demokratischen Ordnung mitarbeitet und seine Pflicht dem Volk gegenüber erfüllt. Nur der, der die Bodenreform bedingungslos anerkennt und für deren Festigung eintritt und nach dem Prinzip unserer Organisation — der gegenseitigen Hilfe — handelt.

Die VdgB ist eine überparteiliche Organisation. Wir stellen daher bei den Wahlen nicht die Frage nach der Parteizugehörigkeit. Alle Mitglieder, gleich welcher demokratischen Partei sie angehören, haben dieselben Rechte. Besonderer Wert soll darauf gelegt werden, mehr Bäuerinnen und zwar für alle Funktionen, zu wählen. Die geringe Beteiligung der Bäuerin an unseren Organisationsleben ist noch eine ernste Schwäche. Dieser Zustand muß überwunden werden. Die Bäuerin muß für jede Funktion und als Delegierte in Vorschlag gebracht und gewählt werden.

Auch unsere Jugend gilt es bei den Wahlen verstärkt heranzuziehen. Dadurch gewinnen wir die Jugend an verantwortungsvolles Handeln und sichern uns den Nachwuchs.

Ein Teil unserer Mitglieder hatte Gelegenheit, unsere Landesbauernschaften zu besuchen und sich dadurch ein besseres Wissen anzueignen. Darunter gibt es eine Anzahl gewählter Kräfte, die sich für die Besetzung von Funktionen eignen und deshalb als Kandidaten vorgeschlagen werden sollten.

Zur einheitlichen und einwandfreien Durchführung der Wahlen in allen Vereinigungen ist vom Vorstand der Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe eine Wahlordnung mit Instruktionen beschlossen worden, nach der sich der Wahlablauf vollziehen wird. (Siehe Seite 11 unserer heutigen Ausgabe, Die Redaktion.)

Von einer guten Vorbereitung und Durchführung unserer Neuwahlen wird es wesentlich abhängen, ob wir die für das Jahr 1949 gestellten Aufgaben erfüllen können. Wenn wir solche Bauern und Bäuerinnen wählen, die das Vertrauen der Mitglieder besitzen, werden wir das uns gestellte Ziel erreichen.

### CDU gegen Antisowjethetze

Der Hauptvorstand der CDU der Ostzone und Berlins nahm in einer Sitzung zur Innen- und außenpolitischen Lage Stellung. Das Interview Generalleutnant Stalins mit einem amerikanischen Pressevertreter wurde als wertvoller Beitrag zum Frieden gewürdigt und lebhaft begrüßt.

In einer Entscheidung zur politischen Lage betont die CDU die Notwendigkeit der Sicherung der deutschen Einheit, der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und des Abschlusses eines Friedensvertrages. „Die Erfüllung dieser Aufgabe verlangt die Festlegung der deutschen Demokratie“, heißt es in der Entscheidung weiter. „Die Sowjetunion und die in der Warschauer Konferenz verbundenen Staaten haben den demokratischen Kräften Deutschlands Unterstützung in ihrem Befreiungskampf zugesagt. Die Christlich-DEMOKRATISCHE UNION bekräftigt die Notwendigkeit einer aufrichtigen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Wer sich dieser Friedenspolitik entgegenstellt und sich an antisowjetischen Agitationen beteiligt, muß aus den Reihen der CDU ausgeschlossen werden.“



Das Ziel der herrschenden Kreise Amerikas und Englands, Deutschland und zentral Europa zu spalten, darf nicht eintreten.

## Die DLG geht in das dritte Jahr

Von Dipl. Landwirt Reinhard Benecke, Hauptgeschäftsführer der DLG

Es sind jetzt zwei Jahre her, seitdem ein SMA-Befehl einem kleinen Kreis von Landwirten aus Wissenschaft, Praxis und Verwaltung die Erlaubnis gab, die Vorarbeiten zur Gründung der DLG in die Wege zu leiten. Es sollte die alte ruhmvolle DLG Max Erbs wiederbeleben, diese Gesellschaft, die so viel für den Fortschritt der Landwirtschaft getan hatte, die bis zum Jahre 1934, als sie von der NSDAP vernichtet wurde, ein Begriff ersten Ranges bei allen fortschrittlichen Landwirten gewesen war.

Im Februar 1947 wurde die DLG wieder errichtet, im Anschluß an den Agrarkongreß der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft stand sie wieder da. Das Jahr 1947 war der Anfang. Kein Haus, kein Raum, kein Mittelstand, kein Mithras — alles mußte von neuem geschaffen werden.

Dennoch fanden sich in zwölf Monaten fast 4000 Landwirte zusammen als ordentliche Mitglieder, die wissen, worauf es ankommt, die der DLG vertrauen und ihr gütige Zukunftsaussichten stellen. In dieser Situation — nachdem sich die ersten freiwilligen, ehrenamtlichen Mitarbeiter in den Fachausschüssen zusammengefunden hatten, nachdem mit wenigen hundert Angestellten eine Geschäftsführung entstanden war — in dieser Situation haben die DLG eine Jahresversammlung in Berlin eingeplant.

Wir rechneten mit 600 bis 800 Teilnehmern — es kamen 1400! Die DLG wurde zum Begriff, denn diese Versammlung war nicht nur eine Zusammenkunft, sondern eine Zusammenkunft, die schuf eine Art von Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Professor und Bauer, zwischen West und Ost, zwischen Nord und Süd. Nach dieser — sagen wir — Generalprobe der Jahresversammlung lag es nahe, die erste Erprobung der Ausstellung in Frankfurt am Main dort anzusetzen, die inzwischen gegründete DLG des Westens ihre erste Landwirtschaftliche Ausstellung, und wir stellten die Kernpunkte unserer jungen neuen Landwirtschaft zur Betrachtung und Diskussion. VdgB, Landwirtschaftliche Wissenschaft, Düngezentrale, Genossenschaften, Maschinenhöfe, Tierzucht, Hauptgut usw.

Die Arbeiten der DLG waren inzwischen gewaltig vorangeschritten. In den Abteilungen der Geschäftsführung, in den elf Hauptausschüssen und in der Vielzahl der Fachausschüsse wuchsen die Aufgaben und ihre Lösungen heran. Es entstanden die Düngeberatungsstellen in allen fünf Ländern. Sie legten Tausende von Düngungsversuchen an, an denen Zehntausende von Bauern Abschnitte von Lehren suchten und fanden. Sie spielten eine entscheidende Rolle in den Landesausstellungen der Wirtschaftsbörse der VdgB. Sie werden im Jahr 1949 ihre Einwirkung noch wesentlich verstärken und ausbauen.

Die direkte Arbeit findet in der Zeitschrift „Mitteilungsblatt der DLG“ und in ihrer Schriftenreihe „Arbeiten der DLG“ ihren Ausdruck. Aber auch hier sind es erst Anfänge, auch hier beginnt die wahre Wirkung erst im nächsten Jahr, denn das vergangene Jahr steckte in jeder Beziehung noch voller Hemmnisse, die nicht immer gleich überwinden werden konnten.

Um neben der Zeitschrift, den Broschüren, Aufstellungen und Zeitschriften und den Vorträgen in Rundfunk noch weiter nach außen wirken zu können und unsere Aufgaben gerecht zu tun, haben wir für diese Wintermonate der VdgB für ihre Kreis- und Bezirksversammlungen aus unseren aktiven Mitgliedern und anderen 200 Vortragsglieder mit 300 Themen als DLG-Lektoren zur Verfügung gestellt. Hier wird aus Wissenschaft und Praxis ein reiches Material an die Hörer im Lande herangeföhrt.

Schließlich sei noch von der nach außen wirkenden Tätigkeit der DLG erwähnt, daß wir für alle deutschen Wissenschaftler eine „Übersetzungsdiplom“ fremdsprachiger wissenschaftlicher Fachzeitschriften eingerichtet haben, der Auszüge aus vorerst zehn Fachzeitschriften kostenlos verbreitet und Übersetzungen gegen eine geringe Gebühr über-

mittelt. Es sind bis jetzt nur einige Arbeiten der DLG, die in die Öffentlichkeit hinein wirken. Daneben laufen aber unendlich viele andere Arbeiten, die vorläufig noch nicht publiziert werden können. An die gesamte Praxis werden wir auch in diesem Jahre zu ersten Malen herantreten mit unseren für den Juni 1949 geplanten

#### Landwirtschaftsausstellung der DLG.

Die Ausstellung wird vom 12. bis 19. Juni in Leipzig stattfinden. Die Verordnung der DWK und die Genehmigung der SMA sind in diesen Tagen ergangen, so daß wir mit aller Kraft an die Vorbereitung der Ausstellung gehen können. In sechs großen Hallen mit insgesamt 42.000 qm und einem Freigelände von 140.000 qm werden wir Bericht über den heutigen Stand der Landwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone geben. Die Hauptthemen sind eine Übersicht über die Arbeit der Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft, fünf Landwirtschaftsministerien der DLG, der VdgB, der Gewerkschaften und der Genossenschaften bringen. Eine weitere Halle von mehr als 7000 qm zeigt aus dem Gartenbau, der Forstwirtschaft das, was in der Freigeleitschau nicht gebracht werden kann. Außerdem wird diese Halle in großen Ständen die Arbeiten der Deutschen Saat-Zucht-Gesellschaft, der einzelnen Pflanzenschutzämter und des Fachsamenshandels zeigen. Die gesamte Düngewirtschaft wird neben den Düngeberatungsstellen der DLG in ihren vier Sparten — Stickstoff, Kali, Phosphor und Kalk — vertreten sein. Ackerbau, Grünlandwirtschaft, Sonderkulturen und Pflanzenschutz nehmen den übrigen Teil der Halle ein. In einer weiteren Halle von mehr als 4000 qm wird neben den dazugehörigen wissenschaftlichen Instituten die Ernährungswirtschaft ihre Produktion, und soweit es technisch möglich ist, auch die Art ihrer Produktion zeigen.

Zwei große Hallen sind der Industrie für die Erzeugung landwirtschaftlicher Maschinen, Geräte und der volkseigenen Industrie für ihre Gesamtproduktion vorbehalten. Zwischen den beiden Hallen liegt ein großes Freigelände, das ebenfalls der Maschinen- und Geräteproduktion zur Verfügung steht.

Ein großer Raum nimmt auf der Ausstellung selbstverständlich die Tierzucht ein. Neben einer geräumigen Halle werden für die Tierzucht große Zelte errichtet, in denen Pferde, Rinder und Schafe untergebracht werden.

Ein besonderer Anziehungspunkt auf der Ausstellung werden die Musterbauten sein. Ein vollständig eingerichtetes Neubauerngehöft in massiver Bauweise; ein Musterhaus in Lehm- und Ziegelschichtbauweise; ein Dorfwirtschaftshaus, welches Bäckerei, Schlächtere, Badeanlagen und andere technische Einrichtungen enthält; ein Dorfwirtschaftshaus, welches die landwirtschaftlichen Ausstellungen ihrer Hauptaufgaben darin sehen, als Leistungsschau den Besuchern ein Bild über Leistung und Fortschritt zu geben, sehen wir heute neben diesen selbstverständlichen Zielen unsere Hauptaufgabe darin, eine Lehrschaue aufzubauen, die jedem Besucher eine Hilfe zur Weiterentwicklung der produktiven Kräfte geben kann und soll. Es werden in jede einzelne Sparte der Ausstellung einzelne Lehrschau eingebaut, so daß beide Ziele der Ausstellung erfüllt werden können. Wir glauben und hoffen, daß allen technischen Schwierigkeiten trotz der ersten DLG-Ausstellung seit Kriegsende ein voller Erfolg wird und bei unseren Besuchern Anerkennung findet.

Wir werden bald über mehr berichten können, als es heute der Fall ist. Wir meinen auch, daß es besser ist, bescheidene Anfänge zu einem guten positiven Ende zu führen und Neuaufgaben erst dann in Angriff zu nehmen, wenn die Mitarbeiter hierzu in der Lage sind, als viele Anfänge schon im Beginn versanden zu lassen. So sehen wir unsere Aufgaben, so sehen wir unsere tägliche Arbeit und hoffen, daß die Zukunft uns mit steigenden Aufgaben auch ständige Erfolge bringen wird.

## Das Arbeiter- und Bauernstudium muß gefördert werden

Im Versammlungsraum des größten mecklenburgischen Betriebes, der Neptun-Werft in Rostock, trat dieser Tage der Landesauschuss zur Förderung des Hochschulstudiums der Arbeiter und Bauern zu einer Arbeitstagung zusammen. Vierhundert Vertreter der größten Betriebe des Landes, der Werften, der demokratischen Organisationen und der Studenten der Landesuniversitäten nahmen an der Besprechung teil. Wie der Vorsitzende, Gustav Dumm, berichtete, werden dank der Arbeit des Landesauschusses die Hochschulen in Mecklenburg statt von 8 Prozent im Jahre 1947 heute von 30 Prozent Arbeiter- und Bauernkindern besucht.

Frau Pütz von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in Berlin sprach über die Entwicklung des Arbeiter- und Bauernstudiums in der sowjetischen Besatzungszone. Danach sind heute 40 Prozent aller Studierenden Arbeiter- und Bauernkinder. An den Vorstudienkursen lernen in der Zone zurzeit 3500 Schüler. Ein erheblicher Prozentsatz hiervon wurde im Winterhalbjahr 1948/49 neu aufgenommen. Unter 1800 Neuaufgenommenen waren 1000 Arbeiter- und Bauernkinder. An den Universitäten Mitteldeutschlands und in Berlin zählen die Vorstudienanstalten bis zu tausend Schüler. Für das laufende Jahr wurden 7 Millionen DM für Stipendien ausbezahlt, davon 75 Prozent für Arbeiter- und Bauernstudenten.

Wenn wir unsere Aufgabe lösen wollen, das Leben in Staat und Wirtschaft vor allem auf dem Dorf, zu demokratisieren, so muß der Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder am Hochschulstudium noch mehr vergrößert werden. Insbesondere Söhne und Töchter der Klein- und Mittelbauern und der Landarbeiter müssen sich durch ein solches Studium dazu vorbereiten, überall in der Verwaltung, insbesondere in der Landwirtschaft, in Zukunft entscheidende Stellen zu übernehmen.

#### Ein nachahmenswertes Beispiel

Die Landesleitung des Kulturbundes in Brandenburg spendete innerhalb der von ihr veranstalteten Buchsammlung zweihundert Bücher, die zur Einrichtung und Verwirklichung von Dorfbibliotheken bestimmt sind. Unter den Bänden befinden sich Werke von Lion Feuchtwanger, Alexander Abusch, Stephan Zweig, Bernhard Kellermann, Hermann Kasack u. a. mehr. Der Landesvorstand des Kulturbundes fordert alle demokratischen Organisationen und Parteien auf, dem Beispiel des Kulturbundes zu folgen und die Sammlungen zu unterstützen. Gerade das moderne Buch ist gut geeignet, die ländliche Bevölkerung im Kampf um den Durchbruch der Demokratie auf dem Dorfe zu helfen.

#### Die richtige Antwort

Die wirtschaftliche Bauernarbeit. Gemeinde Schönbach, Kreis Lobau in Sachsen, sämtlich in der Genossenschaft organisiert, haben einen weiteren Schritt zur Demokratisierung ihres Dorfes getan, indem sie auf das eigensinnige Verhalten der Gemeindeglieder mit der Schaffung einer Bäckerei der landwirtschaftlichen Genossenschaft antworteten.

#### Fünf neue landwirtschaftliche Betriebsberufsschulen

Für die jugendlichen Landarbeiter der im Kreis Haldensleben (Sachsen-Anhalt) vorhandenen Landesgüter werden demnächst fünf landwirtschaftliche Betriebsberufsschulen eröffnet, in denen die Schüler vor allem in Landwirtschaftskunde und Maschinenbau Unterricht erhalten. Im Kreis Haldensleben bestehen bereits zur Ausbildung des landwirtschaftlichen Landarbeiternachwuchses drei Lehrwerkstätten und ein Lehrbauernhof.



Die Tschechoslowakei wird 1949 auf mehr als 20 ausländischen Messen und Ausstellungen vertreten sein, so unter anderem in Moskau, London, Paris, Brüssel, Wien, Leipzig und New York.

Indien hat mit der Sowjetunion ein Waren- und Handelsabkommen für 1949 abgeschlossen. Indien will 100.000 Tonnen Tee gegen 100.000 Tonnen Weizen aus der Sowjetunion liefern.

Im Zuge der Erweiterung des amerikanischen Truppenstützpunktes Grafenwörth bei Bamberg (Bayern) müssen auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung fünf Ortschaften und das Umsiedler-Barackenlager Bernruth von der deutschen Bevölkerung bis zum 31. März geräumt werden.

Georgischen Viehzüchtern gelang es, durch eine Kreuzung grobwolliger mit feinvolligen Schafen eine neue Gattung mit grober, 12 cm langer Wolle zu züchten.

Trotz gegenteiliger Behauptungen des USA-Außenministeriums bestätigt sich die Nachricht, daß Großbritannien von den USA 180 Superfestungen der USA-Luftstreitkräfte kauft. Dafür erhalten die USA neue Luftstützpunkte in Großbritannien.

Anfangs dieses Jahres vereinigten sich die polnischen Industriellen, die landwirtschaftlichen Maschinen herstellen, in einem Gesamtverband. Der Vereinigung ging die Zusammenlegung von 29 Fabriken in 11 große moderne Produktionswerke voraus.

In der Nähe der albanischen Hauptstadt Tirana wird jetzt mit der Errichtung einer großen Baumwollfabrik begonnen. Diese Fabrik wird jährlich 20 Millionen Meter Stoffe herstellen.

## Ereignis von gesamtdeutscher Bedeutung

Die Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die vom 25. bis 28. Januar in Berlin stattfand, wird von der Presse inner- und außerhalb Deutschlands als ein Vorgang bezeichnet, der weit über innerparteiliche und zonale Angelegenheiten hinausgeht und ein Ereignis von gesamtdeutscher Bedeutung und internationalem Umfang gewertet werden muß.

Die überparteiliche „Berliner Zeitung“ schreibt: „Die internationale Solidarität der Arbeiterpartei, die auf der Konferenz der Sozialistischen Einheitspartei so großartig in Erscheinung trat, gibt uns die Gewißheit, daß eine einzige demokratische Republik Deutschland, wenn sie eines Tages als Ergebnis unseres Kampfes Wirklichkeit geworden ist, ein gleichberechtigtes und gleichberechtigtes Glied der demokratischen Welt sein wird. Die Konferenz war ein Manifest unserer nationalen Kampfes um die Einheit Deutschlands und eben gerechten Frieden.“

„Der Morgen“, das Blatt der Liberal-DEMOKRATISCHEN Partei Deutschlands, unterstreicht insbesondere die Forderung nach einem Friedensvertrag, wie sie der Parteivorstand der SED, Wilhelm Pieck, in seinem Referat gestellt hat, als eine unausschiebbare nationale Lebensaufgabe gerade im Interesse des Weltfriedens. Die Zeitung zitiert insbesondere die Stellen aus den Reden, in denen auf die Kolonisierung Westdeutschlands durch Besatzungs- und Ruhestaat und auf die unabwendbare Notwendigkeit eingegangen

wird, daß selbst alle fortschrittlichen, nämlich demokratischen Kräfte unseres Volkes zum gemeinsamen Kampf gegen die Unterdrücker verbunden sind.

Die „Neue Zeit“, das Blatt der Christlich-DEMOKRATISCHEN Union, hebt die Bereitschaft der Sozialistischen Einheitspartei hervor, die Blockpolitik in der bisherigen Weise fortzuführen. „Um so klarer bekennst du dafür die SED“, so führt die Zeitung aus, „zu der zentralen Aufgabe einer alleseitigen Festigung der gegenwärtigen antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Zone auf der Grundlage einer alleseitigen Festigung der Blockpolitik.“ Die „Neue Zeit“ unterstreicht die Entschlossenheit der SED, den Kampf um die Unabhängigkeit der Nation und die Unteilbarkeit des Landes zu führen.

In einem Kommentar des Moskauer Rundfunks heißt es: „Die erste Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat die Aufmerksamkeit der demokratischen Öffentlichkeit in allen Ländern auf sich gezogen. Die leitenden Funktionäre der SED warfen in ihren Reden nicht nur innerparteiliche Probleme der sowjetischen Besatzungszone auf. Auf Grund tiefgreifender Untersuchungen der Lage in allen Besatzungszone lenkt die Konferenz wieder die Aufmerksamkeit auf die Aggressionspläne, die von den englisch-amerikanischen Monopolen in Deutschland verwickelt worden.“



## Der „Freie Markt“ ist kein Absatzgebiet für Ladenhüter

Zum Ankauf landwirtschaftlicher Produkte für den Freien Markt hatte das Land Thüringen ein größeres Kontingent von Haus- und Küchengeräten aus Metall zu bekommen. Zur Realisierung wurden unter anderem 6000 Klappbestecke, Fabrikat der Firma Felix Lasse, Leipzig, angeboten.

Klappbestecke mögen für unsere Bauern ein ganz erwünschtes Artikel sein, jedoch muß erwartet werden, daß wirklich gediegene Arbeit geliefert wird. Die Firma Felix Lasse hatte nicht gediegen gearbeitet. Die Klappbestecke waren derart schlecht ausgeführt, daß man ihnen nur das Prädikat „Schundware“ zuerkennen konnte und die Übernahme ablehnen mußte. Denn unseren Bauern konnte nicht zugemutet werden, für ihre wertvollen Produkte Schundware zu übernehmen, die offenbar anderweitig nicht unterzubringen war.

Auf der anderen Seite muß es als unverantwortlich betrachtet werden, daß hochwertiges Rohmaterial, das man dringend zur Herstellung wichtiger Gegenstände benötigt, auf diese Weise verschwendet wurde. Zu diesem Zweck hat das Sächsische Ministerium für Industrie und Verkehr auf Veranlassung der Hauptverwaltung Handel und Versorgung der DWK die weitere Produktion der Firma Felix Lasse verboten und sie zu einer genauen Materialbestandsmeldung aufgefordert. Auch das Wirtschaftsamt Leipzig wurde zum Herstellungsverbot in Kenntnis gesetzt, sowie mit der Überwachung und Berichterstattung beauftragt.

Dieses Beispiel zeigt, daß nicht genug gefordert werden kann, die Produktion unter scharfer Kontrolle zu halten, damit für den Ankauf freier Spitzen nur wirklich geeignete Artikel einwandfreier Qualität zur Verfügung gestellt werden. (Bauernkorrespondenz)

## Leistungslohn und Prämien für Treckerfahrer

Die Traktoristen und Handwerker warten auf die Einführung von Leistungslohn und Prämien in den MAS. Sie wollen ihre Leistungen steigern, aber auch mehr verdienen, das heißt, einen Anteil an ihrer Leistungssteigerung haben.

Hennicke und tausende fortschrittlicher Arbeiter und Arbeiterinnen steigerten in der Industrie die Produktion und verbesserten gleichzeitig ihr Einkommen. Die Männer der schwarzen Zunft, die Handwerker der Reparaturwerkstätten, wollen die gleiche Möglichkeit haben. Soll der Zweijahresplan für die Landwirtschaft erfüllt werden und er soll überfüllt werden — dann muß eine bedeutende Leistungssteigerung der MAS erreicht werden. Tausende Hektar Boden der Klein- und Mittelbauern müssen von den MAS bearbeitet werden und weitere Tausende Hektar, die von Klein- und Mittelbauern bearbeitet werden, warten darauf, ebenfalls maschinelle Unterstützung durch die MAS zu erhalten.

Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, müssen die heute geltenden mittleren Arbeitsleistungen der Traktoristen erhöht werden. Untersuchungen zeigen, daß die Hektar-Tagesleistungen der Traktoristen nicht nur wegen der verschiedenen Qualität der Schlepper unterschiedlich sind. Es liegt an der Pflege der Maschinen, der rechtzeitigen Beseitigung von Störungen und der Verhinderung von Reparaturen, der größtmöglichen Ausschaltung von Leerlauf, Pausen und Stillstand der Maschinen durch gutes Zurechtleben oder Organisieren der Arbeit, an der Anwendung neuer Methoden, wie sie z. B. von Traktorenführern des Maschinenhofes Sagarad an Rügen durchgeführt wurden. Kurz, es hängt von dem Treckerfahrer ab.

Die heute erreichte mittlere Arbeitsleistung muß überboten werden. Sie kann es, wenn jeder Treckerfahrer die obengenannten Formen bei der Arbeit anwendet und durch schöpferische Findigkeit neue Methoden der Arbeit entwickelt. Aber für solche Leistungen müssen die Schlepperfahrer Anerkennung in Form von Leistungslohn erhalten. Sie werden dann ihr ganzes fachliches Können und ihre Tüchtigkeit einsetzen.

Die Treckerfahrer erwarten, daß die Arbeitsnorm, deren Überschreitung mit Leistungslohn bezahlt werden muß, die tatsächlich erreichte normale mittlere Arbeitsleistung ist. Deshalb darf sie nicht von Theoretikern auf Schreibtisch ausgemessen werden. Die Treckerfahrer wollen bei der Festlegung der Arbeitsnorm mit dabei sein. Es ist ihre Sache zusammen mit den Technikern die Arbeitsstudien durchzuführen. Bis zum 4. Februar soll eine Kommission, an der die Treckerfahrer maßgeblich beteiligt sein werden, die Arbeitsstudien in allen Ländern prüfen und die Arbeitsnormen und Leistungslohn bestimmen. Natürlich werden sie von der Partei der MAS und dem FDGB bestätigt werden müssen. Die Treckerfahrer werden dafür sorgen, daß das Material der Arbeitsstudien bis zu diesem Termin vorliegt.

Eine andere wichtige Aufgabe ist die Einsparung von Brennstoff. Es sind Verbrauchsnormen festgelegt, für deren Unterschreitung der Treckerfahrer 50 Prozent des Wertes der eingesparten Treibstoffe erhalten soll.

Auch für die Monteure und Handwerker der Reparaturwerkstätten gibt es große Möglichkeiten, die Leistungen zu steigern und damit zur Verbesserung der Arbeit der MAS beizutragen. Hunderte von Maschinen warten auf Reparatur und ihren Einsatz. Gewiß, es fehlt an Ersatzteilen, an Material, an Werkzeug und an Werkzeugmaschinen. Aber es gibt Beispiele,

# Ein Leben für die Landwirtschaftswissenschaft

Zum siebzigsten Geburtstag von Prof. Dr. Ernst Mangold

Dr. med. et Dr. phil. Ernst Mangold, seit 25 Jahren Direktor des Instituts für Tierernährungslehre und ordentlicher Professor für Ernährungsphysiologie der Haustiere an der Landwirtschaftlich-gärtnerischen Fakultät der Universität Berlin, begibt am 5. Februar seinen 70. Geburtstag.

Ausgehend von einer für die Agrarwissenschaft grundlegenden naturwissenschaftlichen Forschungsdisziplin verstand es Professor Mangold meisterhaft, den Zusammenhang von Wissenschaft und Landbau zu finden und eine gegenseitig befruchtende Zusammenarbeit zu fördern. Seine umfangreichen Vorlesungen, die persönliche Beratung, die zahlreichen Vorträge, vor allem aber die in seinen vielen wissenschaftlichen Arbeiten, Lehrbüchern und Beiträgen niedergelegten wissenschaftlichen Erkenntnisse gaben Schülern und Praktikern einen umfangreichen Einblick in die Grundlagen der Tierfütterung und Physiologie sowie ständig neue Anregungen. Seine Forschungsergebnisse fanden unter den Fachkollegen des Auslands große Beachtung und Anerkennung.

Als Sohn des Gymnasialprofessors Dr. W. Mangold ergriff er das Studium der Medizin und Naturwissenschaften an den Universitäten Gießen, Leipzig und Jena, wo er 1903 zum Dr. med. und 1905 zum Dr. phil. promovierte. 1906 habilitierte er sich bereits als Privatdozent der Physiologie und siedelte in gleicher Eigenschaft als Assistent zur Universität Greifswald über. Von dort ging er nach Freiburg im Breisgau, wo er 1912 zum außerordentlichen Professor ernannt wurde.

Vor seiner Berufung am 1. November 1923 als Direktor des hiesigen Instituts und ordentlicher Professor für Tierphysiologie und Tier-

ernährungslehre an die Landwirtschaftliche Hochschule Berlin hat Mangold bereits mit Hilfe seiner physiologischen Reiz-, Registrier- und Operationsmethoden die Ergebnisse seiner experimentellen Untersuchungen an Kleintieren verschiedener Gattung und Arten veröffentlicht und zahlreiche Beiträge für die Herz-, Muskel- und Nervenphysiologie geliefert. Bei allen seinen Arbeiten stand das Thema der vergleichenden Physiologie (Phy-

Prof. Mangold im Kreise seiner Mitarbeiter

Foto: Illus/Kemlin

siologie-Lehre von den Lebensvorgängen des Körpers im Vordergrund. Er befaßte sich unter anderem mit der Motorik der Verdauungsprozesse, des Magens, der Bewegungen verschiedener Tierarten.

Während seiner Berliner Forschungsarbeit ging Mangold zur angewandten Tierernährungsphysiologie der landwirtschaftlichen Nutztiere aller Arten über, wozu vor allem die Untersuchungen über die Physiologie der Verdauungsorgane und des Stoffwechsels verschiedener Nutztiere gehören. Ausgedehnte Versuche wurden auch über die Ausnutzung und Verdaulichkeit der biologischen Eiweißkörper verschiedener Futtermittel durchgeführt und gaben der Fütterungspraxis zur Futterberechnung entscheidende Richtlinien.

Erwähnt seien noch die umfangreichen Ausnutzungsversuche an Hühnern und Tauben zur Ermittlung der Verdaulichkeitswerte besonders vom Rohweiß nach einem neuen Verfahren, Stoffwechselversuche bei Wiederkäuern, Verlauf der Symbiose von Kleintieren im Wiederkäuermagen und Bestimmung der zeitlichen Verdauungsvorgänge bei verschiedenen Nutztieren. Ferner wurde auch die wichtige Frage des Mineralstoffwechsels einer umfangreichen, klärenden Prüfung unterzogen.

Professor Mangold hat die Entwicklung der Landwirtschaft der sowjetischen Besatzungszone stets mit großer Anteilnahme verfolgt. Ob es sich um agrarwissenschaftliche Kongresse, um die Arbeit in den Ausschüssen der DLG, um die Förderung des Fachwissens

unserer Bauern durch Veröffentlichungen und Vorträge handelt — Professor Mangold stellt sein reiches Wissen stets und gern zur Verfügung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß er auf dem Gebiet der Tierernährung noch viele wichtige Beiträge zur Förderung des Zweijahresplans beisteuern wird.

Möge unser Altmeister als Berater der Studierenden der Landwirtschaft seinen Schülern, Mitarbeitern, Fachleuten der Verwaltung und



vor allem dem praktischen Landbau noch auf viele Jahre in seiner gewohnten Hilfsbereitschaft fördernd zur Seite stehen.

## An den Hufnägel darf es nicht scheitern

Den zahlreichen an uns gerichteten Zuschriften entnehmen wir, daß der Mangel an Hufnägel sehr groß ist. Ein Bauer schreibt uns, daß die fehlenden Hufnägel der Anlaß waren, die so dringende Holzabfuhr zum Stillstand zu bringen; denn es sei unmöglich, das Zugvieh weite Strecken ohne Hufbeschlag zurücklegen zu lassen. Eine weitere Klage ist der hohe Gegenwert, der verlangt wird, wenn Hufnägel vorhanden sind.

Die Ortsvereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe in Prießnitz-Treibshain (Sachsen) hat eine aufschlußreiche Rechnung aufgestellt. In dem Schreiben heißt es: „Man hiesige Hufnägel gegen freie Spitzen, und zwar auf folgender Basis an: 1 Doppelzentner Kartoffeln für 48 Hufnägel oder 1/2 Doppelzentner Getreide für 80 Hufnägel. Ein Pferd braucht je Beschlag 32 Hufnägel, somit ein Gespann 64 Hufnägel. Rechnet man je Jahr mit einem achtmaligen Beschlag, einschließlich Umschlagen, so ergibt dies die Zahl von 512 Hufnägel. Auf freie Spitzen umgerechnet, wären hierfür 10,2 Doppelzentner Kartoffeln oder 3,2 Doppelzentner Getreide zu zahlen.“

Wir bitten den „Freien Bauern“, bei der Deutschen Wirtschaftskommission vorstellig zu werden, damit die Hufnägel in einem „günstigeren Verhältnis“ geliefert werden.“

## Klarer Aufbau in der Dorfgemeinschaft ermöglicht vorbildliche Arbeit

Von Ernst Busse, Berlin

Der Statutenentwurf sagt dazu:

„Die Dorfgemeinschaften bilden sich in den Gemeinden. Ist eine Gemeinde zu klein, sollen sich mehrere zu einer Dorfgemeinschaft zusammenschließen. Die Dorfgemeinschaften sollen groß genug sein, einen eigenen Geschäftsbetrieb zu tragen; aber nicht so groß, daß der Bauer im Vorstand den Geschäftsbetrieb nicht mehr übersehen kann. Die Dorfgemeinschaft bildet sich aus der Summe und Koordination ihrer Teilgemeinschaften, die sich mit landwirtschaftlicher Produktion, mit deren Verbesserung oder Förderung beschäftigen. Die Dorfgemeinschaften strecken ihre Tätigkeit auf alle Gebiete des bäuerlichen Wirtschaftslebens.“

Der Strukturplan, der dem Kongreß vorliegen wird, umreißt den Aufbau und die Organe der Dorfgemeinschaft wie folgt:

Die Dorfgemeinschaft ist die unterste Einheit der ländlichen Genossenschaften. Mitglieder der Dorfgemeinschaft sind: a) der Bauer und die ländliche Bevölkerung des Dorfes; b) Gemeinschaften, die sich in ihnen zu Spezialaufgaben zusammenschließen.

Wo Dorfgemeinschaften noch nicht bestehen, sind sie schnellstens zu bilden. Bestehende Kassen oder Kreditanstalten oder Lager der Hauptgenossenschaften können dafür die Grundlage sein.

Die Mitgliedschaft der Dorfgemeinschaft geht über den Kreisverband direkt zum Landesverband. Durch den Landesverband wird die Dorfgemeinschaft Mitglied im Zentralverband. Die Dorfgemeinschaft tritt außerdem der Hauptgenossenschaft und der Genossenschaftsbank bei.

Die Organe der Dorfgemeinschaft sind:

a) die Generalversammlung; sie ist die Aufsichtsrats aller Genossenschaftsmitglieder;

b) der Aufsichtsrat; er setzt sich aus 6 bis 9 von der Generalversammlung gewählten Mitgliedern zusammen;

c) der Vorstand; er wird von der Generalversammlung gewählt. Der Vorstand führt entweder die Geschäfte selbst oder bestellt nach Notwendigkeit bevollmächtigte Geschäftsführer. Die Geschäftsführung muß im allgemeinen hauptamtlich sein.

In der Dorfgemeinschaft müssen der Bauer und die bäuerliche Bevölkerung des Dorfes ihre gesamten geschäftlichen Arbeiten er-

ledigen können. Die Dorfgemeinschaft muß auf dem kürzesten Weg zu den durch die Bauern selbst gestalteten Bedingungen die Produkte abnehmen. Die Mitglieder sollen hier alles erledigen, was an Geschäften anfällt, zum Beispiel Ankauf und Verkauf von Saat, Dünger, Vieh, Maschinen usw. Auch ihren Geldverkehr, der möglichst bargeldlos sein soll, wickeln sie über die Genossenschaft ab. Die Dorfgemeinschaft schafft die Voraussetzung dafür, daß gemeinsame Maschinenbenutzung und Ackerbearbeitung größte Verbreitung finden, daß genossenschaftliche Saat- und Herdbuchviehzucht betrieben wird u. a. m.

Die Dorfgemeinschaft muß so gestaltet sein, daß der Bauer durch seinen Beitritt alle seine genossenschaftlichen Interessen wahrnehmen kann. Durch die Dorfgemeinschaft muß der Bauer zugleich auch die Mitgliedschaft für die Viehverwertung und die Molkereigenossenschaft erworben haben. Ein geteilter oder differenzierter Anteil, der die Größe der Wirtschaft als erstes, den Viehbestand der Wirtschaft und die Spezialkulturen oder Spezialzuchten als weitere Faktoren berücksichtigt, wird notwendig werden. Privilegien und abgeschlossene Minderheiten werden durch die breite Beteiligung der Dorfgemeinschaftsmitglieder aufgehoben. In die abgeschlossenen Kreise abgegrenzter Genossenschaftsgruppen tritt der werktätige Klein- und Mittelbauer mit ein. So wird die genossenschaftliche Einrichtung ein weiteres Glied in der Hand aktiv und fortschrittlicher Kräfte.

Die Probleme und die Aufgaben, die mit dem Kongreß der landwirtschaftlichen Genossenschaften gestellt werden, sind außerordentlich vielfältig und in manchen Fällen auch hart umkämpft. Nicht umkämpft und nicht bestritten ist die Notwendigkeit zur Gründung der Dorfgemeinschaft. Es sind nur noch wenige Wochen bis zum Kongreß. Dennoch reichen sie aus, um eine ganze Reihe von Dorfgemeinschaften durch Umgestaltung oder durch Neugründung ins Leben zu rufen.

Schafft sofort Dorfgemeinschaften; sie sind Helfer im Zweijahresplan und bedeuten einen Schritt weiter in unserem organisatorischen Aufbau!



In den Genossenschaften liegt hochwertiges Saatgut zum Umtausch bereit

Charakter überall gleich sein, sich gleichmäßig zusammensetzen, die gleichen Aufgaben haben und in gleicher Weise nach oben hin verbunden sein.





# Praktische Ratschläge für den Landwirt

## Acker- und Pflanzenbau im Zweijahresplan

Am 21. Januar 1949 tagte der Hauptausschuß Acker- und Pflanzenbau der DLG. Prof. Dr. Hähne, Halle, sprach zu den Ausschubmitgliedern, die aus allen Ländern der Zone zuzusteuern dem Wintertraps nach und die Aufgaben, die sich für den Acker- und Pflanzenbau aus dem Zweijahresplan ergeben. Er stellte dabei die Notwendigkeit einer Intensivierung des Futterbaus, die sich aus der steigenden Erhöhung der Rindviehbestände um 25 Prozent für den Ackerbau ergeben muß, besonders hervor. Auf diesem Gebiet sind größere Anstrengungen notwendig als zur Erfüllung der Planzahlen bei Getreide und Hackfrüchten, da die Erträge des Dürrejahres 1947, das dem Plan zugrunde gelegt ist, recht niedrig lagen und schon 1948 die Planzahlen annähernd erreicht wurden. Besonders eingehend setzte er sich auch mit dem Ölfuchtbau auseinander, wies die Überlegenheit des Wintertraps nach und stellte die Zwischentypen zwischen Öl- und Faserlein nach Art der Sorte Lusatia heraus. Eine besondere Zukunft sagte er der weibblütigen Lupine voraus, die die anderen Leguminosen im Ertrage wie im Eiweißgehalt wesentlich übertrifft.

Nach ergebnisreicher Diskussion sprachen Prof. Dr. Schlumberger, Präsident der Biologischen Zentralanstalt, Berlin-Dahlem, Prof. Dr. Schleuener, Rostock, über Fragen des Kartoffel- und Hackfruchtbaus. Nach dem Bericht des Geschäftsführers des Ausschusses, Dr. Rath-sack, über die für den 12. bis 19. Juni 1949 geplante DLG-Ausstellung in Leipzig nahm der Ausschub eine Resolution an über seine Aufgaben im Zweijahresplan an.



**Sortenkalender**  
Gemüse-Hochzuchten

### 1. Markerbse

**Foli**  
Auch diese Erbse ist eine qualitativ und ertragsmäßig sehr gute Konservensorte. Die Höhe beträgt etwa 70 cm, die Bestandsfarbe ist dunkelblau-grün. Die ziemlich langen, dunklen Hülsen sind schnabelförmig geschwungen und sitzen alle paarig an den langen Fruchtstielen, eine Eigenschaft, die das Pflücken sehr erleichtert. Das Korn ist süß, der Kornanteil sehr hoch. Foli eignet sich sowohl für den Frischmarkt als auch für die Konservierung (Gefrierverfahren). Die Pflückreife ist etwa 14 Tage früher als bei der Salz-münder Edelperle. Das reife Korn ist dunkelgrün, relativ klein und gleichmäßig. Die neue Sorte gleicht im Typ der bekannten „Lincoln“.

**Schreibers Delia**  
Die Markerbse Delia besitzt gestauchten Wuchs und wird etwa 40 bis 50 cm hoch. Delia kann daher ohne Stützen und Reiser angebaut werden. Die Hülsen weisen Schnabelform auf und sitzen meist paarweise. Delia ist mittelfrüh und bringt sehr gute Erträge. Gegenüber der Sorte „Wunder von Witham“ stellt sie eine wesentliche Verbesserung dar.

**Salzmünder Grüne**  
Wuchs halbhoch; Korn grob bis sehr grob; in der Grünfrüchte wesentlich ertragsreicher als „Salzmünder Edelperle“; für Frischmarkt.

**2. Schalerbse**  
**Brusviga**  
Wuchs halbhoch, Hülsen gerade, ziemlich stumpf; Reife ziemlich spät; große Ertrags-treue; reiche Erträge.

**Gebr. Dippes Herald**  
Eine mittelfrüh, ertragsreiche Erbse, die etwa 60 bis 70 cm hoch wird. Sie eignet sich durch Standfestigkeit besonders für den Großanbau und zum Gründrusch. Die Hülsen sind gerade, abgestumpft und sitzen paarig an den Fruchtstielen. Das reife Korn ist grün, rund, relativ klein und von gleichmäßiger Größe. Der Kornanteil ist gut. Herald kann die alte „Brusviga“ gewissermaßen „grünblühende“ vollkommen ersetzen.

**Onsa**  
Wuchs niedrig; Hülsen groß, leicht schnabelförmig, dunkelgrün; Laub hellgrün; Ansatz paarig; Reife früh; für Frischmarkt und Gefrierkonserven; läßt sich gut pflücken.

**Terras Exalta**  
Wuchs hoch bis sehr hoch; Hülsen groß, spitz auslaufend; Korn grün, glatt; Reife mittelfrüh; als Trockenerbse für Feldanbau; langes Stroh.

**Zelners Grüne Bastard**  
Wuchs hoch; Hülsen klein; Korn grün, glatt; Reife ziemlich früh; sehr robust und wider-

## Durch Frühaussaat:

# Stärker bestockt und dichtere Bestände

Die kommende Frühjahrsaussaat, ihre gute Vorbereitung und sorgfältige Durchführung, schafft die Voraussetzungen für das Gelingen der ersten Zweijahresplanernte. Zur Frage der richtigen Aussaattermine, bedeutsam insbesondere für unsere Klein- und Mittelbauern, ist manches zu sagen, das auch allgemein interessieren wird. Unser Zwiegespräch — der Frage ist ein Kleinbauer, die Antworten erteilt ein Fachwissenschaftler — gibt wertvolle Aufschlüsse und ist ein gutes Beispiel für die immer mehr sich verwirklichende Forderung: Wissenschaft und Praxis Hand in Hand.

In der Fachpresse wird häufig darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, die Sommer-saaten so früh wie irgend möglich in die Erde zu bringen. Ist das richtig?

Das ist bestimmt richtig, und man kann im großen Schnitt sagen, daß frühe Aussaaten den späten allgemein überlegen sind. Auf alle Fälle wird man nie einen Fehler machen, wenn man so früh wie möglich aussät. Es kommt dabei nicht so darauf an, daß die Frühjahrsaussaaten schon im März begonnen werden, daß sie also rein datummäßig früh liegen, sondern wichtig ist, jeweils den frühest möglichen Termin zu fassen. Sobald der Acker bearbeitungsfähig ist, müssen die Vor-bereitungen zur Frühjahrsaussaat in Angriff genommen werden.

### Die Reihenfolge

Im praktischen Betrieb ist es aber doch un-möglich, alles zu gleicher Zeit zu säen. Welche Reihenfolge der Frühjahrsaatsen wird man denn am zweckmäßigsten vornehmen, und welche Saaten müssen zualletzt in den Acker ge-bracht werden?

Eine Frühjahrsaussaat kann man bereits durchführen, bevor eine Ackerbearbeitung möglich ist, und das ist die Aussaat des Rotklee oder eines als Untersaat vor-gesehenen Klee-grasgemenges. Man sät dieses auf den letzten Schnee, oder sobald der Boden im Auftauen begriffen ist. Das Schmelz-wasser spült die feinen Samen etwas in den Acker ein, und sie bekommen die richtige Tiefenlage. Jedenfalls hat nach langjähri-gen Erfahrungen eine derartige Früh-saat die Bestände hervorzuheben. In Mecklenburg wird dieses Verfahren schon lange Zeit angewandt. Neuerdings wird auch aus Thüringen von starker Überlegenheit der Früh-saaten von Rotklee gegenüber späteren Saaten berichtet. Von den Getreidearten sind

vermindert sich dann die Gefahr, daß die zarten Keime vertrocknen, wie es bei späteren Saaten oft der Fall ist. Auch die Jung-trockenheit wird von derart frühzeitigem Rotklee oft besser überstanden als von späteren Saaten. Der Sommerweizen hat die längste Wachstumszeit von den Sommergetreidearten. Außer-dem wird seine Entwicklung gefördert, wenn in der Jugend niedrige Temperaturen auf die junge Pflanze einwirken. Er hat hierin noch eine gewisse Verwandtschaft mit den Winter-getreidearten, die überhaupt nicht zum Schussen kommen, wenn sie nicht den kalten Wintertemperaturen ausgesetzt waren. Vor allem gibt es beim Sommergetreide eine all-gemeine gültige Regel, daß die Bestockung stärker ist, wenn die jungen Pflanzen längere Zeit bei weniger als 10 Grad Temperatur wachsen. Frühe Aussaattermine, bedeutsam also allgemein stärker bestockt, dichtere Be-stände. Sommerroggen und Sommerweizen bedürfen dieser niedrigen Temperatur in der Jugend noch stärker als die anderen Sommer-getreidearten, weil sie sich weniger gut be-stocken als diese. Bei den genannten Legu-minosen sind wieder andere Gründe an-zuführen. Die Ackerbohne liebt eine lange Vegetationsperiode und zeigt bei früher Aussaat oft weniger starken Blattausfall, der ja beinahe für die Ackerbohne die größte Schädigung ist. Lupinen, die zur Samengewinnung dienen sollen, sät man früh, solche, die als Futter geerntet werden sollen, spät. Es zeigt sich, daß Blüte und Ansatz bei der Lupine frühzeitiger und auch meistens reichlicher erfolgen, wenn sie in der Jugend kühlen Temperaturen ausgesetzt wer. Gerade sie ist in dieser Hinsicht besonders empfindlich und reagiert auch auf die Tages-länge zur Aussaatzeit.

Warum haben Sie bei den genannten Legu-minosen nicht die Erbsen erwähnt? Auch bei ihnen

Sommerroggen einmal im Februar in einer frostfreien Zeit aussät. Ich habe schon zwei-mal solche Bestände gesehen, die durch ihre hervorragende Bestandesdichte auffielen und dementsprechende Erträge brachten. Mit Recht wird als letzte Sommergetreideart die Gerste ausgesät. Sie ist gegen etwas spätere Saat am wenigsten empfindlich, obwohl auch bei ihr früheste Saat wohl niemals ein Fehler sein kann.

### Ein Vorzug der Hackfrüchte

Wie steht es mit den Hackfrüchten? Sind Sie der Ansicht, daß auch bei ihnen ein mög-lichst früher Aussaattermin angestrebt werden muß?

Bei ihnen ist ein früher Aussaattermin von wesentlich geringerer Bedeutung als bei den besprochenen Saaten. Es ist bei ihnen mehr eine Glückssache, ob die früher oder die später ausgesäten Kartoffeln oder Zuckerrüben höhere Erträge bringen. Darin liegt ein sehr bedeutsamer betriebswirtschaftlicher Vorzug der Hackfrüchte, daß man infolge dieser Eigenschaft die Pflanz- und Aussaat-zeiten ohne Bedenken mehr in die Länge ziehen kann. Das liegt daran, weil der Witterungsablauf, den man ja nicht voraus-sehen kann, den Ertrag entscheidet. Ich er-innere mich z. B., daß im Dürrejahr 1934, in dem die Sommerernte erst Ende Juli ein-setzte, die spätgepflanzten Kartoffeln die höchsten Erträge und die beste Qualität des Saatgutes erbrachten. Ähnliche Erscheinungen haben wir teilweise im vorigen Jahr gehabt, wo nach einem sehr trockenen Frühjahr erst ab Mitte Juni ausreichende Regenversorgung gegeben war. Außerdem haben wir bei den Kartoffeln die großen Sortenunterschiede.

Ebenso wie bei den Kartoffeln wird bei den Zuckerrüben die Frage schwer zu lösen sein, ob frühe oder späte Aussaat günstiger ist. Je nach dem Witterungsablauf wird einmal die frühe und einmal die späte Aussaat besser abschnitten. Von vorjährigen Versuchen aus Belgien wurde zum Beispiel berichtet, daß man mit frühesten Aussaatterminen Anfang März, allerbeste Erfahrungen gemacht habe. Auch bei uns haben im vorigen Jahr spät-ausgesäte Zuckerrüben vielfach schlecht ab-geschritten. Das lag daran, daß das Früh-jahr ganz ungewöhnlich warm und trocken war, so daß bei Aussaaten nach dem 15. April häufig Aufwuchsschäden zu verzeichnen waren und diese Schläge infolgedessen lückige Be-stände aufwiesen. Anfang April gesäte lieferten geschlossene Bestände.

### Aussaat in zwei Raten

Ich habe bei einer Reise Anfang Mai durch Mecklenburg genau beobachten können, daß benachbarte Schläge ganz unterschiedliches Aussehen zeigten. Frühsaaten bei Zuckerrüben sind auch deswegen mit Recht un-beliebt, weil die Zahl der Schosser häufig ansteigt. Zweijährige Pflanzen schießen in Saat, wenn die jungen Saaten infolge früher Aussaat niedrigen Temperaturen ausgesetzt sind. Hier haben wir also, ohne daß es be-absichtigt ist, die Erscheinung des besseren Schossens, die wir durch frühe Aussaat des Getreides gerade herbeiführen wollen. Man kann also auch bei der Zuckerrübe ohne Ge-fahr die Aussaat in zwei (14 Tage voneinander getrennten) Raten vornehmen. Dabei hat man den Vorteil, daß die Arbeiten des Vereinzeln etwas in die Länge gezogen werden können und auch die Verunkrautung nicht auf dem ganzen Schlag gleich stark ist.

## Die mittelfrüh „Bintje“

Aus Dänemark wurde für den diesjährigen Kartoffelanbau die Sorte „Bintje“ eingeführt, nach Thüringen allein 1400 Tonnen. In Holland ist diese Kartoffelsorte bereits seit 1910 bekannt.

„Bintje“ ist eine mittel- bis großfällende, langoval, gelblichweiße mittelfrüh Kartoffel mit gelber Schale und guten Speiseeigen-schaften, die mäßig bis mäßig-fest kocht. Da die eigentlichen frühen Kartoffelsorten in ausreichenden Mengen für die Konsum-frühkartoffelerzeugung noch nicht zur Ver-fügung stehen, ist gerade die „Bintje“ eine Sorte, die durch ihre hervorragende Eigen-schaft, zum Vorkeimen gut geeignet zu sein, die bestehende Lücke zu schließen vermag. Sachgemäß und rechtzeitig vorgekeimt, ist die Entzeit der „Bintje“ knapp 14 Tage später als die der frühesten Sorten.

Zur Vermehrung wird die „Bintje“ nicht angebaut, sondern nur zur Erzeugung von frühen Speisekartoffeln. Da sie nur ver-hältnismäßig geringe Ansprüche an Boden und Feuchtigkeit stellt, eignet sie sich also auch für leichte Böden, verbindet damit je-doch den Vorteil gutmittlerer bis hoher Erträge und guten Besatzes. Die Knollen sitzen vorteilhaft ziemlich dicht am Stock. Augen sowie Nabel liegen flach — eine gute Speisekartoffel. Ihre Neigung nach oben ist mittelmäßig. Ein Nachteil ist, daß sie nicht krebstest ist. In krebserseuchten Gebieten darf sie nicht angebaut werden.



Richtige Fruchtfolge ist Voraussetzung einer guten Ernte. Faserlein darf nicht nach sich selbst angebaut werden. Er steht aber gut nach mit Stallmist gedüngten Zuckerrüben oder Kartoffeln. Auch Sommergerste ist eine gute Vorfrucht, wenn die Unkräuter unterdrückt worden sind und eine zeitige Winterfurche gegeben wurde.

es der Sommerweizen und Sommer-roggen, die am günstigsten auf einen mög-lichst frühen Aussaattermin reagieren. Von den Leguminosen stellen die Ackerbohne und die Lupinen zur Saatgewinnung die größten Ansprüche in dieser Hinsicht.

### Weshalb und warum!

Woher kommt es, daß gerade diese Arten günstig auf Früh-saat reagieren oder, was wohl dasselbe ist, bei späterer Saat im Ertrage ab-sinken?

Hierfür sind ganz verschiedene Gründe maßgebend. Beim Klee ist schon gesagt, daß durch die früheste Saat eine besonders gün-stige Aussaatiefe erreicht wird, außerdem

standsfähig; für ungünstige Klima- und Bodenverhältnisse sehr ertragstreu.

### 3. Zuckerbse

#### Terras Cerosa

Wuchs niedrig; Hülsen kurz bis mittellang, gerade; Korn gelb; Reife mittelfrüh; be-schäftigt ertragsfähig und ertragstreu; höhere Leistung als „Früh niedrige volltragende“.

Hiermit sind sämtliche bei der Deutschen Saat-zucht-Gesellschaft zur Verfügung stehen-den Gemüse-Saaterbsen-Sorten beschrieben. Es wird abschließend betont, daß es sich bei allen Sorten um zum Vertrieb als Hoch-zucht zugelassene Sorten handelt, welche dem Gemüseanbauer eine sichere Aufwuchs-gewähr bieten.

wird doch ein früher Aussaattermin allgemein als günstig angesehen.

Sie haben recht, man könnte auch die Erbsen hinzunehmen. Bei ihr kommt es aber meiner Erfahrung nach doch vor, daß bei späteren Aussaaten bessere Erträge erzielt werden. Bei ihnen scheint es wesentlich stärker als bei Getreide auf eine günstige Witterung zur Blütezeit anzukommen. Wenn bei den frühesten die erste Blüte verregnet, bei den später gedrückten aber nicht, können die letzteren öfter überlegen sein. Im großen Durchschnitt wird man aber auch bei ihnen besser fahren, wenn man möglichst früh aussät.

### Die Hauptsommergetreidearten

Von den genannten Arten bestellen wir ja meistens nur geringe Flächen. Wie sieht es nun mit den Hauptsommergetreidearten, dem Hafer und der Gerste, aus? Sind da auch noch Unter-schiede zu machen? Arbeitswirtschaftlich ist es ja doch nicht möglich, sie zugleich in die Erde zu bringen.

Da ist es ein besonderer Vorteil, wenn in einer Wirtschaft verschiedene Bodenarten vor-handen sind. Auf Sandböden kann man wesentlich früher anfangen als auf dem schwereren Boden. Bei den sicher keimenden Sommergetreidearten kann man meiner An-sicht nach auf dem Sandboden gar nicht früh genug anfangen. Sommerroggen und Hafer oder auch das Gemenge auf beiden aussäen. Auf solchem Boden ist es sogar nicht von der Hand zu weisen, wenn man





Approved For Release 2002/08/14 : CIA-RDP83-00415R002600120004-5

# Land Brandenburg

## Aktive Kräfte dürfen nicht ausgeschaltet werden

In der Ausgabe Nummer 50 unserer Zeitung veröffentlichten wir den Brief eines Bauernkorrespondenten aus Friedersdorf, der berichtete, daß die VdgB in Friedersdorf von größeren Bauern beherrscht wird, die es ablehnen, Kleinsiedler in die VdgB aufzunehmen.

Ein Organ der Christlich-Demokratischen Union sah sich veranlaßt, in unsächtlicher Form zu unserer Veröffentlichung Stellung zu nehmen. Wir nehmen die Frage zu ernst, als daß wir uns im gleichen Tonfall wie die „Märkische Union“ mit diesem Thema auseinandersetzen könnten. Doch was unsere Leser längst wissen, wollen wir auch der Redaktion der „Märkischen Union“ zur Kenntnis geben:

Die Angaben in dem Bericht unseres Korrespondenten beruhen bis auf unwesentliche Abweichungen, die die Betriebsgrößen der Wirtschaften betreffen, auf Tatsachen. Was von den reaktionären Umrufen in Friedersdorf berichtet wurde, ist nach unserer Ermittlung noch viel zu schwach beleuchtet. Unser Land-reporter, den wir zur Klärung dieser Angelegenheit nach Friedersdorf entsandten, hat folgendes festgestellt:

Seit über zwei Jahren versuchen 36 Kleinsiedler Mitglied der VdgB zu werden. Nachdem wir den oben genannten Artikel veröffentlicht und sich der Kreisausschuß der VdgB sowie der Landesverband in diese Angelegenheit eingeschaltet haben, ist endlich ein Teil dieser Anträge berücksichtigt worden. Das sind also 1 1/2 Jahre seit der Antragstellung. Acht Kleinsiedler sind auch heute noch die Aufnahme verweigert. Es heißt sich dabei um Werktätige, die in der VdgB an der Erfüllung der bevorstehenden Aufgaben innerhalb des Zweijahresplanes aktiv mitarbeiten wollen. Die Bauern von Friedersdorf jedoch lehnen diese Anträge und Mitarbeit ab. Die Arbeit des Ortsausschusses in Friedersdorf ist so, wie man sie nicht anders erwarten kann, wenn Aktivisten von der Mitarbeit ausgeschlossen werden.

Wie der Schriftführer Otto Briesenick unserem Reporter mitteilt, ist schon seit einem halben Jahr kein Beitrag mehr kassiert worden! Der Ortsausschuß ist seinen Verpflichtungen dem Kreis gegenüber nicht nachgekommen.

Der erste Vorsitzende Otto Ziegler will die VdgB auflösen, wenn mit Hilfe des Kreisausschusses die Kleinsiedler doch in die VdgB aufgenommen werden sollten! Diese politischen Quertreiber, wie er die aktiven Kleinsiedler nennt, will er nicht im Ortsausschuß haben, da dann die Arbeit „behindert“ würde. Der zweite Vorsitzende Paul Schreiber ist Pächter. Er erklärte unserem Reporter, daß er es noch zwei Jahre „aushalten“ will; dann will er seine Wirtschaft aufgeben.

Diese Äußerungen der Vorsitzenden lassen, um mit den Worten der „Märkischen Union“ zu sprechen, an Deutlichkeit wirklich nichts zu wünschen übrig. Da solche Leute kein Verantwortungsgefühl besitzen und nicht daran interessiert sind, sich für die Entwicklung der Wirtschaft zum Wohle der Allgemeinheit ein-

zusetzen, ist natürlich und wird durch folgendes Beispiel nur erhärtet:

Ein Bauer forderte in einer VdgB-Versammlung die Räumung des Friedersdorfer Abflußgrabens, da durch die Nichträumung die täglich gelegenen Luckwiesen überschwemmt werden und das Heu verfault. Doch der erste Vorsitzende lehnte diese Forderung ab und erklärte, daß der Graben nicht einmal auf der Landkarte verzeichnet sei. Deshalb werde er auch dann nicht geräumt, wenn der Bauer bis zur höchsten Instanz ginge. Andere Bauern, die die höhergelegenen Wiesen besitzen, freuen sich, daß die tieferliegenden überschwemmt werden, da dann das Heu auf ihren Wiesen besonders gut steht. Um des eigenen Vorteils willen will also die

Steigerung der Heuerträge unterbunden, anstatt die Gräben zu räumen und die höherliegenden Wiesen, wenn sie wirklich nicht genügend Ertrag bringen, zu umbrechen.

Wir glauben nicht, daß eine der demokratischen Parteien diese Zustände, die wir hier aufgezeigt haben, billigen wird, auch nicht die CDU. Der Kreisausschuß der VdgB und der Landesverband sollten sich energisch dieser Angelegenheit annehmen und dafür sorgen, daß den fortschrittlichen Kräften in Friedersdorf Gelegenheit gegeben wird, sich aktiv in den Aufbau einzuschalten. Bei den kommenden Wahlen sollten die Kleinbauern die Kandidaten wählen, die ihre Interessen vertreten, damit künftig auch in Friedersdorf der Weg für eine ungehemmte Aufwärtsentwicklung frei ist. H. B.

## An der Schwelle neuer Aufgaben

Vom ersten Vorsitzenden des VdgB-Landesverbandes Robert Neddermeyer

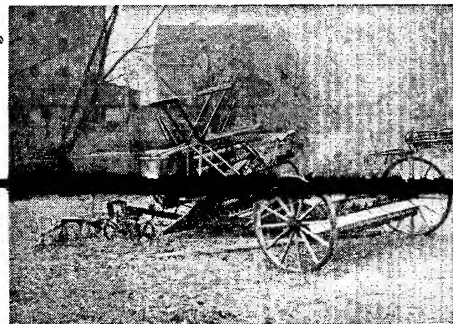
Durch einen Beschluß der Deutschen Wirtschaftskommission wird die Organisation der Maschinenhöfe und Maschinenausleihstationen auf eine höhere Stufe gebracht. Zu der Arbeit des Landesverbandes muß selbstkritisch festgestellt werden, daß nicht immer genügend Sorgfalt bei der Auswahl der jeweiligen Abteilungsleiter der Technik beachtet wurde. Erst im Laufe des vorigen Jahres wurde die Arbeit besser. Die erste Aufgabe der Abteilung Technik war die Verlagerung von 50 Schleppern in die Oderkreise.

Im September vorigen Jahres wurde mit der Errichtung der Maschinenhöfe begonnen. Eine

tariften wird noch gearbeitet. Ständige Schulungen und Arbeitsbesprechungen in den Kreisen ergänzen die Ausbildung unseres technischen Personals.

Eine sehr wichtige, aber zeitraubende Arbeit war die Umrechnung sämtlicher motorischer und tierischer Zugkräfte in Zugkräfteinheiten. Diese Arbeit war aber notwendig, um den Frühjahrszugkraftplan fertigzustellen und auch im Hinblick auf die Zugkräfte auf die Frühjahrseinstellung vorbereitet zu sein.

Inzwischen wurde auch der Bedarfsplan für die Produktion innerhalb des Zweijahresplanes



Wertvolle landwirtschaftliche Maschinen sind in Philadelphia, Kreis Beeskow-Storkow, Wind und Wetter ausgesetzt. Die Räumlichkeiten, in denen die Maschinen nach Abriß der Gutscheune untergebracht werden, werden auf Beschluß der Landesunternehmer Arno Kunge zugeteilt. Es ist unbedingt notwendig, daß diese Räume der VdgB für den Ausbau einer MAS übergeben werden, damit alle Geräte zur Frühjahrseinstellung einsatzbereit sind.

wesentliche Vorarbeit ist bis zum DWK-Beschluß schon geleistet worden. 1050 Außenstellen der Maschinenausleihstationen wurden bisher errichtet. Die Tarifverträge, vom FDGB anerkannt, wurden vereinbart; an den Zonen-

aufgestellt, 179 VdgB-eigene Werkstätten mit 807 Arbeitern wurden aktiviert. Darüber hinaus wurden 141 Verträge mit Privatwerkstätten abgeschlossen. Außerdem mußte die Rauhauteraktion durchgeführt und 100 Lokomobile repariert werden. 405 gestellte Zuschußanträge für Reparaturen mit einem Gesamtaufwand von 9000 DM fanden während dieser Zeit ihre Erledigung. Technische Revisoren überprüften die Qualität der in den Genossenschaftslagern vorhandenen landwirtschaftlichen Geräte des „Freien Marktes“. Ein Ersatzteilverwaltungsdienst wurde eingerichtet, das Berichts- und Meldewesen besser ausgestaltet. Die Deulakraft-Schulen Berlin-Varrenberg leiteten 345 Treckerfahrer aus. Werkstätten und Ersatzteillager wurden auf ihre Einsatzfähigkeit für die Herbst- und Frühjahrseinstellung überprüft.

Zu den Maschinenhöfen sei erwähnt, daß die gesamte Planung im Land Brandenburg abgeschlossen ist. Von den vorhandenen 129 Maschinenausleihstationen, mit zusammen 1050 Außenstellen, sind 54 Maschinenausleihstationen mit 452 Außenstellen als vollkommen einsatzfähig zu betrachten. Es war geplant, die weiteren 75 Maschinenausleihstationen bis zur Frühjahrseinstellung so weit aufzustellen, daß der Einsatz aller motorisierten Zugkräfte zentral gelenkt werden kann.

Der registrierte Bestand landwirtschaftlicher Großmaschinen und Geräte erhöhte sich im letzten Vierteljahr des Jahres 1948 von 18 962 auf 23 602 Stück. Dabei handelt es sich nur um VdgB-Eigentum. Bis zum Beginn der Frühjahrseinstellung werden sämtliche Reparaturwerkstätten nochmals überprüft und die dringend benötigten Ersatzteile eingefordert. Weiter wurde vom Landesverband angeordnet, daß in jeder Maschinenausleihstation drei gut ausgebildete Fachkräfte zu einer „liegenden Kolonne“ zusammengesetzt werden, um beim überörtlichen Einsatz eine schnelle Hilfe zu gewährleisten. Teilweise wurde diese Anordnung schon durchgeführt. Wo dies nicht geschehen ist, muß es schnellstens nachgeholt werden.

### Neuer Landrat gewählt

Der bisherige stellvertretende Landrat des Kreises Niederbarnim, Brosien, wurde vom Kreistag des Kreises Beeskow-Storkow einstimmig zum Landrat gewählt.



Der Anfang war für den Neubauer Albert Rothbauer, Dahmsdorf, Kreis Beeskow-Storkow, schwer. Bei dem Bau seines Neubauernhauses war er in der Hauptsache auf sich allein gestellt. Mit seinen zwei Färsen hatte er die 35 000 Steine selbst angefahren. Obgleich er mit dem Bau seines Hauses und der Bearbeitung seiner Wirtschaft voll und ganz beschäftigt war, vertrat er als VdgB-Vorsitzender des Ortsausschusses die Interessen seiner Kollegen. Er ist auch der Initiator für die kulturellen Veranstaltungen in seiner Gemeinde.

Foto (B): W. Krugger

### Westmächte müssen zweiten Schritt tun

Zum Stalin-Interview gab der brandenburgische Ministerpräsident Dr. Karl Steinhoff folgende Erklärung ab:

„Die Antworten des sowjetischen Regierungschefs Stalin überraschen die Friedensfreunde nicht, denn die Politik der Sowjetunion ist seit ihrem Bestehen konstant auf die Haltung des Friedens gerichtet. Die Antwort Stalins ist daher nur ein neuer Beweis für den unveränderten Friedenswillen der Sowjetunion. Es liegt nun an den Regierungen der Westmächte, vor allem an Präsident Truman, sich zu erklären und ihrerseits den zweiten Schritt zu tun, um die Welt aus dem lähmenden Zustand der Kriegsdrohungen und Kriegsvorbereitungen zu befreien, um Europa und damit Deutschland den Frieden zu geben.“

### Genossenschaften müssen schneller zahlen

Fast täglich gehen uns Briefe zu, in denen unsere Leser immer wieder beklagen, daß die Genossenschaften, die Bezahlung der von den Bauern gelieferten Produkte allzu schleppe vornehmen. So schreibt uns der Bauer Richard Gwosdz aus Markgrafieske, Kreis Beeskow-Storkow:

„Im vergangenen Jahr lieferte ich an die Genossenschaftsmolkerei in Fürstenwalde Übersollmilch, wofür ich 60 D-Mark zu bekommen habe. Im Oktober gab ich an den „Freien Markt“ ein Schwein von 168,94 D-Mark. Ferner auf Grund der Pflichtablieferung ein Schwein an die Erfassungsgenossenschaft. Dafür soll ich 115,38 D-Mark bekommen. Das sind insgesamt 344,22 D-Mark, die mir bis heute noch nicht gezahlt wurden. Meine Bemühungen, von den Genossenschaften das Geld zu bekommen, waren erfolglos. Auch die VdgB hat bisher noch nichts unternommen. Von mir verlangt man, daß ich meinen Verpflichtungen nachkommen soll, was aber nur dann möglich ist, wenn ich von den Genossenschaften das noch ausstehende Geld erhalte. So schreibe ich dem Ortsausschuß der VdgB 28,— D-Mark. Da ich diesen Betrag nicht begleichen konnte, ließ die VdgB durch den Gerichtsvollzieher bei mir ein Möbelstück pfänden. Was soll ich tun, um zu meinem Geld zu kommen, damit ich meine Schulden bezahlen kann?“

Auch dieses Beispiel zeigt wieder einmal, welche nachteiligen Folgen es für die Bauern hat, wenn in den Ortsausschüssen Funktionäre sitzen, die die Interessen der Bauern nicht vertreten. Abgesehen von der Tatsache, daß der Ortsausschuß wegen 28,— D-Mark ein Möbelstück pfänden läßt, hat er völlig versagt als es sich darum handelte, dem Bauern Richard Gwosdz zu seinem Recht zu verhelfen.

Von den Genossenschaften ist es unverantwortlich, daß sie unseren Bauern das ihnen zustehende Geld nicht schneller anweisen. Gerade jetzt, wo es darum geht, die Frühjahrseinstellung ordnungsgemäß vorzubereiten, Saatgut zu beschaffen, Dünger zu kaufen usw., brauchen besonders die Klein- und Mittelbauern jeden Pfennig dringend. Die Genossenschaft muß unbedingt dafür Sorge tragen, daß alle Rückstände sofort beglichen werden.

An unsere Bauern aber richten wir die wiederholte Mahnung, bei den kommenden VdgB-Wahlen fortschrittliche werktätige Bauern in die Orts- und Kreisausschüsse zu wählen, die ihre Interessen auch richtig vertreten.

### Landkreis Cottbus zeichnet sich aus

Der Landkreis Cottbus konnte sich im vergangenen Jahr sowohl in der Frühjahrseinstellung als auch in der Herbstablieferung, in der Erfassung landwirtschaftlicher Produkte und bei der planmäßigen Durchführung des Bodenreform-Bauprogramms an die erste Stelle aller Kreise Brandenburgs setzen.

## Mit verstärkter Kraft in die Frühjahrseinstellung

Wie wir bereits in unserer vorigen Ausgabe berichteten, wurden die aktivsten Bauern des Landes Brandenburg im Plenarsaal des Landtages vom Ministerpräsidenten Dr. Karl Steinhoff für ihre hervorragenden Leistungen ausgezeichnet.

In seinen herzlichen Begrüßungsworten würdigte Minister Otto Kuppe die Arbeit der Bauernaktivisten, die wesentlich dazu beigetragen hat, daß das Land Brandenburg bei der vorfristigen Sollerfüllung den dritten Platz erringen konnte. Er forderte die Aktivisten auf, auch bei der bevorstehenden Durchführung der Frühjahrseinstellung vorbildlich zu arbeiten und so die Voraussetzungen für eine noch

bessere Ernte als im vergangenen Jahr zu schaffen.

Als äußeres Zeichen der Anerkennung überreichte der Ministerpräsident den Bauernvertretern der Kreise und den Landräten Urkunden, in denen die hervorragenden Leistungen entsprechend gewürdigt werden.

Bauer Adolf Kuppe aus Zschorno, Kreis Spremberg, begrüßte im Namen seiner Kollegen die Fektarveranlagung und forderte den Zugkraftplan zum Gesetz zu erheben, damit die Klein- und Mittelbauern von der wirtschaftlich starken Betriebe unabhängig gemacht werden. „Wir wollen“, so betonte Bauer Kuppe weiter, „in unserer Arbeit andere Bauern mitreißern, um so zu aktivistischen Gemeinschaftsleistungen zu kommen. Wenn ich heute noch manchen Bauern höre, geht uns erst bessere Maschinen, so geben wir den Werktätigen mehr zu essen, und wenn mitunter einzelne Arbeiter sagen, geht uns mehr zu essen, so geben wir den Bauern mehr Maschinen“, so siehe ich auf dem Standpunkt: Nur wenn wir gemeinsam, die Arbeiter in der Stadt und wir Bauern auf dem Land, mit den jetzt zur Verfügung stehenden Mitteln mehr produzieren, werden die Arbeiter im nächsten Jahr mehr zu essen und wir Bauern mehr Maschinen haben.“

### Schulspeisung durch freie Spitzen gesichert

Die Speisung von 1900 Schulkindern der Stadt Spremberg konnte durch gute Aufkaufsergebnisse des „Freien Marktes“ im Kreis Spremberg laufend gesichert werden. Neben anderen Produkten wurden in der letzten Zeit 200 kg Fleisch, 275 kg Butter und 95 kg Öl der Schulspeisung zugewiesen.

### Beeskow-Storkow erfüllt Viehaufzuchtplan

Der Viehaufzuchtplan des Kreises Beeskow-Storkow wurde im zweiten Halbjahr 1948 bei Rindern mit 104 Prozent und bei Geflügel mit 108 Prozent erfüllt. Dieses Ergebnis ist besonders gut zu bezeichnen, da der Viehbestand des Kreises Beeskow-Storkow durch Kriegseinwirkungen sehr stark dezimiert war.



Ministerpräsident Dr. Karl Steinhoff überreicht dem Kreisvorsitzenden der VdgB Arthur Pech aus Angermünde, als Anerkennung für alle Bauern des Kreises, die ihr Ablieferungsoll vorfristig erfüllen, eine Urkunde

# Die praktische Landfrau

BEILAGE  
DES „FREIEN BAUERN“

8. Februar 1949

Nr. 6

## An meines Kindes Bett

Noch schweigen seine Lippen,  
Die Worte ruhen tief,  
Doch wie ein Vogelkuppen  
Vom Mund ein Lächeln lief.  
Die dunklen Augen wenden  
Sich schon den Dingen zu,  
Kein Glück kann mir jetzt enden,  
Es wächst mir täglich zu.  
Was kann mir noch geschehen,  
Noch Größeres als dies? —  
Das andere muß verwehen  
Am Tor zum Paradies.

A. R. Strehlen

## Kindliche Ausdruckskraft

In der Gleichheit der menschlichen Anlagen liegt das Verbindende zwischen allen Völkern, und die Kunsterziehung bestimmt die Züge im künftigen Gesicht der kommenden Generation. In ihr suchen die Völker, die sich Frieden und Fortschritt zum Ziel gesetzt haben, das Allgemeinmenschliche, das Länder und Nationen vereint. Diese Grundsätze veranschaulicht die Ausstellung „Schaffende Kinder der neuen Tschechoslowakei“, die der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands in Verbindung mit dem Magistrat in Berlin zeigt. Hier geht man von der Einsicht aus, daß — wie jeder Mensch ohne besondere Begabung schreiben lernt —, er sich auch bei richtiger Anleitung mit Hilfe der bildenden Künste ausdrücken kann. Durch diese neue Art werden nicht nur verborgene schöpferische Kräfte geweckt, die Kunst hat auch auf Lernen und auf Vorreicht einzeln zu sein.



Ein Gang durch die Ausstellung zeigt, wie verständnisvoll die tschechischen Lehrer eifrigst sich hier bilden — die Arbeit und das Spiel, die Schule, das Heim, ein Theater- oder Kinobesuch, die formenreiche Natur, die Beschäftigung einer Werkstätte oder Fabrik lösen schöpferische Kräfte. Neben der Phantasie ist bei den Zeichnungen der fürs Leben wichtigen Wirklichkeitssinn ausgebildet. Die Kleinen in den Kindergärten fangen mit lustigen Parkbänken an und kommen früh zum Flugzeug. Elf- bis fünfzehnjährige Schüler einer Aufbauklasse stellen Stillleben, Landschaften, Gebrauchsgegenstände aus verschiedensten Materialien, oft nur mit dem Pinsel ausgeführt, dar. Die farbenfrohe Buntheit wirkt durchaus harmonisch, porträtähnliche Studien lassen starke künstlerische Begabung erkennen. Von einer Darstellung phantastischer Menschenmasken und Tiefseeszenen, durch einen Südeffilm angeregt, geht ein dänisches Reis aus. Jede Frau wird mit Bewunderung die farbenschöne Ornamentik der Pissen und Bänder betrachten, in deren Herstellung elf- bis fünfzehnjährige tschechische Mädchen kleine Meisterinnen sind. Die Phantasie läßt während der Arbeit immer neue und schöne Muster entstehen, deren Wurzeln in der alten Volkskunst liegen.

Kleine Kunstwerke sind die am Rande aufgebauten Bastelarbeiten. Aus einfachstem Material, wie Papier, Draht, Blech usw., sind wirkliche Lebewesen: Puppen, Tiere, Tänzer mit künstlerisch bewegtem Schwung.

In der Ausstellung sind auch neue Kinderbücher in musterzügiger Bildausstattung und Druckausführung zu sehen, die davon Zeugnis ablegen, daß die Jugend der Tschechoslowakei in einem fortschrittlichen Geiste erzogen wird.

## Die Mitgliederzahl stieg

Aufgerüttelt durch die Unterschätzungsformel, die ein Verbot der Atomwaffe fordert, erhielt der Demokratische Frauenbund Deutschlands eine ganze Reihe von Neuanmeldungen zur Mitgliedschaft. Mehr als 20.000 neue Mitglieder kamen allein während der letzten sechs Wochen hinzu, so daß die Gesamtmitgliederzahl jetzt über 300.000 beträgt, also 60.000 mehr als vor Jahresfrist. Ein Erfolg, der sich sehen lassen kann.

## Nicht gegeneinander — sondern miteinander

Von Minna Warthold, Landesbauernsekretariat Sachsen-Anhalt, Abteilung Landfrauen

In den Nummern 50 und 51 unserer Zeitung nahm Frau Frieda Haas grundsätzlich und kritisch Stellung zur Bäuerinnenarbeit in der VdGB. Sie legte im wesentlichen fest, es hätte uns schon eher gelingen müssen, die Bäuerinnen zu größerer Mitarbeit innerhalb unserer Organisation heranzuziehen, doch diese Aufgabe sei zum Teil gescheitert, weil wir bei den männlichen Kollegen zu wenig Verständnis fanden. Dazu möchte ich als Abteilungsleiterin der Abteilung Landfrauen im Landesbauernsekretariat Sachsen-Anhalt bemerken, daß die Punkte, die Frau Haas angeführt hat, zwar richtig sind, jedoch dürfen wir nicht vergessen, daß es auch häufig am Personalmangel liegt, wenn bisher die Arbeit unter den Bäuerinnen so wenig erfolgreich war.



In diesen Wochen steht das Spinnrad still. Die Bäuerinnen bessern gemeinsam nach Feierabend die Sacke aus, damit alles rechtzeitig zur Frühjahrseinstellung vorbereitet ist.

Foto: FIA

Wie wenig beispielsweise die tschechischen Lehrerinnen in den Landfrauenthemen mit den Problemen der VdGB vertraut sind. Daher war es ihnen bisher nicht möglich, trotz ihrer Fachkenntnisse unseren Frauen mit Rat und Hilfe in wirtschaftlichen Fragen wirklich zur Seite zu stehen. Sie werden, genau wie die Sachbearbeiterinnen und Abteilungsleiterinnen, viel zu wenig für das gesamte Aufgabenfeld der VdGB herangezogen. Sehr zu begrüßen wäre es, wenn uns hier der Bauernverlag mit einer Schriftenreihe über die einzelnen Zweige der VdGB-Arbeit unterstützen würde. Am Rande sei übrigens vermerkt, daß der Artikel von Frau Haas nicht ohne Erfolg blieb, denn in letzter Zeit gestaltete sich die Zusammenarbeit zwischen den Referentinnen und ihren Kollegen wesentlich besser.

Großen Kummer bereiten uns die Mitglieder in den Ortsausschüssen, die bisher nicht von ihrem alten Standpunkt abzurufen waren, daß die Bäuerin nur Hausfrau sein muß, daß sie im politischen und kulturellen Leben nichts zu suchen habe. Obwohl die Vielzahl unserer Bäuerinnen, die ihren Hof vorbildlich allein bewirtschaften, am deutlichsten zeigen,

wie falsch eine solche Einstellung ist, muß hier noch breitere Aufklärungsarbeit geleistet werden. Auch in den Lehrgängen der Landesbauernschule Oberdeutschthale wurde dieses Thema eingehend diskutiert. Grundlegend setzte man sich mit den Problemen der Frauen- und Jugendarbeit auseinander und gab Hinweise, wie man die gewonnenen theoretischen Kenntnisse praktisch verwerten kann.

Die Lehrgänge in dieser Schule haben bewiesen, daß es sehr viele interessierte Bäuerinnen gibt, die nicht nur zu den Fragen der

Hauswirtschaft, sondern auch zu allen übrigen Berufs- und Zeitthemen Stellung nehmen können. Fast in allen Gemeinden sind fortschrittliche Bäuerinnen, die als alleinvertretende Frauen ihre Höfe tadellos p. Ordnung haben.

Die Frau steht im Mittelpunkt des dörflichen Lebens, sie erkennt den Wert und die Wichtigkeit der gegenseitigen Hilfe und setzt sie in die Tat um. Versorgungen in der Kreisstadt oder auf dem Landmarkt wurden gesammelt und dann von einer Frau mit einem Wag für alle durchgeführt. Auch sonst sind es zumeist die alleinstehenden Bäuerinnen, die überall da, wo Rat und Hilfe nötig ist, gutes Herz und Verstand beweisen.

Aber man fördert diese fortschrittlichen Frauen nicht genug. Die männlichen Kollegen betrachten sie nicht als willkommene Unterstützung, weil sie nicht einsehen wollen, daß die Mitarbeit der Frau eine Notwendigkeit für unsere Organisationen ist. Mit einem solchen Standpunkt muß gründlichst ausgeräumt werden. Die Dinge nur richtig angepackt, bleibt der Erfolg nicht aus. So waren es in Mädeln bei einer Werbeveranstaltung 300 Bäuerinnen anwesend, deren überwiegende Mehrzahl sich hinterher bereit erklärte, aktiv arbeitende Mitglieder der VdGB zu werden.

Trotz aller Schwierigkeiten wurde in den Kreisen eine große Anzahl von Frauen als

## Was wird aus Deutschland?

Zur Frage des Ruhrstatutes richtet der DFD einen offenen Brief an die Frauen Westdeutschlands, in dem es heißt:

Liebe Frauen an Rhein und Ruhr! Zum erstenmal wenden wir uns an Euch alle. In tiefer Sorge möchten wir mit Euch sprechen über das, was uns alle bewegt. Was wird aus Deutschland?

Seit fast vier Jahren ist der Krieg beendet, und noch immer gibt es keine deutsche Regierung. Viele erinnern sich an den Versailler Friedensvertrag und glauben, es wäre besser, wenn die Besatzungsmächte ein Statut für Deutschland herausgeben würden. Die Verantwortung für alles weitere hätten dann die Besatzungsmächte zu tragen und nicht das deutsche Volk.

Welch ein Irrtum! Was ein Statut bedeutet, zeigt jetzt das Ruhrstatut.

Die Westmächte haben die Aufteilung Deutschlands, die sie mit der Sonderwährungsreform in Westdeutschland und in Berlin begonnen haben und die zur Schließung der Zonengrenzen führte, an der Ruhr fortgesetzt. Sie haben ein Gebiet, so groß wie eine Provinz, aus Deutschland herausgeschnitten. Dieses Gebiet ist das industriellste Rohstoffreichste in Deutschland. Jeder wirtschaftliche Neuaufbau kann nur unter größter Erschwerung vor sich gehen, wenn uns die Ruhr nicht mehr gehört. Sie gehört uns nicht mehr! Das reiche Amerika hat sie genommen, hat unter Bruch des Potsdamer Abkommens eine Kontrolle der vier Großmächte unmöglich gemacht.

Nichts haben die Deutschen im neuen Ruhrstatut zu sagen. Die Besatzungsmächte allein genießen alle Rechte und Vollmachten. Sie unterstellen keinen deutschen Gesetzen und Gerichten, und keine deutsche Volksvertretung kann auf die entscheidenden Industrien Einfluß nehmen. Das Volk darf nur zahlen. Das Ruhrstatut stellt selbst die harten Bedingungen des Versailler Vertrages in den Schatten.

Es gibt Kreise, die das Ruhrstatut begrüßen. Das sind die Kohlen- und Stahlkönige, die ihren Besitz aus neue garantiert bekommen. Dafür unterstellen sie sich gern den fremden Herren.

Das ganze deutsche Volk aber wird ärmer. Kohle und Stahl nur in fremden Händen, das heißt weniger Wärme, weniger Licht, weniger Arbeit.

Wir Frauen des DFD, die wir uns mit über 300.000 Mitgliedern in unserer großen Organisation vereinigen, rufen Euch auf zum entschlossenen Kampf gegen diese soziale und nationale Entrechtung. Wartet nicht wieder, bis es zu spät ist!

In sechs Wochen haben sich mehr als vier Millionen Frauen in unserer Zone für das Verbot der Atomwaffe eingezeichnet.

Fordert mit uns die Bildung einer deutschen Regierung!

Fordert mit uns den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und den Abzug der Besatzungstruppen!

Das Ruhrgebiet soll deutsch bleiben, die Ruhrindustrie gehört in die Hände des deutschen Volkes!



Fließende Hände und ein fröhliches Herz: meistens jede Schwierigkeit — das ist der Lebensgrundsatz einer alten Bäuerin

Foto: Rondo-Bildvertrieb

Orts- und Kreisausschussmitglieder gewählt und bestätigt. Doch, wie uns öfter berichtet wurde, trug es sich zu, daß sie hinterher überhaupt nichts mehr von der Sache hörten, daß sie weder zu den Besprechungen der Ortsausschüsse noch zur Teilnahme an den verschiedenen Kommissionen (Differenzierungskommission, Sozialkommission usw.) eingeladen wurden. Man ermöglichte es ihnen einfach nicht, als Funktionärin der VdGB auch nur ein einziges Mal in Erscheinung zu treten.

Nur wenige Wochen noch trennen uns von den Neuwahlen innerhalb unserer Organisation. Wir werden uns noch mehr als bisher bemühen, die aktivsten und fortschrittlichsten Frauen in den Vordergrund zu stellen, werden die Bäuerin in der VdGB auch an führender Stelle den Platz sichern, der ihr auf Grund ihrer Leistungen zusteht. Nur die enge Zusammenarbeit von Bauer und Bäuerin, gestützt auf eine starke Berufsorganisation, sichert den Erfolg unseres Zweijahresplanes für die Landwirtschaft.

## Das probierten unsere Lesecolinnen

Gemildetes Wintergemüse

200 g Zuckerrüben, ein Stück Sellerie, ½ Kneife Kohlrabi oder ein Stück Kohlrabi waschen, sehr dünn schneiden. Wai Zuckerrüben und Sellerie durch den Luftsaugstift leicht braun und dunkel werden, befeuchten wir sie mit Essig und erhitzen sie zunächst in wenig Fett. Wir dünsten etwas Zwiebel an und geben das geschälte, geraspelte Gemüse hinzu und lassen es durchdünsten. Danach mit 1 ½ Liter Flüssigkeit aufkochen. Wenn vorhanden, eine halbe Liter einfüllen und 20 Minuten kochen lassen. Das gute Gemüse mit Salz, Pfeffer, Essig, Zucker abschmecken. Es wird herrlicher und gewinnt an Geschmack, wenn zum Abschmecken, anstelle Essig Essigessenz von eingeleigten Senfgurken oder Senföl verwendet werden kann.

Gut gewaschene und gepulverte rote Rüben werden in reinen Zustand auf einer Gemauchmaschine gerieben, diese Schnitzel getrocknet und dann durch die Kaffeemühle fein gemahlen. Man kocht von Milch oder Wasser mit weißem Mehl einen klaren Brei auf einem Liter Flüssigkeit etwa zwei bis drei gehäufte Löffel des „Kaffee-Pulvers“ und läßt alles gut durchkochen. Zucker nach Geschmack.

Eva Berger, Borna.

## Praktisch und warm

Während der kalten Jahreszeit müssen Brust und Rücken besonders warm gehalten werden, denn eine Krankheit, die sie wochenlang das Bett fesselt, kann sich keine Bäuerin leisten. Da wir aber beim Hanieren in Stall und Küche Bewegungsfreiheit brauchen, sind dicke Jacken wenig angebracht. Eine Weste



Zeichnung: Ilse Möller

Ist dann gerade das richtige. Wir können sie einfarbig oder aus zweierlei Stoff arbeiten oder aus Resten völlig neue Muster zusammenstellen. Bunter Stoff behält die Ränder und verdeckt die Nähte. Die guten Stellen eines sehr schadhaften Wintermantels lassen sich ebenfalls noch für eine Weste verwenden. Wer etwas Flanell besitzt, kann sie von innen damit abblättern und hat so ein praktisches, warmes und gut ausschendes Kleidungsstück.



## Anna-Louise Strong:

## DIE ABRECHNUNGS-VERSAMMLUNG

Tadlungskritik ist geblieben. Im Schutze der stetigen Befehlsworte begannen die Bauern und Arbeiter des belagerten Landes die Reize der jahreslangen Forderungen zu befolgen. Auf der Grundlage einer demokratischen Bodenreform und der Teilung der Ausbeute entstand ein neues China, das nicht mehr vom Dollar-Kapitalismus Amerikas mißbraucht werden kann. Das neue China wird ein Land des friedlichen Fortschritts sein.

Davon berichtet Anna-Louise Strong, eine amerikanische Reporterin, aus eigenem Erleben in ihrem Buch „Morgens im Land der Mitte“, aus dem wir mit Erlaubnis des Aufbau-Verlags, Berlin, nachstehenden Ausschnitt veröffentlichten.

Ich besuchte eine Abrechnungsversammlung im Schwarzen Dorf, im Nördlichen von Kalgen. Sie wurde am Abend nach der Feldarbeit abgehalten. Wir fanden sie durch die laute Rufe, die in der dunklen, holprigen Dorfstraße widerhallten.

In einem offenen Hof zwischen den Lehm-mauern der Häuser hockten 500 bis 600 Leute in graublauer Bauernkleidung auf dem kalten Boden. Gruppen von Frauen mit gebundenen Füßen drückten sich an den Rändern der Versammlung herum.

Der Vertreter der Bauernunion, der mit mir von Kalgen gekommen war, erzählte mir, daß es noch vor ein paar Tagen im „Schwarzen Dorf“ keine Bauernunion gegeben hätte. Vor vierzehn Tagen hätte ein Dutzend Bauern auf ihrem Acker die Landreform besprochen, die in einigen Nachbardörfern vor sich gegangen war. Sie erörterten die Sache zunächst ziemlich geheim mit noch einigen zwanzig anderen Bauern und schickten dann nach Kalgen um Rat. Das Ergebnis war die Versammlung, der ich beiwohnte. Der Vertreter aus Kalgen beteiligte sich nicht direkt an der Aussprache, sondern saß unter den Zuhörern und erklärte mir, was vor sich ging. Das Amt des Vorsitzenden wurde ohne große Formalitäten abwechselnd von ortsansässigen Bauern ausgeübt.

Ein halbes Dutzend Männer, auf deren Gesichtern das Lampenlicht flackerte, stand der Versammlung gegenüber. Der eine, Mei Tschiao-pu, der unter japanischen Vorstehern des „Tschu“, einer Gemeinde von achtzehn Dörfern, gewesen war, er war ein typischer Dorfkyrill mit harten, herrischen Zügen. Ein harter Bauer mittleren Alters forderte ihn mit seiner Anklage heraus.

„Und warst du es nicht, der uns das Gemeindegeld längs der Eisenbahn wegnahm? Dies, erfahre ich, ist ein Streifen von zehn Meter Breite und etwa einhundert Kilometer Länge.“

„Ich habe es für den „Tschu“ genommen“, antwortete Mei.

Ironisches Gelächter ertönte. „Wer war der Tschu? Du warst es. Du liebst uns für nichts das Land bestehlen und nimmst dir die Ernte!“

„Es gab Unkosten für den Tschu“, erklärte das ehemalige Oberhaupt.

„Unkosten? Schmiergelder für deine Truppführer, die dafür die Zwangsarbeiter für die Japaner aushebeln.“

Mehrere der früheren Truppführer, die neben Wei stehen, versicherten, daß ihnen sehr wenig gab. „Mei hat alles eingesteckt.“

Ein bärtiger Mann tritt aus der Menge und bringt sein Gesicht an das des früheren Vorstehers: „Als die Japaner einen aus jedem Hause zur Zwangsarbeit forderten, hast du da nicht deine Familie geschont und zwei Söhne aus meiner geholt? Es folgt eine Pause, und Mei gibt zu: „Das tat ich.“

„Dann zahlte mir den Lohn meines Sohnes, der deine Arbeit tat.“

Dies ist die erste klare Aufforderung zur „Abrechnung“.

Mei bittet um „Vergebung“. Er hofft, daß seine Freunde nicht hart mit ihm sind.

„Nach vorwärts! Entschädige ihn!“ schreit ein Mann aus dem Hintergrund.

„Keine Vergabung, ehe du nicht bezahlt hast“, ruft ein anderer.

Ein Bauer mit einer ellenlangen Pfeife im Mund schlägt vor, man solle seinem Gedächtnis mit einer spezifizierten Anklage nachhelfen.

Ein jüngerer Mann steht auf: „Als im vergangenen Jahr die Japaner kamen, um mich zu holen und meine alte Mutter sie anflehte, ihr den einzigen Sohn zur Feldarbeit zu lassen, da hast du sie zweimal wütend getreten.“

„Abrechnen für zwei Fußtritte!“ schreit die Menge.

Eine alte Frau mit gebundenen Füßen bohrt sich mühsam ihren Weg und wendet sich an das frühere Dorfbauhaupt. Sie zittert vor ihrem eigenen Mut, denn wer hätte je gewagt, einem „Höhergestellten“ in dieser Weise entgegenzutreten? Aber die Versammlung hat ihr Mut gemacht. „Erinnere dich“, stammelt sie, „an die achtzehn Dollar, die du meinem alten Mann mit einer falschen Forderung herausgequatscht hast damals, als ich von achtzehn Dollar ein Jahr lang sich schmecken konnte.“

„Ich erinnere mich“, gibt Mei widerwillig zu. „Gib mir Fuß Scheffel Getreide als Entschädigung“, bittet sie.

Ihre Schüchternheit bewegt die Menge mehr, als eine entschiedene Forderung es getan hätte. „Fuß Scheffel sind nicht genug. Gib ihr zehn!“ ruft eine Stimme aus der Menge.

„Zehn Scheffel“ wiederholen die jungen Männer laut.

Eine zweite Frau schwankt nach vorn. „Du hast meinen Sohn zur Zwangsarbeit geschickt und dann auch noch meinen Mann. Er wollte nicht; denn zwei von einer Familie wurden nicht verlangt. Deshalb kam er zu spät, und die Japaner hetzten die Hunde auf ihn, und er starb. Was willst du bezahlen für ein Leben?“ Einen Augenblick herrscht ein tödliches Schweigen.

Eine halbe Stunde lang belasten sie das Konto des früheren Gemeindegeldhauers. Er wird als Betrüger und Ausbeuter entlarvt, der sich Gemeindegeld nahm und unbezahlte Arbeit für seinen Vorteil erpreßte. Er gibt die meisten der Handlungen zu und bittet um „Vergabung“, bietet jedoch keine Entschädigung an.

„Mach wieder gut, was du getan hast!“ schreit die Menge. „Mach reinen Tisch, wenn du zum Volke gehören willst!“

Endlich sagt ihm der augenblickliche Vorsitzende der Versammlung, er solle es sich bis morgen abheben lassen, dann wird das Dorf von neuem mit ihm diskutieren. Bis dahin wird der „Abrechnungsausschuß“, bestehend aus elf Männern, die die neugebildete Bauernunion gewählt hat, alle heute abend erhobenen Forderungen zusammenstellen und weitere Ansprüche entgegennehmen.

„Dies ist die erste Versammlung“, erklärte mir einer der örtlichen Vorsitzenden. „Es tut mir leid, daß wir Ihnen heute keine Ergebnisse zeigen können. Aber wir werden mit diesem Mei noch mehrmals zu Gericht sitzen müssen. Er ist zäh.“

„Was wird geschehen, wenn er bei seiner Weigerung bleibt?“ fragte ich.

„Er wird am Ende nachgeben, um mit seinen Nachbarn in Frieden leben zu können. Er ist kein so großer Mann, daß er in die Stadt gehen und von seinen Gewinnen leben könnte.“

In dem benachbarten Dorf „Friedliche Mauer“ ist die Bodenreform vollständig durchgeführt. Der größte Grundbesitzer dort, ein Mann namens Jang, hatte 120 Morgen gehabt, nach



erhaltende Bauern mit 766 Morgen, also wenig mehr als 4 Morgen pro Familie. Die übrigen Familien besaßen kein Land. 233 Familien waren Sharecropper (landlose oder landarme Bauern, die für die Bestellung des Bodens der Grundbesitzer mit einem Teil der Ernte entlohnt werden). 200 besitzlose Arbeiter. In dieser Gegend gilt ein Bauer mit einem halben Morgen pro Familienmitglied als „mittlerer Bauer“, während er mit einem Morgen pro Kopf zu den „reichen“ zählt. Nach der Bodenreform gab es dort 65 „reiche Bauern“, einschließlich der ehemaligen Grundbesitzer, und alle übrigen waren „mittlere Bauern“. Seitdem gibt es keine Sharecropper und „armen Bauern“ mehr in „Friedliche Mauer“.

(Das Buch „Morgens im Land der Mitte“, das demnächst im Aufbau-Verlag, Berlin, erscheint, entnommen.)

Zeigt uns die neue Zeit

Eine neue Zeit ist herangebrochen, kein Gutsbesitzer, kein Junker verdrummt, unterdrückt und beutet seine Bauern und Landarbeiter mehr in der Ostzone Deutschlands aus. Ihre Güter sind aufgeteilt, Neubauernhöfe wachsen aus der Heimatde, die gegenseitige Bauernhilfe, und der Gemeinschaftsgeist sorgen für den Aufbau der Jugend ist auf dem Land zur fortschrittlichen Triebkraft geworden, und die große Aufgabe des Zweijahresplans erfüllt sie. Nur die Kultur und eines ihrer Mittel, das Laienspiel, halten mit der Vorwärtsweltentwicklung nicht Schritt.

Auch heute noch machen falscher Ehrgeiz, Familienfeindschaft und schlechter Geschmack das Laienspiel oftmals zu einem Amüsierbetrieb fünfter Sorte.

Die Grenzen des Laienspiels auf den Brettern, die die Welt bedeuten, werden immer wieder nicht erkannt, werden verwischt oder vergessen. Und so sieht man umgeblöte, junge Menschen trübseligeladene Dramen oder schlechte „Lustspiele“ aufführen. Mit falschem Unterton versuchen man „Kohlheiss's Töchter“, den „Raub der Sabinerinnen“ oder gar „Rinaldo Rinaldini, den bösen Räuber“ aufzuführen.

Unten im Zuschauerraum, im weiß geteiltten Gasthausaal oder auch in dem Tennishof einer Scheune, sitzen dann die Verwandten und Bekannten. „Guckt doch, wie meine Lene das spielt, in dem neuen Kleid.“ „Der Heiner ist doch ein Kerl, wie der das rausbringt.“ Und vor dieser Familienbegeisterung bemerkt das Publikum den kulturellen Wert des Stückes nicht.

Man sollte annehmen, diese Schilderung stamme aus der Vergangenheit. Leider ist es nicht so.

amerikanischen Maßstäben kaum mehr als eine mittelgroße Familienfarm. In diesem Teil Chinas jedoch hatte Jang mehr als dreißig Pächter, über die er „feudale Rechte“ ausübte. Jedes Jahr vor dem Draehenboofest mußten die Bauern Jangs Haus unentgeltlich reinigen und instand setzen. Eine Frau gab beim „Abrechnen“ an, daß sie die Kleider der neuköpfigen Familie Jang acht Jahre hindurch unentgeltlich gewaschen hatte. Eine andere Frau war ein Jahr lang ohne Bezahlung die Amme von Jangs kleinem Sohn gewesen, obwohl ihr Bezahlung und Land versprochen worden war. Beide Frauen bekamen einen Morgen Land.

Jang war in der Versammlung weich wie Wachs. Fast sofort erklärte er, daß all sein Land nicht genug wäre, um die „geredeten Ansprüche an ihn zu erfüllen“. Er „bot alles seinen Dorfgenossen an“. Doch „ließen sie ihn zwölf Morgen behalten“, so daß er immer noch der reichste Bauer in „Friedliche Mauer“ blieb.

„Friedliche Mauer“ hatte eine Bevölkerung von 625 Familien mit 2500 Menschen. Vor der Bodenreform gab es dort 26 Grundbesitzer, die 1000 Morgen Land besaßen, und 164 sich selbst

erhaltende Bauern mit 766 Morgen, also wenig mehr als 4 Morgen pro Familie. Die übrigen Familien besaßen kein Land. 233 Familien waren Sharecropper (landlose oder landarme Bauern, die für die Bestellung des Bodens der Grundbesitzer mit einem Teil der Ernte entlohnt werden). 200 besitzlose Arbeiter. In dieser Gegend gilt ein Bauer mit einem halben Morgen pro Familienmitglied als „mittlerer Bauer“, während er mit einem Morgen pro Kopf zu den „reichen“ zählt. Nach der Bodenreform gab es dort 65 „reiche Bauern“, einschließlich der ehemaligen Grundbesitzer, und alle übrigen waren „mittlere Bauern“. Seitdem gibt es keine Sharecropper und „armen Bauern“ mehr in „Friedliche Mauer“.

(Das Buch „Morgens im Land der Mitte“, das demnächst im Aufbau-Verlag, Berlin, erscheint, entnommen.)

Zeigt uns die neue Zeit

Da stand ich vor einigen Tagen auf dem Podium der Landesjugendschule in Radebeul und erzählte einem ganzen Saal voller junger Funktionäre der Abteilungs Kultur und Erziehung der FDJ über das Laienspiel, das Stegreifspiel, die Laienrevue, die lebende Zeitung und den Sprechchor.

Ich erklärte und erläuterte diese Formen der Kulturarbeit, gab Beispiele, um dann am Schluß mit den jungen Leuten ein Stegreifspiel zu formen und einzubüben. Dann begann eine lebendige Diskussion. Leider langte die Zeit nicht (wie üblich), um alle Fragen zu stellen und zu beantworten.

Auch das Dorf war vertreten, ein jugendlicher erzählte, wie ihn seine Kindheitssehnsüchte auf die Idee gebracht hätten, ein Laienspiel zu entwickeln. Falsche Vorstellungen von Jux plus stark gleich Kulturveranstaltung wurden entwickelt. Aber eben gab auch gute Beispiele der Wirkung der FDJ-Laienspielgruppen auf dem Lande, und weil eines dieser Beispiele besonders nachahmenswert, lehrreich und lebendig ist, sei es hier berichtet:

Große Schweineschlacht im Dorf Weiße Schweine wurden schwarzgeschlachtet. Dahinter stecken öble Elemente, die die schwarze Ware zu Wucherpreisen in die Stadt verschoben. Die FDJ hat Wind von der Sache bekommen, geht ihr nach und deckt die ganzen Machenschaften in einem Stegreifspiel auf.



## Für die Wahrheit heißt es kämpfen!

Vor dreißig Jahren, am 29. Januar 1919, starb der bedeutende deutsche Historiker Franz Mehring, der unermüdet und unerschrocken für die Wahrheit eintrat und kämpfte. In seinen Geschichtsforschungen weist er eindeutig nach, daß die Uneinigkeit der deutschen Bauern und Arbeiter es der Reaktion immer wieder ermöglichte, die Werktätigen für ihre Kriegszwecke zu mißbrauchen.

Wir bringen nachstehendes Zitat aus seinem bekannten Werk „Historische Aufsätze zur Preußisch-Deutschen Geschichte“, in dem er treffend die Lage der Bauernschaft nach den Bauernkriegen schildert:

„Eine Hauptwaffe der Fürsten war der niederträchtige Verrat, der eben auch nur gelingen konnte, weil die Bauern in jahrhundertelanger Knacktschaft zu verelendet worden waren, um den handgreiflichen Lug und Trug zu durchschauen. Die Fürsten köderten die Bauernhaufen durch gleißende Versprechungen und metzelten dann, wenn die Bauern in gläubigem Vertrauen auf diese Versprechungen die Waffen niederlegten, um sich nach Hause zu begeben, die Wehlosen massenhaft nieder. In Strömen floß das Blut der Bauern über die deutsche Erde. Nach geringster Schätzung sind hunderttausend Bauern im Kriege gefallen oder nachher hingerichtet worden.“

## Ein Goethe-Lesebuch

Der Thüringer Volksverlag in Weimar kündigt für das Frühjahr 1949 die Veröffentlichung des „Goethe-Lesebuchs eines Zeitgenossen“ an. Aus dem Gesamtwerk des größten deutschen Dichters sind Auszüge seiner Dramen, Gedichte, Romane, seiner Briefe und Gespräche in einem Band zusammengefaßt. Das Buch wird von Walther Victor herausgegeben. Es ist mit einem Vorwort und einer Übersicht über „Goethe und seine Zeit“ versehen.

## „Halle des Volkes“ auf Rügen

In Dramen konnten die Werktätigen in den Genüssen von Kino- und Theaterveranstaltungen bisher nur unter den größten Schwierigkeiten kommen, denn bis Strindberg oder Baran ist es weit. Für Kulturveranstaltungen fehlt es an Lokalen, die diesen Erfordernissen genügt hätten. Jedoch waren einige Baracken vorhanden, die kurz entschlossen für kulturelle Zwecke ausgebaut wurden. In vier Monaten wurden die alten Baracken zu einem Kulturhaus umgebaut. Ein Theateraal mit großer Bühne, 225 Sitzplätzen, Garderoben, Toilettenräumen und guter Beleuchtung sowie ein Vorraum für Filmaufführungen sind nun vorhanden. Damit ist ein Haus entstanden, in dem Kulturveranstaltungen und Versammlungen in würdigen Rahmen stattfinden können. Zur Einweihung gastierte das Pottbuser Schauspielhaus mit großem Erfolg.

K. L. (Bauernkorrespondenz).

## Kulturreben in Polen

„Kultur für die Werktätigen“ heißt eine der wichtigsten Aufgaben in neuen Polen. Polen ist ein lebendiger Beweis dafür, wie große Ergebnisse erzielt werden können, wenn die schöpferische Tätigkeit wirklich vom werktätigen Volk ausgeht. Die Zahl der Studenten an höheren Lehranstalten und Universitäten Polens nimmt ständig zu. Die Universität Krakau hatte beispielsweise 1947/48 10.000 Hörer, von denen 24 Prozent der Arbeiterkinder, 27 Prozent der Bauernkinder und 29 Prozent den Kindern der landwirtschaftlichen Intelligenz angehörten.

Das Studium wird von neuen politischen Kisten in jeder nur möglichen Weise gefördert. Das Landwirtschaftsministerium hat einen Beitrag von 120 Millionen Zloty für das Jahr 1949 zur Unterstützung der an den Landwirtschaftsschulen studierenden Bauernjugend angesetzt. Allein in Warschau werden monatlich 400 Stipendien gewährt. Die Gewerkschaften der Stadt Krakau allein haben für Arbeiter- und Bauernkinder 40 Stipendien ausgesetzt. Vom Verband der Freunde der akademischen Jugend wurden in den ersten drei Quartalen des Jahres 2500 Studenten mit Stipendien unterstützt, und zwar gelangten 4 Millionen Zloty als Stipendium zur Auszahlung, 3,5 Millionen wurden für ärztliche Betreuung und 8 Millionen Zloty für die Errichtung einer Reihe von Erholungsheimen aufgewandt. Die Studenten leben während ihres Studiums in Studentenheimen. In Zakopane wurde ein eigenes Sanatorium für Studenten eingerichtet, das mehrere hundert Erholungsbedürftige aufnehmen kann.

Großes Entsetzen! Aufregung im Dorf, die Behörden sind gezwungen einzugreifen, es kommt zu einer Gerichtsverhandlung. Der Kreis der dunklen „Ehrenmänner“ wird immer größer. Da die Beteiligten aus erklärlichen Gründen in der Verhandlung schweigen, kann das Gericht nur ein paar Verwarungen aussprechen. Damit wäre ja alles vorüber gewesen, doch die FDJ entwickelt nun kriminalistische Fähigkeiten. Die Jugendlichen forschen weiter und bringen ein neues Stück, eine Fortsetzung, zur Aufführung. Sie laden zu den Foren Mitglieder der Volkskontrolle, der Kriminalpolizei, der Landesregierung und einige Zeitungsreporter ein. (Ich darf nicht sagen, wo sich das ganze abspielte, vielleicht verriet es auch der Obergeiziger Lang vom Weimarer Theaterinstitut. Der half, das Stück einzustudieren). Die Aufführung erzielte nicht nur einen großen Heiterkeitserfolg, sie hatte auch die gute Wirkung, daß einige, die sich besonders getroffen fühlten, nun nicht mehr schwiegen. Der Stein kam ins Rollen, und die Angelegenheit wurde gründlich bereinigt.

So muß ein Laienspiel aussehen. Direkt zu den Problemen des Tages und des Dorfes Stellung nehmen, positive Beispiele aktiver Arbeit für den Zweijahresplan aufzeigen, Korruption, Bestechung, Faulheit, Sabotage und Feindschaft gegen das Neue im Dorf angreifen und durch scharfe Anklage vernichten. Es gibt so viele Mittel der lebendigen, witzigen Darstellung.

Man kann aus dem Stegreifspiel ein festgelegtes Textspiel machen, sollte aber dabei die Form des lockeren Improvisierens nicht vergessen. Ein solches Spiel ist eine lebendige Zeitung, eine gesprochene, getanzte, gesungene und gespielte Form der Nachrichtenübermittlung.

Neues Leben entsteht im Dorf der deutschen Ostzone. Laßt die Laienspielgruppen auf dem Land dieses neue Leben als helles Echo von Bühnen und von Brethern widerhallen!

Jan Koplowitz

**VdgB-Funktionäre: Ausschneiden! Aufheben!**

# Wahlordnung für die Wahlen der VdgB

Unter Zugrundelegung der Satzung der VdgB werden die Wahlen in allen Organisationen der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe nach der folgenden Wahlordnung durchgeführt:

1. Die Wahlordnung beruht auf dem vom Deutschen Bauernrat am 11. November 1947 beschlossenen Statut der Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe und gilt für die Durchführung der Wahlen der Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe zu den Orts-, Kreis-, Landes- und Landesausschüssen und dem Hauptauschuss wie auch zur Wahl der Revisionskommissionen und der Delegierten zu den Kreisdelegiertenversammlungen, Landesbauernversammlungen und dem Deutschen Bauernrat.

2. Die Körperschaften, die nach dieser Wahlordnung Wahlen vornehmen, sind:
  - a) die Generalversammlungen der Ortsvereinigungen,
  - b) die Kreisdelegiertenversammlungen der Kreisvereinigungen,
  - c) die Landesbauernversammlungen der Landesverbände und
  - d) der Deutsche Bauernrat der Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe,
 deren Aufgabenkreis in der Satzung der VdgB festgelegt ist.

3.
  - a) Die Generalversammlung der Ortsvereinigung wählt die Mitglieder des Ortsausschusses (3 bis 7 Personen), die Revisionskommission, bestehend aus 3 Mitgliedern, und die Delegierten zur Kreisdelegiertenversammlung (auf je 50 Mitglieder einen Delegierten, mindestens jedoch einen Delegierten für jede Ortsvereinigung).
  - b) Die Delegierten der Kreisdelegiertenversammlung wählen den Kreisausschuss, bestehend aus 9 bis 15 ordentlichen und 3 bis 5 Ersatzmitgliedern, die Revisionskommission, bestehend aus 3 ordentlichen und 2 Ersatzmitgliedern, und die Delegierten für den Landesbauernrat (auf je 500 Mitglieder einen Delegierten, mindestens 3 für jede Kreisvereinigung).
  - c) Die Delegierten des Landesbauernrates wählen den Landesausschuss, bestehend aus 25 bis 35 ordentlichen und 4 bis 7 Ersatzmitgliedern, die Revisionskommission, bestehend aus 5 ordentlichen und 3 Ersatzmitgliedern, und die Delegierten zum Deutschen Bauernrat.
  - d) Die Delegierten des Deutschen Bauernrates wählen für den Hauptauschuss aus jedem Landesverband mindestens 5 Mitglieder und für die Revisionskommission mindestens 2 Mitglieder.

4. Als gewählt gelten diejenigen Mitglieder, die die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigen.

5. Alle Orts-, Kreis- und Landesausschüsse sowie der Hauptauschuss und die Revisionskommissionen werden auf die Dauer eines Jahres gewählt.

6.
  - a) Die Generalversammlungen sind beschlussfähig, wenn mindestens 50 Prozent der Mitglieder anwesend sind.

- b) Bei Beschlussfähigkeit ist binnen acht Tagen eine neue Versammlung einzuberufen, wobei in der Einladung bekanntgegeben wird, dass diese Versammlung unabhängig von der Teilnehmerzahl beschlussfähig ist.

7. Wahlberechtigt sind alle Mitglieder an den Orten, an denen sie von der Organisation erfasst sind.

8. Nicht wählbar sind diejenigen Mitglieder der VdgB, die nach der Direktive 24 des Alliierten Kontrollrates und dem Befehl 201 der SMAID keine leitenden Stellen einnehmen dürfen, und solche Mitglieder, gegen die nach § 2 Ziffer 5 der Satzung ein Ausschlussverfahren schwebt.

9. Alle auf Grund dieser Richtlinien tätigten Wahlen erfolgen in geheimer Abstimmung.

10. Die Durchführung der Wahl liegt in den Händen einer Wahlkommission, die aus mindestens 3 Mitgliedern besteht und von der jeweiligen Versammlung gewählt wird. Sie wählt aus ihrer Mitte ihren Vorsitzenden. Die Wahl der Wahlkommission erfolgt durch Akklamation, durch Handaufheben oder Aufheben des Delegiertenausweises.

11. Die Wahlkommission nimmt die Kandidaten-vorschläge entgegen und stellt die Kandidatenliste auf. Auf jeder Liste sollen mindestens 1 bis 2 Frauen sowie 1 Erwerbsgärtner kandidieren, falls Erwerbsgärtner Mitglied der Ortsvereinigung sind. Wahlvorschläge können von allen wahlberechtigten Mitgliedern gemacht werden. Der Leiter der Wahlkommission hat die Vorgesetzten zu befragen, ob sie die Kandidatur annehmen.

12.
  - a) Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt in der Reihenfolge der Wahlvorschläge. Bei Streitigkeiten entscheidet die Generalversammlung oder Tagung mit einfacher Mehrheit.

- b) Die Zahl der Kandidatenvorschläge soll nicht niedriger als die Zahl der zu wählenden Kandidaten sein. — Nach Abschluss der Wahlvorschläge dürfen weitere Kandidaten nicht mehr in die Kandidatenliste aufgenommen werden.

13. Über die Wahlvorschläge soll eine Aussprache stattfinden.

14.
  - a) Zur Durchführung des Wahlaktes ist die Tagung zu unterbrechen. Die Wahlkommission führt eine Liste der Wahlberechtigten.

- b) Jeder Wähler muß sein Mitgliedsbuch vorlegen. Er legt den ausgefüllten Wahlzettel zusammengeklappt in die Urne. Gleichzeitig wird der Wähler aus der Liste gestrichen.

- c) Auf dem Stimmzettel dürfen nicht mehr Namen angezeichnet werden, als Kandidaten zu wählen sind.

- d) Stimmzettel, auf denen mehr Namen angedruckt wurden, als Kandidaten zu wählen sind, sind ungültig.

15.
  - a) Nach Beendigung des Wahlaktes zählt die Wahlkommission öffentlich die Stimmen aus und stellt das Ergebnis der Wahlen durch Verlesen der Namen und der abgegebenen Stimmenszahl fest.

- b) Der Vorsitzende der Wahlkommission hat die Gewählten zu befragen, ob sie die Wahl annehmen. Nehmen die Kandidaten die Wahl nicht an, so treten die mit der nächsthöheren Stimmenzahl Gewählten an ihre Stelle.

- c) Bei Stimmengleichheit zweier Kandidaten entscheidet das Los.

16. Einsprüche gegen die Wahl müssen schriftlich beim Vorsitzenden der Wahlkommission binnen acht Tagen eingebracht werden. Über Einsprüche entscheidet die Wahlkommission endgültig.

17. Die Wahlkommission macht eine Niederschrift über die vollzogene Wahl mit allen dazu notwendigen Formalitäten, wie Eintragung der Gewählten, Einsprüche gegen Kandidaten usw. — Diese Niederschrift ist von allen Mitgliedern der Wahlkommission zu unterschreiben.

gang protokollarisch mit allen seinen Folgen und Umständen fest. Die Wahlprotokolle sind von allen Mitgliedern der Wahlkommission zu unterschreiben. Als Muster der Wahlprotokolle ist das Formblatt 3 zu verwenden. Eine zweite und dritte Ausfertigung des Wahlprotokolls der Generalversammlungen ist dem Kreisbauernsekretariat zu übergeben, das eine Ausfertigung dem Landesbauernsekretariat zustellt. (Bei den Kreisdelegiertenversammlungen gehen die zweiten und dritten Ausfertigungen über das Kreisbauernsekretariat an das Landesbauernsekretariat, das eine Ausfertigung dem Deutschen Bauernsekretariat zustellt. Eine Zweitausfertigung der Wahlprotokolle der Landesbauernversammlungen wird dem Deutschen Bauernsekretariat übermittelt.)

Alle Wahlprotokolle sind spätestens drei Tage nach der Tagung der Wahlkörperschaften den übergeordneten Stellen zuzuleiten.

**Die Meldung und Registrierung**

1. Alle zu den Orts-, Kreis-, Landesausschüssen und dem Hauptauschuss sowie zu den Revisionskommissionen gewählten Mitglieder bestätigen auf dem Formblatt 1 mit zwei Durchschriften die Annahme der Funktion. Diese Bestätigung ist für die Aufstellung der Vereinigungsregister unbedingt notwendig.

2. Die Delegierten zu den Kreisdelegiertenversammlungen, Landesbauernversammlungen und dem Deutschen Bauernrat bestätigen gleichfalls auf dem Formblatt 2 (mit zwei Durchschriften) die Annahme ihres Mandats. Diese Bestätigung ist für die Ausstellung der Delegiertenausweise notwendig.

Beide Formblätter (1 und 2) sind unmittelbar nach erfolgter Wahl auszufüllen. Für die Ortsausschüsse und die Delegierten zur Kreisdelegiertenversammlung erfolgt die Weitergabe der Durchschriften an das zuständige Kreisbauernsekretariat, das eine der beiden Durchschriften an das Landesbauernsekretariat weiterleitet. Die Formulare der Mitglieder der Kreisausschüsse und Delegierten zum Landesbauernrat werden entsprechend dem Landesbauernsekretariat und dem DBS zugeleitet. Die Übergabe einer Zweitausfertigung des Formulars der Mitglieder der Landesausschüsse und Delegierten zum Deutschen Bauernrat erfolgt durch das Landesbauernsekretariat.

3. Ohne Vorlage der auf den Formularen abgegebenen schriftlichen Bestätigungen der Annahme des Mandats erfolgt keine Ausfertigung der Delegiertenausweise.

**Anträge, Resolutionen, Entschleunigungen**

Alle Anträge müssen spätestens acht Tage vor dem Tagungstermin an das zuständige Sekretariat schriftlich eingereicht werden. Für die Anträge der Ortsvereinigungen sind die Kreisbauernsekretariate, für die Kreisvereinigungen die Landesbauernsekretariate und für die der Landesverbände das Deutsche Bauernsekretariat zuständig.

Die Anträge müssen lesbare Unterschriften der Antragsteller oder deren Beauftragten haben. Alle Anträge müssen mit Stimmensmehrheit auf den Generalversammlungen, den Kreisdelegiertenversammlungen oder den Landesbauernversammlungen angenommen sein, wenn sie von der übergeordneten Körperschaft behandelt werden sollen. Auf dem Antrag sind entsprechend dem Tagungsprotokoll die Zahl der stimmberechtigten Anwesenden, das Abschlußergebnis mit der Stimmenzahl für und wider sowie die Stimmenthaltungen anzugeben.

**Der Vorstand der Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe**

Körting, Wehmer, Lotz, Albrecht, Bunzel, Vieweg, Brauer, Jadasch.

## Wahlinstruktionen

des Vorstandes der Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe zu der obigen Wahlordnung

**Einberufung der Wahlkörperschaften**

Verantwortlich für die Einberufung der Wahlkörperschaften sind

1. für die Generalversammlungen der Ortsvereinigungen der Ortsausschuss,
2. für die Kreisdelegiertenversammlungen der Kreisausschuss,
3. für die Landesbauernversammlungen der Landesausschuss,
4. für den Deutschen Bauernrat der Hauptauschuss.

Die Einberufungen erfolgen nach den in der Satzung festgelegten Fristen. Diese betragen gemäß § 5, Artikel II, Ziffer 2 der Satzung: für die Generalversammlungen 8 Tage vor dem Termin, für die Kreisdelegiertenversammlungen, Landesbauernversammlungen und den Deutschen Bauernrat mindestens einen Monat vor dem Tagungstermin.

Die Kreisbauernsekretariate sind für die Aufstellung eines Versammlungsplanes der Generalversammlungen in den Ortsvereinigungen verantwortlich.

Die Landesbauernsekretariate erstellen die Pläne für die Kreisdelegiertenversammlungen und das Deutsche Bauernsekretariat für die Landesbauernversammlungen.

Anforderungen von Referenten oder Vertretern zu den Wahlkörperschaften müssen durch übergeordnete Organe unbedingt berücksichtigt werden.

**Delegiertenmodus**

Unter Anwendung des § 5, Artikel II, Ziffer 2 der Satzung werden folgende Zahlen zugrunde gelegt:

1. Delegierte der Ortsvereinigungen zu den Kreisdelegiertenversammlungen
 

bis 50 Mitglieder	1 Delegierter,	2 Delegierte,
über 50 bis zu 100 Mitgliedern	2 Delegierte,	
über 100 bis zu 150 Mitgliedern	3 Delegierte,	
über 150 bis zu 200 Mitgliedern	4 Delegierte	

 usw.

2. Delegierte der Kreisvereinigungen zu den Landesbauernversammlungen
 

Auf 500 Mitglieder	1 Delegierter.
--------------------	----------------

Für jede begonnenen 500 einen Delegierten mehr.

Die Eröffnung der Wahlkörperschaften erfolgt durch den bisherigen Vorsitzenden des Ausschusses. Nach der Wahl der Versammlungs-

leitung (Präsidium) übernimmt deren Vorsitzende die Weiterleitung der Versammlung.

Die Wahlhandlung beginnt mit der Einreichung der Wahlvorschläge und liegt für deren Dauer in den Händen der Wahlkommission. Mit der Abgabe der Stimmzettel durch alle Wahlberechtigten ist die Wahlhandlung abgeschlossen, und die Versammlungsleitung wird wieder dem Präsidium übergeben.

**Wahl und Aufgaben der Kommissionen**

1. Die Wahl der Kommissionen erfolgt auf Zuruf durch Handaufheben oder Aufheben des Delegiertenausweises.

2. Die Mitgliedsbuch-Kontrollkommission überprüft die Mitgliedsbücher oder -karten und dabei die Beitragszahlung und erstattet der Generalversammlung Bericht.

3. Auf den Kreisdelegiertenversammlungen, den Landesbauernversammlungen und dem Deutschen Bauernrat überprüft die Mandatsprüfungskommission an Hand der Wahlprotokolle und der Formulare 2 die Rechtmäßigkeit der Delegiertenmandate und erstattet der Wahlkörperschaft Bericht. Die Delegierten sind listenmäßig zu erfassen. Die Listen sind der Wahl-

kommission zur Durchführung des Wahlaktes zu übergeben.

4. Die Redaktionskommission bearbeitet alle eingegangenen Resolutionen, Entschleunigungen und Anträge redaktionell und legt diese zur Abstimmung vor.

5. Die Aufgaben der Wahlkommission sind durch die Wahlordnung festgelegt.

Die Wahlkommission leitet die gesamte Wahlkörperschaft während der Wahlhandlung. Die Stimmberechtigten legen den gefalteten Stimmzettel in die Wahlurne. Ein Mitglied der Wahlkommission führt die Wahlliste, aus der die Stimmberechtigten nach Abgabe des Stimmzettels streicht.

Die Auszählung der Stimmen durch die Wahlkommission ist für die Mitglieder der Organisation öffentlich.

Als ungültig gelten alle Stimmzettel, die mehr angestrichene Kandidaten enthalten als zu wählen sind. Bei weniger angestrichenen Kandidaten ist der Stimmzettel gültig. In Zweifelsfällen entscheidet die Wahlkommission durch Mehrheitsbeschluss.

Der Vorsitzende der Wahlkommission gibt die Wahlergebnisse bekannt und hält den Wahl-



Else Flüchtig bekam 'nen lüthen Klaus, man fahrt's auch in diesen Zeiten; doch wenn die Männer sind im Haus, spricht man vom Vorbereiten.



„Ach“, sagt Harry Flüchtig, der junge Vater, „mit den Sommerzeiten mach ich nicht viel Theater, ich hab' da noch weichen stehn, der kommt in die Erde — dann werden wir sehn!“



Doch Karl Hättichman erinnert an seine letzte Ernte: „Das wäre doch zu wide dann, wenn man nichts aus dem Schaden lernte!“



„Deshalb nur Hochzuchtsaat — gut dieses Jahr“, sagt Jochen Flüchtig, „das ist klar, vor allem auch für jeden Boden die richtige Sorte, das hilft uns mehr als viele Worte!“

## Beschluss S 17/49 der DWK über

# Maßnahmen zur Steigerung der Viehhaltung und Pflichtablieferung von Fleisch, Milch und Eiern

Bestätigt durch den Befehl Nr. 9 des Obersten Chefs der SMA vom 31. Januar 1949

Zwecks schnellster Wiederherstellung und Entwicklung der Viehhaltung und Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und Groß-Berlins hat das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission in seiner Sitzung vom 19. Januar 1949 folgende Anordnung beschlossen:

1. Die Erfüllung des Viehvermehrungsplans ist Grund der Viehzüchtungsergebnisse per 3. Dezember festzustellen.

a) Die Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft und die Landesregierungen haben die Viehvermehrung auf Grund eines vom Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission erstellten Planes für das Jahr 1949 durchzuführen.

b) Die Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft und die Hauptverwaltung Handel und Versorgung haben übereinstimmend mit den Landesregierungen Bestimmungen für den An- und Verkauf von Vieh gemäß Anlage auszuarbeiten und dem Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission bis zum 15. Februar 1949 zur Bestätigung vorzulegen.

2. Die Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft und die Landesregierungen haben:

a) bis zum 15. April 1949 den Viehvermehrungsplan den Kreisen und Gemeinden, den einzelnen Bauernwirtschaften und den volkseigenen Gütern auszuhändigen;

b) den Wirtschaften, Gemeinden, Kreisen und Ländern die zur Aufzucht an andere Wirtschaften, Gemeinden, Kreise und Länder verkauften Pferde und das verkaufte Nutzvieh auf die Erfüllung des für sie festgelegten Viehvermehrungsplanes anzurechnen;

c) einen Viehvermehrungsplan für die volkseigenen Güter auszuarbeiten und dem Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission zur Bestätigung vorzulegen, mit dem Ziel, daß jedes dieser Güter bis zum Ende des Jahres 1950 eine leistungsfähige Viehhaltung entwickelt hat. Die volkseigenen Güter sind mit hochqualifizierten Vatiertieren zu versehen und haben durch sie nicht nur die eigene Viehhaltung, sondern auch die der Bauernwirtschaften ihrer Umgebung zu günstigen Bedingungen zu versorgen. Die zum Aufbau von

Leberrn erforderlichen Vater- und Muttertiere und entsprechendes Jungvieh sind zu beschaffen und die hierfür benötigten Geldmittel in den Haushalten der Länder vorzusehen;

d) im Jahre 1949 durch Vermittlung der ländlichen Genossenschaften den Bauern im Vertragswege den Kauf von 80 000 weiblichen Küblern, 50 000 weiblichen Jungschafen und 8000 Fohlen zwecks Verkaufs dieser Tiere an vieharme Wirtschaften (besonders in den Ländern Brandenburg und Mecklenburg) mit Verteilung auf die einzelnen Länder gemäß Anlage vorzunehmen.

3. Zwecks Förderung des Verkaufs wird den Wirtschaften, die an die landwirtschaftlichen Genossenschaften auf Grund von Lieferverträgen weibliche Kübler, Jungschafe und Fohlen verkaufen, eine Anrechnung auf das Ablieferungssoll landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach folgenden Sätzen (in kg) gewährt:

	Fleisch	Milch	Hefe	Stroh
	3,5 %	3,5 %	3,5 %	3,5 %
Für jede Färse über 3 Monate	25	200	100	200
Für jedes weibliche Jungschaf über 4 Monate	10	—	20	30
Für jedes Kalbblutfohlen über 3 Monate u. Warmblutfohlen über 5 Monate	—	—	300	300

Sofern eine Wirtschaft ihr Ablieferungssoll an landwirtschaftlichen Erzeugnissen für das laufende Jahr erfüllt hat, werden die unter diesem Punkt genannten Erzeugnisse auf das Ablieferungssoll des kommenden Jahres angerechnet.

4. Zur Förderung des Ferkelverkaufs zwecks weiterer Aufzucht und Mast sind für jedes an eine fleischablieferungsfähige Wirtschaft verkaufte Ferkel dem Sauenhalter 10 kg auf das Schweineablieferungssoll anzurechnen. Gleichzeitig erhöht sich beim Käufer des Ferkels das Ablieferungssoll für Schweine um 10 kg.

5. Zur Förderung von viehvermehrenden Wirtschaften, die den Viehvermehrungsplan und das Ablieferungssoll in Fleisch und Milch erfüllt haben, werden für jedes Stück Vieh, das über den Viehvermehrungsplan hinaus aufgezogen ist, folgende landwirtschaftliche Erzeugnisse auf das Ablieferungssoll angerechnet:

Tiergattung	Hefe	Kartoffeln	Hefe	Stroh
	in kg je Stück	in kg je Stück	in kg je Stück	in kg je Stück
Kühe, Färsen und zuchtfähige Bullen	150	—	—	500
Sonstige Rinder über 3 Monate	50	—	—	200
Muttersauen über 1 Jahr	—	1000	—	—
Schweine über 2 Monate	—	300	—	—
Schafe über 1 Jahr	20	—	—	100

Die Erfüllung des Viehvermehrungsplans ist Grund der Viehzüchtungsergebnisse per 3. Dezember festzustellen.

Bei der Festsetzung der vorstehenden Vergünstigungen ist der in der eigenen Wirtschaft aufgezogene Viehbestand einschließlich des zur Zucht oder Nutzung verkauften Viehes zu berücksichtigen. Das durch Kauf eingebrachte Vieh findet hierbei keine Berücksichtigung.

Die Anrechnung der in diesem Punkt genannten Vergünstigungen ist auf die Pflichtablieferung des nächsten Jahres vorzunehmen.

6. Die Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft und die Landesregierungen haben:

a) bei den örtlichen Ausschüssen der VdgB im Laufe des Jahres 1949 weitere 1500 Dekkationen und im Jahre 1950 2500 Dekkationen zu schaffen;

b) den Viehbesitzern die Schlachtung von Nutzvieh, Kälbern, Ferkeln, Lämmern und Fohlen aller Altersstufen, gekühten Vatiertieren und Muttertieren aller Arten mit Ausnahme der zuchtunfähigen Tiere zu verbieten.

Für eigenmächtige Schlachtung und Kauf der bezeichneten Tiere zum Zwecke der Schlachtung sind die Schuldigen zur strengen Verantwortung zu ziehen.

Die Genehmigung für die Schlachtung der oben genannten Tiere kann vom Bürgermeister der Wirtschaften gemäß Ziffer 25 dieser Anordnung nur beim Vorhandensein eines tierärztlichen Attestes erteilt werden, in dem die Zucht- oder Nutsaugfähigkeit des Tieres bestätigt wird. Für die Ausfertigung falscher Atteste sind die schuldigen Tierärzte zur strengen Verantwortung zu ziehen;

c) die Fleischablieferung und Schlachthöfe, die Schlachtung von im Herdbuch eingetragenen Vatiertieren, Kühen und Färsen, Mutter- und weiblichen Lämmern, Mutter- und weiblichen Lämmern, die zur Zucht geeignet sind, sowie von trächtigen Kühen, trächtigen Sauen und trächtigen Schafen in der zweiten Hälfte der Trächtigkeit zu verbieten.

Die Klassifizierungskommissionen sind verpflichtet, die noch zuchtfähigen Tiere kenntlich zu machen und zu registrieren. Die Erfassungssstellen und Schlachthöfe haben dieses bezeichnete Vieh innerhalb von zehn Tagen durch die Kreisgenossenschaften umzusetzen, wobei in erster Linie Neu- und Kleinsauen zu berücksichtigen sind.

Der Tausch von zuchtfähigem Vieh und von Jungvieh, trächtigen Kühen, trächtigen Sauen und trächtigen Schafen gegen zuchtunfähiges Vieh ist unter Berücksichtigung des

## Die Berechnung der Pflichtablieferung von Fleisch, Milch und Eiern erfolgt ab 1. Januar 1949 je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche

10. Zur Pflichtablieferung von Fleisch, Milch und Eiern werden sämtliche Personen, Verwaltungen und Betriebe herangezogen, die über eine landwirtschaftliche Nutzfläche (Äcker, Gärten, Gemüsegärten, Wiesen und Weiden) von über 0,5 ha verfügen.

11. Für die Pflichtablieferung von Fleisch, Milch und Eiern werden folgende Jahresnormen im Landesdurchschnitt je Hektar der landwirtschaftlichen Nutzfläche festgesetzt:

	Fleisch in kg lebendgewicht	Milch in kg Fettgehalt 3,5 %	Eier in Stück
Brandenburg und sowjetischer Sektor	36	190	40
Berlin	40	240	42
Mecklenburg	40	270	42
Sachsen-Anhalt	51	270	55
Sachsen	60	356	55
Thüringen	56	300	60

Jede Wirtschaft ist grundsätzlich verpflichtet, in den Jahren 1949 und 1950 mindestens 50 Prozent und beginnend mit dem Jahre 1951 mindestens 60 Prozent der Pflichtablieferung von Fleisch in Schweinen abzuliefern.

Den Landesregierungen ist gestattet, in einzelnen Kreisen den Prozentsatz der Pflichtablieferung von Schweinefleisch mit der Maßgabe zu differenzieren, daß in den Ländern insoweit nicht weniger Schweinefleisch abgeliefert wird, als vorstehend angegeben.

12. Die Landesregierungen haben:

a) bis zum 15. Februar 1949 auf Grund der durch Ziffer 11 dieser Anordnung festgesetzten Ablieferungsnormen für Fleisch, Milch und Eier, ausgehend von der Hektarfläche, Durchschnittsnormen für die einzelnen Kreise auszuarbeiten und der Deutschen Wirtschaftskommission zur Bestätigung vorzulegen;

Magrades nach den in der Anlage zu dieser Anordnung aufgeführten Anrechnungsätzen vorzunehmen. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß das zur Schlachtung umgetauschte Vieh anrechnungsmäßig nicht hinter dem Gewicht des zu übergabenden Viehes bleibt;

d) den Bauern den freien Verkauf von Zucht- und Nutzvieh zu Zucht- und Vermehrungszwecken zu gestatten. Hierzu ist eine Bescheinigung des Bürgermeisters erforderlich, daß der Besitzer des zu verkaufenden Tieres seine Ablieferungspflicht in Fleisch und Milch — entsprechend den in dieser Anordnung festgesetzten Termimen — erfüllt hat. Der Viehverkauf ist gemäß der vom Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission bestätigten Anweisung über die landwirtschaftlichen Genossenschaften oder unmittelbar von Bauer zu Bauer zu Preisen vorzunehmen, die laut Vereinbarung festgelegt werden.

7. Die Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft und die Landesregierungen haben:

a) die Flächen des Feldfruchtbaues zwecks Vermehrung der Futtererzeugung folgenden Maßnahmen vorzunehmen:

a) Im Plan für 1949 und 1950 ist die Verbesserung der natürlichen Futterflächen durch Meliorationen, Bewässerung, Düngung sowie ihre Erweiterung durch Rodung und neue Aussaat mit Weizen- und Weidegräsern vorzunehmen. Die Fläche von bewässerten Wiesen mit mehrfachen Schnitt ist bis Ende des Jahres 1950 auf den Stand des Jahres 1938 zu bringen. Die zur Durchführung dieser Meliorationsarbeiten erforderlichen Mittel sind aus den Haushalten der Länder sicherzustellen.

b) Die Flächen des Feldfruchtbaues sind bis zum Jahre 1950 auf 325 000 ha zu erhöhen, wovon nicht weniger als 300 000 ha auf mehrjährige Leguminosen entfallen.

c) Der Zwischenfruchtbau ist im Jahre 1950 auf mindestens 250 000 ha auszuweiten. Im Düngejahr 1949/50 sind den Bauern für jedes Hektar Zwischenfruchtbau 20 kg Reinschlackstoff und 30 kg Kall (K<sub>2</sub>O) zur Verfügung zu stellen.

d) Die Gewinnung von Silagefuttermitteln ist zu erhöhen. Den Bauern sind Kredite für die Errichtung von Silosilos sowie die dafür erforderlichen Baumaterialien zur Verfügung zu stellen.

8. Die Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung hat bis zum 10. Februar 1949 Vorschläge über die Erweiterung der Fleisch-, Milch- und Knochenproduktions sowie über die Produktion von Mischfutter dem Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission vorzulegen.

9. Die Veranlagung der Pflichtablieferung von Fleisch, Milch und Eiern nach der Stückzahl des Viehes und Geflügels wird aufgehoben, da sie für die Entwicklung der Viehzucht nicht genügend Anreiz bietet.

10. Die Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung hat bis zum 10. Februar 1949 Vorschläge über die Erweiterung der Fleisch-, Milch- und Knochenproduktions sowie über die Produktion von Mischfutter dem Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission vorzulegen.

b) auf Grund der von der Deutschen Wirtschaftskommission bestätigten Kreisjahresnormen durchschnittliche Gemeindennormen für Fleisch, Milch und Eier unter Zulassung von Abweichungen von den Kreisnormen für einzelne Gemeinden nach oben oder unten festzusetzen, jedoch mit der Maßgabe, daß die Durchschnittsnormen für die Gesamtheit der Gemeinden eines Kreises genau den Normen entsprechen, die für den betreffenden Kreis bestätigt sind;

c) die Landräte zur Durchführung einer Differenzierung der Normen für die einzelnen Wirtschaften innerhalb der Gemeinde zu verpflichten. Hierbei ist der Umfang der Wirtschaft und die Bodenqualität zu berücksichtigen. Abweichungen von den Durchschnittsgemeindennormen sind bis zu 25 Prozent nach oben oder unten zugelassen, jedoch mit der Maßgabe, daß die Normen für die Gesamtheit der Wirtschaften in der Gemeinde insgesamt genau den Normen entsprechen, die für die betreffende Gemeinde festgesetzt wurden.

Die Differenzierung der Normen innerhalb der Gemeinde darf zugunsten von kleinen wenig leistungsfähigen Wirtschaften erfolgen.

Die Differenzierung innerhalb der Gemeinde ist vom Bürgermeister unter Beteiligung einer Kommission, bestehend aus

einem Vertreter der VdgB, einem Vertreter des FDGB und einem Vertreter der Erfassungsdienststelle

auszuarbeiten und dem Landrat zur Bestätigung vorzulegen.

13. Die nach Ziffer 11 festgelegte Pflichtablieferung von Fleisch, Milch und Eiern für Bauernwirtschaften, die nach der Bodenreform erstmalig in der Wirtschaften ergründet sind, im Landesdurchschnitt für das Jahr 1949 im Ver-

gleich zu den für diese Wirtschaften auf Grund der Differenzierung festgesetzten Mengen wie folgt:

	Fleisch und Eier	Milch
Mecklenburg, Brandenburg und Sachsen-Anhalt	25 %	30 %
Sachsen und Thüringen	20 %	25 %

Die Landesregierungen sind berechtigt, in Einzelfällen das Ausmaß der Erleichterungen für die Kreise und Gemeinden zu differenzieren.

Es ist den Landräten gestattet, unter Hinzuziehung einer Kreiskommission die Pflichtablieferung für Neubauernwirtschaften herabzusetzen, und zwar im Rahmen von 15 bis 40 Prozent des ursprünglich festgesetzten Umfangs der Pflichtablieferung. Hierbei darf das Durchschnittsausmaß der Erleichterungen für Neubauernwirtschaften im Lande insgesamt das in dieser Ziffer vorgesehene Ausmaß nicht übersteigen. Die Kreiskommission hat aus

einem Vertreter der VdgB, einem Vertreter des FDGB und einem Vertreter der Erfassungsdienststelle zu bestehen.

14. Die Landräte haben das Recht, unter Beteiligung der vorstehend genannten Kreis- und Gemeindekommissionen auf Grund von Vorschlägen der Bürgermeister und der Gemeindekommissionen gemäß Ziffer 12 dieser Anordnung für das Jahr 1949 ausnahmsweise auch einzelnen Altbauernwirtschaften, die zur Zeit über ungenügende Mengen von Vieh verfügen, die Pflichtablieferungsmengen für Fleisch, Milch und Eier herabzusetzen. Diese Erleichterung für die betreffenden Wirtschaften darf jedoch 35 Prozent des ursprünglich festgesetzten Ausmaßes nicht übersteigen. Die in dieser Anordnung festgelegten Erleichterungen dürfen im Lande, im Kreis und in der Gemeinde den Unterschiedsbetrag nicht überschreiten, der sich aus der auf Grund der Durchschnittsnormen, -kreis- oder -gemeindennormen errechneten Menge und der Ablieferung in natura für das Jahr 1949 ergibt.

15. Die Landräte dürfen im Jahre 1949 ausnahmsweise den alten und neuen Wirtschaften, die keine Kühe haben, eine Herabsetzung des für sie festgesetzten Milchbetrags bis zu 70 Prozent gewähren. Die restlichen Procente sind durch andere Erzeugnisse zu ersetzen oder durch Milchablieferung im zweiten Halbjahr 1949 zu erfüllen.

16. Die Hauptverwaltung Handel und Versorgung, die Landesregierungen, Landräte und Bürgermeister haben unter Berücksichtigung der durch diese Anordnung gewährten Erleichterungen die Erfassung im Jahre 1949 von Fleisch, Milch und Eiern in natura und in den von der Deutschen Wirtschaftskommission besonders festgesetzten Gesamtsummen unbedingt zu sichern.

Die von der Deutschen Wirtschaftskommission besonders festgesetzten Erfassungsmengen sind den Kreisen und Gemeinden vor der Durchführung der Differenzierung der Normen mitzuteilen und von den Kommissionen bei der Differenzierung unbedingt zu berücksichtigen.

17. Von der Pflichtablieferung von Fleisch, Milch und Eiern sind im Jahre 1949 befreit:

a) Wirtschaften, die kein Land oder in eigener Nutzung nicht über 0,5 ha Land haben, einschließlich Pachtland;

b) Wirtschaften betagter Männer, die am 1. Januar 1949 60 Jahre alt geworden sind, und betagter Frauen, die zum gleichen Zeitpunkt 55 Jahre alt geworden sind, wenn die Bodennutzung dieser Wirtschaften einschließlich des von ihnen gepachteten Landes 1 ha nicht übersteigt und wenn die betreffenden Wirtschaften keine Lohnarbeitkräfte beschäftigen.

18. Arbeiter und Angestellte beim Bestehen eines versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses, Heimarbeiter und Handwerker, die keine Lohnarbeitkräfte beschäftigen, sowie Ärzte, Tierärzte und freischaffende Wissenschaftler und Künstler sind, sofern sie Landgrundstücke einschließlich des gepachteten Landes von 0,5 bis 1 ha in eigener Nutzung und Nutzvieh haben, zur Pflichtablieferung von Fleisch, Milch und Eiern mindestens einer Kuh von Milch, ferner von Eiern mit 50 Prozent der für die Wirtschaften der betreffenden Gemeinde festgesetzten Normen heranzuziehen. Personen dieser Berufsgruppen mit mehr als 1 ha Land sind nach den allgemeinen Bestimmungen zu behandeln.

19. Von der Pflichtablieferung von Fleisch, Milch und Eiern sind befreit:

a) für die landwirtschaftliche Nutzung in den Jahren 1947, 1948 und 1949 übernommene Ländereien nach Trockenlegung von Sümpfen





Approved For Release 2002/08/14 : CIA-RDP83-00415R002600120004-5